

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Monatspreis: 1,10 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus, Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Ausschluss für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1982.

Mittwoch, den 15. Februar 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Agrarzölle.

I.

Wie ein Alb lastet der letzte Zolltarif auf dem deutschen Volke; die Teuerung wird mit jedem Tage unerträglicher, und alle Augen richten sich auf den kommenden Reichstag, der über die neuen Handelsverträge zu entscheiden haben wird. Je mehr sich der Wahlkampf nähert, um so mehr schwillt die Literatur an, die die Frage der Agrarzölle behandelt. Unter den vielen Arbeiten verdient aber die „Dentschrift“ des Prof. Brentano über die „Getreidezölle“, die soeben in zweiter, neu bearbeiteter Auflage bei J. G. Cotta in Stuttgart und Berlin erschienen ist, den ersten Platz. Brentano hat in kurzer und sachlicher Weise die wichtigsten Argumente gegen die Getreidezölle zusammengefasst. Die ganze Schrift ist leicht verständlich, temperamentvoll und überzeugend geschrieben. Die zweite Auflage zeichnet sich noch durch präzisere Fassung der einzelnen Gedanken und durch neue und interessante Tabellen aus. Hier geht auch Brentano ausführlich auf die Antworten seiner Gegner, der Schutzzöllner, ein. Da die Argumente der Agrarier sich schon seit Jahren immer wiederholen, so ist dieser Teil seiner Darlegungen von bleibendem Interesse.

Immerhin muß gesagt werden, daß es Brentano nicht gelungen ist einen Vorwurf zu entkräften. So wurde eingewendet, daß die Konkurrenzfähigkeit des amerikanischen Getreides doch nicht dadurch zu erklären ist, daß Amerika billige Bodenpreise hat. Wohl hat Brentano recht, daß die Agrarzölle, die die Bodenpreise in die Höhe treiben, die Konkurrenz des deutschen Getreides nur erschweren. Gewiß sind auch hohe Bodenpreise ein Hemmnis für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Kultur. Aber sie sind zunächst selbst Resultat, nicht Ursache der hohen Getreidepreise. In Amerika waren die Bodenpreise niedrig, weil die Grundrente gering war, und diese war gering, weil weite Strecken fruchtbaren Bodens den Landwirten frei zur Verfügung standen, auf denen sie eine extensive Wirtschaft führen konnten. Heute ist die Sachlage auch in Amerika ein andere. Amerika geht jetzt zur intensiven Kultur über, hat hohe Getreide- und folglich auch hohe Bodenpreise. Deshalb hat der Druck der amerikanischen Landwirtschaft auf die europäische aufgehört. Von diesem unanföhrbaren Standpunkt aus müßte Brentano gegen die Aufrechterhaltung der Agrarzölle auftreten.

Wenn man dagegen einwendet, daß andere Länder als Getreideexporteure hervortreten, die der europäischen Landwirtschaft Konkurrenz machen, so genügt der Hinweis auf den hohen Stand des Weltmarktpreises, um zu beweisen, daß die Industrialisierung der früheren Agrarländer rascher vor sich geht, als das Erwachen neuer Agrarländer, und daß folglich der wachsende Bedarf durch diese Länder nicht gedeckt werden kann.

Aber abgesehen davon, beweist Brentano überzeugend, in welchem Maße die Produktionskosten des Getreidebaues gesunken sind. Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Technik und insbesondere der Chemie, die der Landwirtschaft Düngemittel liefert, hat die landwirtschaftliche Produktion sehr verbilligt und die Intensivierung des Getreidebaues auf besserem Boden erleichtert. Daher trotz der amerikanischen Konkurrenz und der sinkenden Getreidepreise ein Ausblühen der deutschen Landwirtschaft. Doch aber dieser Fortschritt keineswegs den Agrarzöllen zuzuschreiben ist, geht schon daraus hervor, daß in Dänemark, das kein Agrarzölle kennt, die Ernteerträge im gleichen Maße gestiegen sind wie in Deutschland.

So wurde jährlich geerntet pro Hektar Doppelzentner von

	Weizen	Roggen	Gerste	Safer				
1881/85	1901/05	1881/85	1901/05	1881/85	1901/05			
Deutschland	14,5	18,4	11,6	15,8	15,3	18,4	13,2	16,9
Dänemark	21,8	29,6	16,1	17,1	15,8	19,10	13,4	15,6

Der Weizenantrag pro Hektar, ebenso der Ertrag von Gerste stieg in Dänemark noch rascher als in Deutschland. Dagegen hat der Bodenertrag in Roggen und Safer in Deutschland etwas größeren Fortschritt gemacht. Daraus läßt sich also erkennen, daß der Freihandel die Entwicklung der Landwirtschaft Dänemarks keineswegs gehemmt hat. Im Gegenteil, die sinkenden Preise bildeten einen Ansporn, erleichterten die Verbesserung der Bodenkultur und förderten insbesondere die Viehzucht. „Die deutsche Landwirtschaft“, konstatiert Prof. Conrad im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“, „hat die größten Fortschritte nicht gemacht in der Zeit der hohen Preise, in den sechziger und Anfang der siebziger Jahre, sondern unter dem Druck der niedrigen Preise in den achtziger und neunziger Jahren. . . . Auch England hat den höchsten Aufschwung in der Landwirtschaft nicht zur Zeit der hohen Getreidezölle gemacht, sondern gerade erst nach Beseitigung der Zölle in den vierziger Jahren. . . .“

Es ist also völlig falsch, wenn man durch den Hinweis auf den Fortschritt der Ernteerträge die Getreidezölle rechtfertigen will. Im Gegenteil, gerade dieser Fortschritt beweist, daß die deutsche Landwirtschaft die auswärtige Konkurrenz nicht zu fürchten hat und auch bei niedrigeren Preisen sehr wohl existieren kann.

In der Tat hat auch das Gros der Landwirte von den Zöllen eher Schaden als Vorteil. Der Reichskanzler Sohen-

lohe erklärte am 25. März 1895 im Reichstage, daß nur 21 Prozent der landwirtschaftlichen Bevölkerung an einem hohen Getreidepreise interessiert seien. Auch Conrad glaubt, daß höchstens ein Fünftel der Bevölkerung aus den hohen Zöllen direkten Nutzen zieht.

Eine sehr einfache und überaus einkundende Berechnungstabelle stellt Dr. Bruno Heinrich Roncador in seiner soeben erschienenen Schrift über „Weizen und Weizenmehl der Agrarzölle“ auf, die die Bedeutung der Getreidezölle für die einzelnen Besitzklassen anschaulich illustriert. Nach der Betriebsstatistik von 1907 hatten die 2585 716 Betriebe in Größe von unter 2 Hektar nur 341 983 Hektar mit Brotgetreide bestellt. Demnach bauen Betriebe unter zwei Hektar im Durchschnitt des ganzen Reiches nicht mehr als nur 0,13 Hektar Brotgetreide pro Betrieb. Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre 1905/1909 wurden 16,7 Doppelzentner Roggen und 19,99 Doppelzentner Weizen pro Hektar geerntet. Die Anbaufläche von Roggen ist ungefähr dreimal so groß wie die von Weizen, so daß man im allgemeinen eine mittlere Brotgetreideernte von 17,5 Doppelzentner pro Hektar annehmen kann. Auf diese Weise ergibt sich, daß die Betriebe unter 2 Hektar durchschnittlich 2,3 Doppelzentner Brotgetreide jährlich ernten, während der Bedarf einer normalen Familie an Brot mit 10 Doppelzentner angenommen wird. Diese Betriebe müssen also durchschnittlich 7,7 Doppelzentner Getreide zukaufen.

Dabei ist aber die Ernährung der anderen, nicht der Familie angehörigen Arbeitskräfte nicht in Betracht gezogen worden. Außerdem wird bekanntlich ein Teil des Getreides verfüttert. Folglich wird der Bedarf dieser Betriebe noch in weit größerem Maße durch gekauftes Getreide gedeckt.

Die 985 618 Betriebe in Größe von 2 bis 5 Hektar bestellen mit Brotgetreide 819 651 Hektar, auf einen Betrieb kommen dann 0,83 Hektar, oder im Durchschnitt 14,5 Doppelzentner Brotgetreide. Auch diese Betriebe konnten im besten Falle nur einen geringen Teil, etwa 4 Doppelzentner, Getreide verkaufen. Es ist aber wohl anzunehmen, daß dieser Ueberschuß eher veräußert wird.

Der mittlere bäuerliche Besitz von 5 bis 20 Hektar Ackerland — es sind 1 050 696 Betriebe — baut insgesamt 2 726 807 Hektar Brotgetreide. Auf den einzelnen Betrieb entfallen also 2,59 Hektar mit einer Ernte von 43,3 Doppelzentner Brotgetreide. Da aber gerade auf diese Betriebe außer den Familienmitgliedern noch mehrere andere Arbeitskräfte, insgesamt im Durchschnitt 4,5 und 3,5 ständig beschäftigte Personen kommen, so verringert sich die Menge verkäuflichen Brotgetreides ganz bedeutend. Roncador schätzt diese Menge auf 30 Doppelzentner und meint, daß sich dem mittleren Bauer auch bei einem so geringen Quantum die Vorteile der Brotgetreidezölle fühlbar machen.

Notabene: nur wenn man die Nachteile der Zölle außer acht läßt. Die Preissteigerung auf alle anderen Waren, die der Bauer kaufen muß, und die Lohnerhöhung überwiegen zweifelsohne für diese Klasse der Bauern die Vorteile der Zölle. Dagegen entfällt auf den großbäuerlichen Betrieb 9,14 Hektar Brotgetreide, entsprechend einem Ernteertrag von 162 Doppelzentner; auf den Großbetrieb mit über 100 Hektar Fläche kommen 75,66 Hektar Brotgetreide und eine Erntemenge von 1324 Doppelzentner Brotgetreide.

Aus diesen Zahlen geht ohne weiteres hervor, wer den größten Vorteil von den Zöllen auf Brotgetreide hat. Es sind die 259 475 großbäuerlichen und 23 262 Großbetriebe, insgesamt also 282 737 Betriebe, die an der Ausbeutung der übrigen Bevölkerung interessiert sind. Da die Zahl aller Betriebe mit Ackerland 4,9 Millionen betrug, so machen diese Großbetriebe nur etwas über 5 Proz. aller Betriebe aus. . . .

In ähnlicher Weise untersucht Roncador, wem der Saferzoll nützt.

Die Durchschnittsmenge des verfütterten Safers nimmt er mit 5 Kilogramm pro Pferd und Tag an, entsprechend einem Jahresquantum von 18,25 Doppelzentner. Da der Durchschnittsertrag pro Hektar für die Jahre 1905/1909 19,16 Doppelzentner war, so kann man sagen, daß der Hektarertrag an Safer annähernd die notwendige Futtermenge für ein Pferd liefert. Nun sehen wir jetzt, wieviel den einzelnen Betrieben an Safer für den Verkauf übrig bleibt: 1. 2 585 716 Parzellenbetriebe unter 2 Hektar bauen 116 096 Hektar Safer, halten 71 369 Pferde, haben also einen Ueberschuß an Safer von 45 297 Hektar à 19,16 Doppelzentner, macht 867 890,6 Doppelzentner oder pro Betrieb 0,3 Doppelzentner.

2. 985 618 Kleinbäuerliche Betriebe von 2 bis 5 Hektar bauen 371 046 Hektar Safer, halten 241 636 Pferde; ihr Ueberschuß macht also 2 479 495,6 Doppelzentner oder rund 2,5 Doppelzentner pro Betrieb aus.

3. 1 050 696 mittelbäuerliche Betriebe von 5 bis 20 Hektar bauen 1 473 212 Hektar Safer, halten 1 323 290 Pferde und erzielen einen Ueberschuß an Safer von 2 872 505 Doppelzentner, oder von rund 2,7 Doppelzentner auf den einzelnen Betrieb.

4. Den 259 475 großbäuerlichen Betrieben, die 1 384 181 Hektar Safer bestellen und 1 202 176 Pferde halten, bleibt dagegen ein Ueberschuß an Safer von 2 487 215 Doppelzentner oder 13,4 Doppelzentner pro Betrieb.

5. Die 23 262 Großbetriebe mit einer Fläche von über

100, die 865 713 Hektar mit Safer bestellen und 652 536 Pferde halten, haben einen Saferüberschuß pro Betrieb von 175,6 Doppelzentner.

Die einzelnen Betriebe können also verkaufen an Safer:

von	bis	Hektar	Doppelzentner
2-5	2	0,3	0,3
5-20	2,5	2,5	2,5
20-100	2,7	2,7	2,7
über 100	13,4	13,4	13,4
	175,6	175,6	175,6

Man sieht also, wie gering der Vorteil aus den Agrarzöllen für die kleinen und mittleren Betriebe. Insbesondere, wenn man noch in Betracht zieht, daß diese Betriebe Röhre, Ziegen und Schweine halten, wofür sie Futtermittel zukaufen müssen. —

So hat auch die badische Enquete von 1902, die vom Regierungsrat Dr. Hecht bearbeitet wurde, konstatiert, daß fast die Hälfte der Brotfrucht bauenden Familien überhaupt nicht in der Lage ist, ihren Jahresbedarf zu decken. Sie müssen Getreide oder Mehl zukaufen. Weitere 28,7 Prozent aller Brotfrucht bauenden badischen Familien können nur den eigenen Bedarf decken, sind nur 28,9 von denen, die Getreide bauen, 24 Prozent von allen landwirtschaftlichen Betrieben und 14 Prozent der Familien des Landes haben einen Ueberschuß an Getreide. Dieser ist aber bei 54 000 Familien von diesen 57 000, die Brotfrucht verkaufen, also bei 96 Prozent, nur relativ gering, unter 50 Doppelzentner; bei 84 Prozent unter 25 Doppelzentner und bei 53,5 Prozent sogar unter 10 Doppelzentner. So erweist sich somit, daß bloß etwa 0,6 Prozent aller badischen Familien an Getreidezöllen ein erhebliches Interesse haben, während über 70 Proz. darunter stark leiden.

Zur gleichen Schlussfolgerung gelangt bekanntlich auch Panz auf Grund der im Auftrage des österreichischen Ackerbauministers vorgenommenen statistischen Erhebungen über die Rentabilität der Bauergüter. Er behauptet, daß vom gesamten österreichischen Bauernstande bloß zwischen 5 und 10 Prozent an hohen Getreidepreisen interessiert sind. Für die übrigen erweisen sich die Getreidezölle geradezu als ruinierend. Denn die Viehpreise können nicht im gleichen Maße erhöht werden wie die Getreidepreise, da der Konsum sehr stark zurückgehen würde.

Infolge der Getreidezölle steigen die Produktionskosten der Viehzüchter und sinkt die Profitrate, die ihnen ihr Kapital einbringen kann. Da der kleine Bauer in relativ stärkerem Maße an der Viehzucht beteiligt ist, so kommen Panz, Brentano und Roncador zum Schlusse, daß „Getreidepolitik Großgrundbesitzerpolitik ist“. Das trifft auch zu, wie wir gesehen haben. Wenn man nun aber daraus den Schluß zieht, daß für die Bauern Fleischzölle notwendig seien — und Roncador sowie „Genosse“ Artur Schulz fordern auch im Interesse der Bauern Vieh- und Fleischzölle —, so begeht man den gleichen Fehler, den die Verteidiger der Getreidezölle machen. Sätze beispielsweise Roncador seine Berechnungen, die er in bezug auf die Getreidezölle aufstellt, auch in bezug auf die Vieh- und Fleischzölle weitergeführt, so würde er bald einsehen, daß auch diese Zölle nur dem Großgrundbesitzer zugute kommen. In der Tat kamen auf einen Betrieb durchschnittlich Stüd:

in Betrieben	Pferde	Rindvieh	schon Röhre	Schafe	Schweine	Biegen
unter 0,5 ha	0,0045	0,004	0,083	0,084	0,94	0,63
von 0,5-2 ha	0,48	0,86	0,66	0,18	1,86	1,07
2-5 ha	0,24	3,15	2,92	0,85	3,1	0,42
5-20 ha	1,24	7,4	3,74	0,34	6,0	0,4
20-100 ha	4,6	20,2	8,70	9,0	14,0	0,38
über 100 ha	27,7	97,6	42,6	175,4	57,7	0,35
über 200 ha	88,1	131,2	55,4	300,0	80,0	0,34

Aus dieser Tabelle geht ohne weiteres hervor, daß die kleinen und mittleren Betriebe absolut keinen Vorteil aus Viehzöllen haben, da sie doch kein Vieh verkaufen können. Im Gegenteil, müssen sie sehr häufig Vieh oder Fleisch noch zukaufen. Treten sie aber wie Milch-, Butter- und Produzenten auf, so werden wiederum ihre Produktionskosten durch die Zölle nicht unwesentlich erhöht. Der kleine Betrieb, wie aus diesen Angaben deutlich hervorgeht, ist außerstande, selbst einen Nachschuß anzuziehen. Dagegen kann und wird der Großgrundbesitzer seine Viehzucht noch vergrößern. Wenn er heute das Hauptgewicht auf den Getreidebau legt, so deshalb, weil dieser infolge der Getreidezölle vorteilhafter ist. Sollten aber infolge der Aufhebung der Getreidezölle die Getreidepreise zurückgehen, so wird sich der Großgrundbesitzer der Viehzucht in stärkerem Maße zuwenden. Gerade der volle Freihandel kam den Bauern Dänemarks zugute, jede künstliche Fütterung eines Viehbesitzes muß dagegen unter den obwaltenden Verhältnissen, der Verteilung des Grundbesitzes und des Kapitals in der Gesellschaft, die Großen auf Kosten der Kleinen bevorzugen.

Meineidige Polizeibeamte.

Die drei Eide des pflichtgetreuen Beamten.

Ein interessanter Prozeß wurde im Jahre 1899 vor dem mittel-fränkischen Schwurgericht in Nürnberg nach dreitägiger Verhandlung zu Ende geführt. Angeklagt war der frühere Schumann Kraus wegen dreier Verbrechen des Meineids. Im Oktober 1896 zeigte der Schlosser Zihmann beim Magistrat an, daß er nichts auf der Wägher Wiese von dem Schumann Kraus

*) Erschienen bei G. Fischer in Jena, 1911, Preis 6,50 M.

ohne Anschlag geübt, mit dem Säbel bedroht und später auf der Polizeiwache, wohin er sich begeben hatte, um sich gegen Kraus zu beschweren, von diesem gräßlich beleidigt und mißhandelt worden sei. Die eingeleitete Untersuchung wurde wieder niedergeschlagen. Kraus drehte nun den Stiel um und stellte die Klage gegen den Angeklagten. Vor Gericht beschwor er, nicht geschlagen zu haben; ein Entlastungszeuge des Zimmern, der flüchtige Kreuzer, beständige eiblich das, was jener behauptete. Nun folgte gegen Kreuzer und Zimmern eine Klage wegen falscher Anschuldigung und Kraus beschwor abermals seine früheren Aussagen. Zimmern erhielt 9 Monate, Kreuzer 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. Eine weitere Folge dieser Verurteilung war, daß Kreuzer nun noch wegen Meineids, Zimmern wegen Anstiftung hierzu in Anklagezustand verkehrt wurden. Vor dem Schwurgericht beschwor Kraus wieder um, er sei der betreffende Schutzmann nicht gewesen; ebenso widersprach er der Behauptung, daß er im Dienste mit einer verheirateten Frau unter verdächtigen Umständen betroffen worden sei. Die beiden Angeklagten wurden aber damals vom Schwurgericht freigesprochen, die andere Strafe mußten sie jedoch abgeben, obwohl die Geschworenen ein Gnadengesuch eingereicht hatten. Inzwischen trat gegen Kraus soviel belastendes Material zutage, daß er verhaftet und wegen Meineids angeklagt wurde, wobei sich herausstellte, daß in der Tat jene beiden Arbeiter die Wahrheit gesagt hatten. Ebenso wurde erwiesen, daß Kraus ein ehebrecherisches Verhältnis mit einer verheirateten Frau hatte. Die Geschworenen erklärten ihn für schuldig und er wurde zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. Unser Nürnberger Bruderblatt, das seinerzeit den Schutzmann Kraus wegen dieser Sache scharf angegriffen hatte, mußte sich vom Bürgermeister v. Schulz eine geharnischte „Berichtigung“ gefallen lassen, und der ehrenwerte Kraus erhielt das Zeugnis ausgestellt, daß er nur deshalb mit Haft verhaftet wurde, weil er ein energischer pflichtgetreuer Beamter sei. Der Mann, dessen sich der Nürnberger Magistrat damals so warm annahm, ist dann später als meineidiger Schuft entlarvt worden!

Der Selbstmord und Meineid des Gendarmen Bartschick.

(Noch ein Seitenstück zum Fall Münster.)

Im Jahre 1901 wurde in Ebing bei Dortmund das Winterfest des Arbeiter-Gesangsvereins gefeiert, das blutig enden sollte. Zwischen zwei Zeiteilnehmern entstand ein Wortwechsel, der den Gendarmen Bartschick zum Eingreifen veranlaßte. Bartschick zog blank und ließ den Saal leer. Frauen flüchteten durch ein Fenster; ein Schwerverletzter lag wochenlang mit einer klaffenden Hiebzwunde am Kopf daneben.

Dieser Vorgang wurde in der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ scharf kritisiert. Darauf wurde nicht etwa gegen Bartschick, sondern gegen den Verantwortlichen, Genossen Bredendek, Anklage erhoben, weil er Bartschick beleidigt haben sollte. Vor Gericht leugnete der Gendarm unter Eid, blank gezogen zu haben. Obgleich ein Dutzend Zeugen bezeugte, Bartschick habe doch geschlagen, wurde Bredendek zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Einer von Bredendeks Zeugen wurde sogar wegen Meineidsverdacht in Untersuchungshaft genommen; das Verfahren wurde aber eingestellt. — Unter einem Aufgebote von mehr als 30 Zeugen richtete Genosse Bredendek vom Gefängnis aus an das Kriegsgericht in Münster gegen Bartschick Strafanzeige wegen Meineids. Das Verfahren wurde eröffnet; die Hauptverhandlung fand im Saale des Totortes statt. Trotz der Zeugen leugnete Bartschick weiter. Aber der Vertreter der Anklage war von seiner Schuld überzeugt und beantragte 1 Jahr Zuchthaus und Ausstoßung aus dem Heere. Trotzdem kam das Gericht zu einer Freisprechung. Obgleich alle Zeugen bezeugten, Bartschick habe den Saal leer gelassen, gingen die Aussagen darüber auseinander, ob Bartschick damals — einen blauen oder grauen Mantel getragen habe. Eine Nebensache wurde zur Hauptsache, und Bartschick ging frei aus.

Trotzdem erzielte ihn schließlich sein Geschick. Ein anderer Gendarm vor Augenzeuge seiner Heldentaten gewesen, wußte also auch, daß Bartschick einen Meineid geschworen hatte und ins Zuchthaus gehörte. Die langjährigen Freunde wurden Gegner. Er erstattete gegen Bartschick, der inzwischen nach Pulkum bei Hamm verlegt worden war, erneute Strafanzeige wegen Meineids. — Kurz darauf wurde Bartschick in der Pulkumer Heide mit einem Schuß in der Brust tot aufgefunden, und amtlich wurde festgestellt, daß Bartschick Selbstmord begangen hatte. Die sichere Erwartung der verdienten Zuchthausstrafe hatte ihm die Waffe in die Hand gedrückt.

Die Anklage gegen Bredendek vertrat damals ein Staatsanwalt Porzelt. Porzelt übernahm nachher freiwillig die Verteidigung des Gendarmen Bartschick. Porzelt kam dann nach Berlin. Ein Porzelt fungierte auch in einem der letzten Kriminalprozesse als öffentlicher Ankläger. Erster Staatsanwalt in Dortmund war damals ein Herr Haarmann, derselbe Herr Abgeordnete Haarmann, der sich jüngst aus Standesolidarität im preussischen Dreiklassenhaus gegen unseren Genossen Liebknecht so lebhaft seines ehemaligen Essener Kollegen Petersen (bekannt aus dem Essener Meineidsprozeß) annahm.

Sturm im Junkerparlament.

Am Dienstag kam es im Abgeordnetenhaus bei der Fortsetzung der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen den Konservativen und den Nationalliberalen, die sich gegenseitig eine Förderung der sozialdemokratischen Bewegung vorwarfen.

Der erste Teil der Sitzung verlief rein geschäftsmäßig. Wer etwa gedacht hatte, der Minister des Innern würde sich zu den schwereren Beschuldigungen äußern, die Genosse Hirsch gegen seine Verwaltung erhoben hatte, der sollte bald gewahrt werden, daß Herr v. Dallwitz die alte Methode befolgt, sich in tiefes Schweigen zu hüllen. Nach außen soll dadurch der Anschein erweckt werden, als lohne es sich nicht, auf sozialdemokratische Angriffe zu erwidern. Aber das Manöver ist denn doch zu durchsichtig: der Minister antwortet einfach deshalb nicht, weil alles, was unser Redner vorgebracht hat, wahr ist und durch keinerlei Ausflüchte beschönigt werden kann. Nur zu den Ausführungen des Genossen Hirsch über Noabiter glaube er nicht ganz schweigen zu dürfen. Da er aber nichts zu sagen wußte, begnügte er sich mit der Bemerkung, Hirsch habe unkontrollierbare Beschuldigungen gegen die Polizei erhoben, eine Bemerkung, die nicht einmal seinem Hirn entstrichen ist, sondern die vor ihm schon der Konservative v. Bieberstein gemacht hatte. So leichten Kaufes werden die Herren freilich nicht davon kommen, sie werden später manches zu hören bekommen, was ihnen nicht lieb sein dürfte.

Ebenso wenig wie auf die sozialdemokratischen Vorwürfe wußte Herr v. Dallwitz etwas zu erwidern auf die polnischen und dänischen Beschwerden, und sogar dem Abgeordneten Cassel, der eine gegen seine Gewohnheiten scharfe Abrechnung mit der Berliner Polizei hielt, blieb er die Antwort schuldig. Ein Polizeiminister ganz nach dem Herzen der Junker!

Interessanter gestaltete sich der zweite Teil der Sitzung. Nach einer heftigen Philippika des Abgeordneten Marx (3.) gegen die Beschädigung der öffentlichen Sittlichkeit, gegen die er als Heilmittel die christliche Erziehung anrief, bestieg der Nationalliberale Schiffer die Tribüne. Diesem sonst so zahmen Herrn, der dem schwarz-blauen Block früher so manchen Liebesdienst erwiesen hat, war die Galle übergelassen, weil Abg. v. Bieberstein in junferlich-dreister Ueberhebung bei seinem Eintreten für die Landräte so weit gegangen war, für die unteren Verwaltungsorgane das Recht in Anspruch zu nehmen, die Entscheidungen höchster Gerichtshöfe einfach umgehen zu dürfen. Nun hielt Herr Schiffer die Zeit zur Abrechnung mit den Konservativen für gekommen, und er wurde dabei so scharf, daß sich König Seydebrand in höchsteigener Person zu einer Entgegnung herabließ. Wer von beiden recht hat, wollen wir hier nicht untersuchen, jedenfalls steht das eine fest, daß sie allzumal Sünder sind und daß jede von beiden Parteien ihr gut Teil zur Vermehrung der Unzufriedenheit im Volke beigetragen hat.

Um die Aufmerksamkeit von dem Zwist zwischen Konservativen und Nationalliberalen abzulenken, kam das Zentrum auf den Gedanken, Herrn Gronowski, einen der „Arbeitervertreter“ des Zentrums, loszulassen, dem in M. Gladbach ein halbes Dutzend Reden gegen die Sozialdemokratie eingerichtet sind. Eine davon gab er zum besten; sie war voller Lügen und Verleumdungen. Zum Etat gehörte das, was er sagte, nicht, aber Herr v. Kröcher ließ ihn gewähren, ja, der sonst so empfindsame Präsident schien es sogar gern zu sehen, daß dieser Gladbacher Jüngling die Sozialdemokraten aufs gemeinste beschimpfte. Für ihn fand er keinen Ordnungsruf. Desto dichter hagelten die Ordnungsrufe auf unsere Genossen nieder, die die Verleumdungen durch Zwischenrufe erwiderten.

Da es inzwischen fast 5 Uhr geworden war, und die Mehrheit große Eile mit der Etatsberatung hat, wurde die weitere Debatte auf den Abend vertagt.

Die Abendstimmung war eine fortgesetzte Kette brutaler Vergewaltigungen der sozialdemokratischen Minderheit durch die Mehrheit des Hauses. Herr Gronowski vom Zentrum hatte am Nachmittag in aller Ruhe die Sozialdemokratie befeuern dürfen; auf die Zwischenrufe unserer Genossen hatte der Präsident wiederholt bemerkt, sie kämen später zu Worte. Aber als es so weit war, lag auch schon der Schlußantrag bereit. Das Zentrum hatte ihn vorläufigermaßen nicht mit unterschrieben, aber nur, weil es sich vergewissert hatte, daß seine Annahme auch ohne dies sicher war.

Es ist erklärlich, daß unsere so niederträchtig vergewaltigten Genossen wenigstens in Form von Bemerkungen zur Geschäftsordnung den Gewaltbereich der Mehrheit zu brandmarken suchten. Das gelang ihnen denn auch. Allerdings hagelte es förmlich Ordnungsrufe auf Hoffmann, Hirsch und Liebknecht, die wiederholt das Wort ergriffen, aber den Zweck, den sie erreichen wollten, haben sie erreicht: Konservative und Zentrum, namentlich letzteres, sind gebrandmarkt.

Auch ein letzter Versuch, sachlich den Angriffen des Jesuiten Gronowski entgegenzutreten, mißlang; Herr v. Kröcher war der Meinung, daß Liebknecht auf seinen Fall dazu reden dürfe. So tief er ihn denn dreimal zur Sache, und die Mehrheit, an erster Stelle das Zentrum, entzog ihm das Wort.

Das Gehalt des Polizeiministers wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen bewilligt.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 14. Februar 1911.

Zufriedenheit auf Befehl.

Aus dem Reichstag, 14. Februar. In Fortführung der Debatte über den Marineetat entschlüpfte dem Marineminister v. Tirpitz eine Aeußerung, die beweist, daß seine Auffassung über das Dienstverhältnis der Mannschaften den plumpesten Samoschensknopfscheu entspricht. Der Genosse Roske hatte in Begründung des sozialdemokratischen Antrages auf Wiederherstellung der Heizerzulage in alter Höhe auch erdörtet, weshalb notwendigerweise schon die Absicht einer solchen Kürzung bei den Mannschaften eine tiefgehende Unzufriedenheit hervorgerufen habe, die sich nach deren Durchführung noch verstärken müsse. Er zog daraus mit Recht die Folgerung, daß also die Marineverwaltung selbst die Erregerin der Unzufriedenheit in der Marine sei.

Das glaubte Herr v. Tirpitz mit der Retourkutsche erwidern zu können, die Sozialdemokraten seien „Hezer“. Was aber die tatsächliche Unzufriedenheit anbetrifft, deren Vorhandensein er nicht zu bestreiten verstaute, so entlockte ihm die unbequeme Situation den lapidaren Satz: „Wenn es befohlen wird, dann hört die Unzufriedenheit auf!“

Das ist denn allerdings ein höchst einfaches Mittel, die Unzufriedenheit auszurotten. Aber weshalb Halt machen bei der Unzufriedenheit der Heizer? Man kann ja die Wohltat Tirpitz wider Befehle der ganzen Menschheit zugute kommen lassen, wenigstens der deutschen. Nichts einfacher als das! Die gesamte Einwohnerschaft Deutschlands wird militärischem Kommando, oder, wenn das wirksamer sein sollte, dem Oberbefehl der Admiralität unterstellt. Dann wird ein Befehl erlassen: Vom 1. April mittags 12 Uhr an hat alles zu frieden und glücklich zu sein! Tirpitz hat's kommandiert, und das Paradies auf Erden ist fertig.

Vorläufig muß sich allerdings die sichtlich vorhandene Unzufriedenheit mit unseren Zuständen noch austoben. Genosse Roske brachte noch reichlich Stoff zur Unzufriedenheit herbei, so den kürzlich durch eine Gerichtsverhandlung klargestellten Fall des Heizers, der auf einem Kriegsschiff zu Tode gemartert wurde. In der Erwiderung darauf erhob sich Herr v. Tirpitz wenigstens weit über das Niveau, das Bethmann, Dallwitz und Jagow zu den Noabiter Polizeitaten eingenommen haben, indem er rückhaltlos mit scharfen Worten die Untat des schuldigen Unteroffiziers brandmarkte.

Somit brachte die Debatte noch weitläufige Auseinandersetzungen über alle möglichen Detailsfragen. Die fortgeschrittenen Redner Dr. Leonhart und Dr. Strube stellten sich dabei den Sozialdemokraten in der Forderung der Wiederherstellung der Heizerzulage zur Seite. Herr Strube kon-

traisierte dabei wirksam die Freigebigkeit für Erbauung eines Offizierskasinos in Helgoland mit der Knauerei gegenüber den Heizern.

Die Debatte über die verbundenen Titel wurde dann nach 7 Uhr geschlossen. Die Abstimmung wird morgen stattfinden, da die Sozialdemokraten über die Wiederherstellung der Heizerzulage in alter Höhe namentlich die Abstimmung beantragt haben.

Der Entwurf eines Fortbildungsgesetzes für Preußen.

wird in nächster Zeit dem Landtage zugehen. Nach dem Gesetz sind alle Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern verpflichtet, Fortbildungsschulen zu errichten für alle männlichen Arbeiter unter 18 Jahren, die in gewerblichen und kaufmännischen Betrieben beschäftigt sind. Der Besuch der Fortbildungsschule soll 3 Jahre dauern. Die Errichtung gemeinsamer Fortbildungsschulen von kleineren Gemeinden, die weniger als 10 000 Einwohner haben, in ihrer Gesamtheit diese Zahl aber erreichen, ist gestattet. Eine Befreiung von dem Besuche der Zwangsfortbildungsschule ist für solche Arbeiter zulässig, die die Kenntnisse bereits besitzen, die der Besuch einer Fortbildungsschule aneignen soll. Ein Abend- und ein Sonntagsunterricht soll im allgemeinen nicht stattfinden. Die Erhebung von Schulgeld ist zulässig, darf jedoch nicht mehr als 30 Mark pro Jahr für den Schüler betragen. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, ihren Arbeitern die zum Schulbesuch erforderliche Zeit zu gewähren. Für die Nichtbefolgung der Vorschriften des Entwurfes sind Geldstrafen bis zu 20 M. vorgesehen. Fortbildungsschüler, die sich andauernd dem Schulbesuche entziehen, können mit Arrest bis zu sechs Stunden bestraft werden. Wenn es die Umstände zulassen und genügende Lehrkräfte vorhanden sind, so soll der Gemeinde das Recht zustehen, den Schulzwang auch auf weibliche Arbeiter unter 18 Jahren auszudehnen.

Warum soll er nicht reden?

Während wir an der schönen Kommerzrede des Prinzen Heinrich, die er einem inneren Drange folgend auf dem Vierkommers ehemaliger Angehöriger des 35. Infanterieregiments gehalten hat, nichts auszusagen haben und der Ansicht sind, daß sie trotz ihrer Kürze an Gedankenreichtum den Vergleich mit manchen anderen Hohenzollernreden auszuhalten vermag, sind verschiedene konservative und nationalliberale Blätter über die Rede arg verschmüpft und richten an den Prinzen die dringende Mahnung, seine Redebegehung zu ändern. So meint die „Köln. Bl.“:

Nach alledem, was wir erlebt haben und stets aufs neue erleben, wenn der Kaiser in seinen Reden politische Dinge berührt, werden viele mit und der Meinung sein, daß es im allgemeinen Interesse besser gewesen wäre, wenn man nicht auch der Bruder des Kaisers den Elementen, die jeden Anlaß benutzen, um die Monarchie zu verächtigen, wiederum Gelegenheit gegeben hätte, auf Lamtam zu schlagen. Nicht als ob wir inhaltlich an den Worten des Prinzen Heinrich, so wie sie oben berichtet werden, etwas auszusagen hätten. Man wird schließlich einem Prinzen des Kaiserhauses nicht verwehren können, alte Krieger darauf aufmerksam zu machen, daß die königstreue Gesinnung, die vom Soldaten verlangt wird und verlangt werden muß, mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie nicht zu vereinigen ist. Man wird ihm das um so weniger verwehren wollen, nachdem die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag offen für die Errichtung der Republik eingetreten sind und damit für den bevorstehenden Wahlkampf die Parole: die Monarchie, die Republik! ausgegeben haben. Daß da ein Prinz, der dem Thron zunächst steht, das Interesse der Monarchie zu wahren sucht, wird man ihm auch schon deshalb nicht verübeln, weil er damit das Gesamtinteresse des Vaterlandes vertritt. Aber die Waffen, mit denen auf beiden Seiten gekämpft wird, sind nicht gut und gleich; der verhältnismäßig geringfügige Anlaß wird zu einer Haupt- und Staatsaktion aufgebraucht, alle Mittel der Verdrehung und Verhehlung setzen ein, so daß schließlich, wenn man die Summe zieht, die Sache der Monarchie, so fürchten wir, mehr Schaden gelitten hat, als ihr das Auftreten des Prinzen Nutzen bringt. Deshalb meinen wir, es wäre besser, wenn man es den bürgerlichen Parteien und der Presse überließe, sich mit den Sozialdemokraten herumzuschlagen, und daß die Mitglieder des Kaiserhauses diesem Kampfplatz fernbleiben.“

Wir verstehen die alte Moraltante vom Meinen nicht. Sicherlich gilt auch in bezug auf die meisten Hohenzollernreden das Sprichwort: „Reden ist Silber, Schweigen ist Gold.“ — aber in seiner großen Bescheidenheit begnügt sich der Prinz eben mit Silber.

Aberne Beschuldigungen des Kanzlerblattes.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bezichtigt, wie bereits gemeldet, die Mitglieder der Schiffahrtsabgabenkommission eines großen Vertrauensbruchs, weil ein Teil der Mitteilung des Staatssekretärs des Auswärtigen über die Verhandlungen mit Desterreich, Holland, England usw. in die bürgerliche Presse kam. Der wahre Sachverhalt ist, wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, folgender: Herr v. Riederlen-Wächter gab eine längere Darstellung der deutschen Vertragsbeziehungen zu den fremden Staaten und verlas am Schluß seiner Rede eine formulierte Erklärung „im Namen der Verbündeten Regierungen“. Er hat, diese Erklärung als geheim zu behandeln. Auf Anfrage eines Abgeordneten antwortete der Staatssekretär, die Bitte um Geheimhaltung beziehe sich nicht auf die vorausgegangene Rede, sondern nur auf die verlesene Erklärung. Ein nicht sozialdemokratischer Abgeordneter, der nicht der Kommission angehört, sondern nur als Zuhörer anwesend war, verließ dann das Zimmer und machte einen Journalisten Mitteilungen von der Rede des Regierungsdirektors. Etwa eine Stunde später fiel dem Staatssekretär ein, daß er in seiner Rede doch vielleicht manche Dinge gesagt habe, durch die Deutschlands Verhältnis zum Ausland nicht verbessert werde. Deshalb ersuchte er nachträglich darum, die Kommission möge alle seine Mitteilungen als vertraulich behandeln. Die Kommission entsprach auch diesem Wunsch.

Es gehört schon ein ungewöhnliches Maß offizielles Unberedenheit dazu, die Abgeordneten anzupöbeln, während das Verschulden offenbar allein auf das Konto des Herrn Staatssekretärs kommt.

Geistig und körperlich vollständig gesund.

Der Präsident der preussischen Herrenhäuser, Freiherr v. Manteuffel, beabsichtigt sein Amt als Landesdirektor der Provinz Brandenburg niederzulegen. Die Meldung interessiert weniger durch die treuerzige Versicherung des „Volksanzeiger“, der Manteuffel sei geistig und körperlich vollständig gesund, als durch den Schlußsatz: „Die Wahl des Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow, der ebenfalls in diesem Zusammenhang (als eventueller Nachfolger) genannt wird, darf aus inneren Gründen als unwahrscheinlich bezeichnet werden.“

Herr Paasche wird liberal.

Zu dem Wahlkreis Paasche, Kreuznach-Simmern, hat die Fortschrittspartei eine eigene Kandidatur aufgestellt. Die „nationalen“ Arbeiter, Kleinbauern und kleinen Beamten wollen die Drehscheibenpolitik Paasche nicht mehr mitmachen. Die Nationalliberalen wurden in letzter Zeit von rechts und links, Bündlern und Freisinnigen, arg bedrängt. Paasche sah sich deshalb veranlaßt, trotz

der wichtigsten Befehlsvorschriften, die im Reichstag der Erledigung harren, in seinem Bistum eine ausgebreitete Agitationstour zu machen, um gegen Vandalen und Freisinnige zu Felde zu ziehen. Dies ist ihm gründlich vorgebildet. Die Agrarier wollen von der Politik Paasche nichts mehr wissen, und die Freisinnigen verlangen den entschiedenen Kampf gegen Schwarzblau. Um nun die Freisinnigen zur Zurückziehung ihrer Kandidatur zu bewegen, machte ihnen Paasche allerlei Konzeptionen. In einer öffentlichen Versammlung, die im Herbst in Krynauz stattfand, sagte Paasche: Unser Kampf gilt in erster Linie der Sozialdemokratie, erst in zweiter Linie haben wir den Kampf gegen Konserbativen und Zentrum zu führen. Diesmal sprach Paasche anders. In einer Versammlung, die vor einigen Tagen in Sobornheim stattfand, kündigte Herr Paasche an, daß zuerst der schwarze Blau-Bloed bekämpft werden müsse, dann erst die umstürzlerische Sozialdemokratie.

Herr Paasche hat also Angst um sein Mandat.

Kaserneneid.

Ein Soldat des 43. Infanterieregiments sagte nach einer Meldung aus Königsberg wegen schlechter Behandlung den Entschluß zu desertieren und seinem Leben durch Verhungern ein Ende zu machen. Fünf Tage lang hielt er sich hungernd und freierend in der Weichenhalle eines Friedhofes auf. Als man ihn durch Zufall entdeckte, war er bis zum Skelett abgemagert. Er erklärte, er habe es beim Militär nicht länger aushalten können; am liebsten wäre er gestorben. Er wurde ins Garnisonlazarett gebracht. Sein Zustand soll sehr bedenklich sein.

Oesterreich.

Gegen das Wettreiben.

Budapest, 13. Februar. Im Senatsauschuß der Oesterreichischen Delegation sprach sich Delegierter Ellenbogen gegen die Marineforderungen aus und befürwortete den sozialdemokratischen Antrag betreffend ein Einvernehmen mit Italien. Er sagte, wenn nach den Erklärungen des deutschen Reichskanzlers ein derartiges Einvernehmen zwischen Deutschland und England als nicht unmöglich erscheine, müsse es zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien um so leichter möglich sein.

Ein Studentenprozeß.

Lemberg, 14. Februar. Heute begann der Prozeß gegen 101 Angeklagte wegen Teilnahme an den Ausschreitungen an der Lemberger Universität am 1. Juli 1910, wobei der ruthenische Student der Rechte Rodo durch einen Revolver-schuß getötet wurde.

Frankreich.

Eine Maßregelung.

Lyon, 14. Februar. Der Hauptmann Pierre Pietri ist zu zehntägigem Arrest verurteilt worden, weil er trotz des Verbotes des Kriegsministers unter dem Titel „Zwei Gewissenstragen“ eine Flugchrift veröffentlichte, in der er mit Bezug auf die Dreyfus-Affäre die Untriebe der Nationalisten, Merikalen und Royalisten scharf kritisierte.

Belgien.

Die Sozialistenschwänkelei in der Armee.

Brüssel, 11. Februar. (Sig. Ver.) Wir hatten kürzlich über die Aufspiegelung der sozialistischen Agitatoren durch die Gendarmen berichtet. Die Interpellation des Genossen Bertrand in der Kammer zeigte noch eine andere würdige Mission, zu der die Gendarmen in Belgien beufen sind. Wie Bertrand unter Vorweisung der betreffenden Aktenstücke nachwies, beauftragt der Kriegsminister Hellebaut das Gendarmenkommando mit der Auspionierung von Rekruten, indem er es anweist, zu erkunden, ob die betreffenden Soldaten keine Beziehungen zur sozialdemokratischen Partei unterhalten, eventuell ob sie ihr angehören.

Der Minister war allerdings sehr bemüht, den Vorwurf, daß es sich um ein regelrechtes „Fishes“-System handelt, zu entkräften. Nicht um Auspionierung handelt es sich nach ihm, sondern nur um simple „Erkundigungen“ über die politische Meinung von Rekruten, denen die Gunst des Absolvierens des Militärdienstes in ihrem Heimatort gewährt werden soll. Eine solche Gunst von der politischen Meinung des Soldaten abhängig zu machen, erscheint dem Kriegsminister, von dessen Moral man bisher eine noblere Auffassung hatte, als honett und gerechtfertig. Aber der Minister mußte sogar von dem liberalen Hymans, obgleich auch dieser die vom Minister beurteilten „Tendenz der Sozialisten“ belämpfte, hören, daß es verdammt wenig mit der politischen Gesinnung der Rekruten zu tun hat, ob man ihnen die Gunst einer Veretzung in die Garnison ihres Wohnortes gewähren will. Außer etlichen Merikalen reaktionärer Sorte, darunter natürlich Herr Boeste, der niemals fehlt, wenn es eine Merikale Schandtat zu verteidigen gilt, fand sich kein Redner, der das Spitzelsystem des Kriegsministers zu rechtfertigen versuchte. Als das schlimmste Uebel dieses Vorganges wurde von Janson und anderen hingestellt, daß es dem Verdächtigen, auf so hinterhältige Weise Ausgesondertwerden unmöglich gemacht ist, sich gegen die von Hof und Liebe des Gendarmen abhängigen Auskünfte zu wehren, sie als falsch oder gehässig abzuweisen. Der Verdächtige wird ohne Verhör verurteilt, denn der Minister gestand ohne weiteres zu, daß der Rekrut von der Aussonderung natürlich nicht verständigt wird. Aber der Kriegsminister findet dieses Vorgehen um so entschuldbarer, als es sich „nur um eine Gunst“, eine Befähigung seines „guten Herzens“, wie er sagte, handelt.

Herr Hellebaut plädierte auch insofern auf mildernde Umstände, als er erklärte, die Auskünfte des Gendarmen blieben direkt verborgen in der Schublade seiner Kanzlei. Der Sozialist Hubin vermittelte jedoch der Kammer die Kenntnis, daß trotz des Protestes des Ministers die „Fishes“ (die Auskunftsblätter der Gendarmen) an die Chefs der Kompagnie und die Korpskommandanten weitergegeben werden!

Die Majorität bedachte natürlich in ihrem Votum die schändliche Gesinnungsschwänkelei ihres Ministers, der in seiner Rechtfertigungsrede es selbstredend nicht unterließ, die Gefahren der „antimilitaristischen Propaganda im Heere durch die Sozialisten“ in den entschwerenden Farben zu malen, obwohl er den Beweis für die Tathat dieser Propaganda schuldig blieb. Die Tagesordnung Bertrand, die die Einholung von geheimen Erkundigungen über die politische Meinung der Rekruten und ihre Angehörigkeit zur sozialistischen Partei als gegen die Verfassung verstoßend feststellt und das Bedauern über die Haltung des Kriegsministers ausspricht, wurde mit 62 gegen 55 Stimmen, die sich auf Liberale und Sozialisten verteilten, verworfen.

Rußland.

Waffenverhaftungen an der Petersburger Universität.

Petersburg, 13. Februar. Die heutigen Vorlesungen in der Universität waren spärlich besucht und fanden

unter polizeilicher Bekachung. Mittags gossen Studenten in den Korridoren überreichende chemische Stoffe aus. Etwa 380 Studenten wurden verhaftet, nach Feststellung ihrer Personalien bis auf einige Räubersführer aber wieder freigelassen. Auch die höheren Frauenkurse waren wenig besucht und wurden wie die fünf anderen hiesigen Hochschulen tagsüber von der Polizei überwacht.

Fortdauer der Bewegung.

Petersburg, 14. Februar. Die Gärung an der hiesigen Universität dauert an. Die Hörsäle werden von der Polizei bewacht. Die Studenten stören die Vorlesungen. Einige Professoren weigerten sich zu lesen.

Tomsk, 14. Februar. Die Hörer der hiesigen Universität haben beschlossen, bis zum Herbst zu streiken.

Abgeordnetenhaus.

27. Sitzung vom Dienstag, den 14. Februar, abends 7 1/2 Uhr.

Die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt.

Abg. v. Traupenzinski (Vole) polemisiert gegen den Abgeordneten v. Karbovski.

Abg. Schiffer (nath.): Herr v. Dendeband hatte kein Recht, uns Kangel an Landwirtschaftsfreundlichkeit vorzuwerfen, weil ein Teil unserer Mitglieder zum Hansabund gehört. Haben doch auch die Konservativen sich feinerzeit dagegen verwahrt, mit dem Bunde der Landwirte identifiziert zu werden. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Redner polemisiert des weiteren gegen den Abg. Rissen.

Hierauf wird ein Schlufantrag der Rechten und der Nationalliberalen angenommen. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten. Zurufe: Unerhört!)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.)

(zur Geschäftsordnung): Eine Abänderung anzubringen und dann genau 1/4 Stunden lang über die Sache zu verhandeln, was das bedeutet, darüber ist kein Zweifel. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Schluf ist gemacht worden nach der Rede des Abg. Gronowski, die sich ausschließlich gegen die Sozialdemokratie wandte, obwohl das nicht zum Etat gehört. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ihnen ist bekannt gewesen, daß ich speziell beauftragt war, diese Angriffe des Abg. Gronowski zurückzuweisen. Ich wäre in der Lage gewesen, jedes Wort dieser Angriffe

als Entstellung, als infame, demagogische Lügen nachzuweisen. (Großer Lärm rechts und im Zentrum. Bravo bei den Sozialdemokraten. Vizepräsident Dr. Forst ruft den Redner zur Ordnung.) Ich wäre in der Lage gewesen, nachzuweisen, daß z. B. die Ausführungen des Abg. Gronowski über sozialdemokratischen Terrorismus . . .

Vizepräsident Dr. Forst: Sie können jetzt nicht Ihre Rede, die Sie hätten halten wollen, zur Geschäftsordnung halten. Ich habe Ihnen schon weiten Spielraum gegeben mit Rücksicht darauf, daß Sie vom Worte ausgeschlossen worden.

Abg. Dr. Liebknecht:

Die Rede des Herrn Gronowski, die spekulierte auf jene, die nicht alle werden, mußte naturgemäß in Ihnen den lebhaften Wunsch erwecken, daß sie nicht die Widerlegung erfährt, die ihr gebührt. (Sehr wahr bei den Sozialdemokraten.) Es wäre uns ein leichtes gewesen, an Herrn Gronowski eine moralische Züchtigung vorzunehmen. (Große Unruhe rechts und im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. Forst: Ich muß Sie dringend ersuchen, sich zu mäßigen und jedenfalls jetzt zur Geschäftsordnung zu sprechen. (Rufe rechts: Zur Ordnung!)

Abg. Dr. Liebknecht:

Einem Angegriffenen in solcher Weise die Möglichkeit zur Verteidigung zu nehmen — ein Verfahren, wie wir es ja in diesem Hause schon gelegentlich erlebt haben — verdient als das bezeichnet zu werden, was es ist:

feig, ehrlos, unanständig.

(Wütender Lärm im Zentrum und rechts. Vizepräsident Dr. Forst ruft den Redner aufs neue zur Ordnung.)

Abg. Hirsch (Soz.):

Auch mir ist es durch den Schlufantrag unmöglich gemacht worden, auf die Verdächtigungen und Beschimpfungen meiner Partei durch den Abg. Gronowski zu antworten und nachzuweisen, daß das, was er gegen uns gesagt hat, nicht in einem einzigen Punkte den Tatsachen entspricht. Das, was er über das Ergebnis des Maurerstreiks von 1907 gesagt hat, ist mit Rücksicht darauf, daß Herr Gronowski die Verhältnisse genau kennt,

eine bewußte Unwahrheit.

(Große Unruhe im Zentrum. Vizepräsident Dr. Forst ruft den Redner zur Ordnung.) Im übrigen beantrage ich namens meiner Freunde, daß über den Titel „Minister“ besonders abgestimmt wird. Wir legen Gewicht darauf zu konstatieren, daß wir diesem Minister das Gehalt nicht bewilligen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.)

Abg. Dr. Well (Z.): Um keine Legendenbildung aufkommen zu lassen, will ich nur feststellen, daß meine Fraktion gegen den Schlufantrag gestimmt hat. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Weil sie wußten, daß eine Mehrheit für ihn da war.) Wir bedauern in diesem Falle sehr den Schluf der Debatte. (Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn Herr Liebknecht gesprochen hätte, würde ich ihm schon die passende Antwort gegeben haben. (Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hef (Z.): Herr Hoffmann hat im Laufe der Rede des Abg. Gronowski den Zwischenruf gemacht: „Wenn man nicht Geld genug hat, macht man Projekte wie der Abg. Hef.“ Er hat damit eine Verdächtigung ausgesprochen, die seit mehreren Wochen durch die Presse läuft. Ich habe diese Verdächtigung in der „Kölnischen Volkszeitung“ bereits als Unwahrheit und vollständig erlogen hingestellt und nehme zu Ehren des Herrn Hoffmann an, daß ihm meine Verichtigung noch nicht bekannt war.

Abg. Gronowski (Z.): Ich habe aus drei Reden der Abgeordneten Hirsch, Leinert und Ströbel gegen das Zentrum geantwortet. Die leidenschaftlichen Beschimpfungen, die mir hier wie draußen im Lande auch sonst immer zu teil geworden sind, betrachte ich als eine Ehre für einen christlichen Arbeiter. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Rohmann (nath.): Herr Gronowski hatte mir zugerufen, ich sei immer der fünfzehnte Rathgeber der Sozialdemokratie. Diese Behauptung steht, solange er sie nicht beweist, auf derselben Höhe wie die Beschuldigung, mit welcher er beleidigende Behauptungen feinerzeit nachträglich in das Stenogramm seiner Rede hineingebracht hat. (Hört! hört! links.)

Abg. Hirsch (Soz.) (persönlich):

Herr v. Dieberstein hat meine Darstellung des Versammlungsverbot in Keuenhagen als unrichtig hingestellt. Ich stelle demgegenüber fest, daß ich auf Grund eines Urteils des Oberverwaltungsgerichts, das vor mir liegt, den Sachverhalt dargelegt habe. Herr v. Dieberstein und der Minister behaupteten weiter, meine Ausführungen über das Verhalten der Polizei in Koblenz

seien unkontrollierbare Beschuldigungen gewesen. Ich stelle fest, daß ich selbst den Verhandlungen in Koblenz beigewohnt und das, was ich gestern gesagt habe, mit eigenen Ohren gehört habe von Zeugen, die durchaus unverdächtig und vereidigt worden sind. Herr Gronowski hat dann behauptet, ich hätte gesagt, wir machen die Raffin nicht unzufrieden, sondern die bürgerliche Gesellschaft. Ich habe das nicht gesagt, hätte es aber sagen können und entnehme daraus, daß Herr Gronowski seine Rede schon ausgearbeitet hatte, bevor ich gesprochen habe. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dann hat er mir die Versicherung in den Mund gelegt: „Geben Sie dem Volke ein freies Wahlrecht, dann wird es zufrieden sein.“ Einen so törichten Anspruch habe ich nicht getan. Ferner erlaube ich Herrn Gronowski, mir aus dem Stenogramm meiner Rede nachzuweisen, daß ich auch nur mit einem Worte das Zentrum angegriffen habe. Zurufe bei den Sozialdemokraten: Sonst hätte er aber seine Rede nicht halten können. (Weiterkeit.)

Abg. Dr. Liebknecht:

Was Herr Gronowski über meine Amerikareise gesagt hat, war ebenfalls durchaus unwahr. Seine Bemerkungen über die Stellung des Zentrums zum Schluf der Debatte werden zweifellos von niemand ernst genommen und lediglich als Spiegelfechtere angesehen werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nur mit dem Willen des Zentrums konnte der Schlufantrag kommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Bemerkung des Herrn Gronowski, daß die Charakterisierung, die ich dem Schluf des Hauses habe angebeihen lassen, von ihm mit Würde ertragen werde, war ein Schuldgeständnis seinerseits. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hoffmann (Soz.)

(mit Gelächter rechts empfangen): Wenn Sie nichts Besseres zu tun haben, laden Sie sich aus. (Weiterkeit.) Den Zuruf über Herrn Hef habe ich auf Grund eines in der „Kölnischen Volkszeitung“ veröffentlichten Kontraktes gemacht, nach welchem Herr Hef von dem Buchhändler, der die Schulbücher lieferte, Procente genommen hat, und wonach Herr Hef der vorgelegten Behörde gegenüber erklärt habe, er hätte nicht gewußt, daß man solche Procente nicht nehmen dürfe, und weiter daß ein Disziplinerverfahren deshalb gegen ihn eingeleitet sei. Wenn dies entschieden sein wird, meine ich, meinen Vorwurf zurückzunehmen. Die „Kölnische Volkszeitung“ ist nicht für mich maßgebend. Wenn Herr Gronowski gesagt hat, in meinen Versammlungen im Rheinland hätte er nur Poheit lernen können, so bemerke ich: Mehr Poheit, als er heute hier zum besten gegeben hat, kann er überhaupt nicht lernen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hef (Z.): An den ganzen Gerüchten, die in der Zeitung gestanden haben, ist nicht ein Wort wahr. Herr Hoffmann konnte natürlich nur auf Grund der Zeitungsbereichte urteilen.

Abg. Gronowski (Z.): Keine Volksschulbildung und die Erziehung als christlicher Arbeiter verbietet mir, Herrn Liebknecht im selben Tone zu antworten. Herrn Hirsch bemerke ich nochmals, daß ich wegen Reden der Herren Ströbel, Hirsch und Leinert gegenüber dem Zentrum geantwortet habe.

Abg. Hirsch (Soz.):

Ich habe das Zentrum nicht angegriffen. Herr Gronowski muß also seine Rede vorher ausgearbeitet haben.

Abg. Gronowski (Z.): Ich habe nur ein einzigesmal eine Rede ausgearbeitet, und zwar vor 8 Jahren. (Abg. Hoffmann: Und seitdem halten Sie immer dieselbe. (Stürmische Weiterkeit.)

Der Titel Minister wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen bewilligt.

Es folgt der Titel „Unterstaatssekretär“.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.)

versucht bei diesem Titel auf die Angriffe des Abg. Gronowski und die allgemeine Debatte zurückzukommen, wird aber nach jedem Satz von dem Präsidenten v. Kröcher zur Sache gerufen. Nachdem dies zum drittenmal geschehen, fragt Präsident v. Kröcher das Haus, ob es den Redner noch weiter anhören wolle.

Das Haus beschließt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen und Freisinnigen, dem Abg. Liebknecht das Wort zu entziehen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Auch das Zentrum stimmt dafür! Abg. Liebknecht: Ihre Züchtigung bleibt nicht aus!)

Der Titel Unterstaatssekretär wird bewilligt.

Es folgt der Titel „Oberverwaltungsgericht“.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Wir halten dieses, wie jedes separate Gerichtsverfahren an sich für von Uebel und wünschen auch hierfür ordentliche Gerichtsverfahren. Die Rekrutierung dieser Richter geschieht nach der Unfähigkeit, oppositionellen Meinungen gerecht werden zu können. Wir können also auch das mäßige Vertrauen wie gegen ordentliche Gerichte nicht hegen. Der Unterbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit besteht aus reinen Verwaltungsbeamteten, schon das kann die Qualität derselben nur ungünstig beeinflussen. Dann aber das Beweisverfahren. Es fehlen die Maximen, an die sich Zivil- und Strafgerichte halten müssen. Es werden unvereidigte Zeugen als glaubwürdig angesehen, ganz ordnungslose Polizeiaten werden als Beweismaterial zugelassen. Das drückt dem ganzen Verfahren

polizeilich-willkürlichen Charakter

auf. Wenn in politischen Sachen solche Polizeiaten vorgelegt werden, ist man verraten und verkauft. Natürlich kommen polizeiliche Geheimnisse nie in die Hände etwa gar eines sozialdemokratischen Rechtsanwalts. Die Art des Rechtsmittelzuges bedarf eines raffinierten Studiums, ehe man weiß, wo das zuständige Rechtsmittel anzubringen ist. Bei Einbringung der Revision ist z. B. der längst ausgeschaltete Kreisauschuß allein zuständig, die erste Instanz. Das Verfahren ist nur geeignet, die Rechtsuchenden aufs Eis zu locken. Warum geht man nicht zu den einfachen Regeln des Zivil- und Strafprozesses? Es ist eine der wichtigsten Garantien des ordentlichen Prozesses, daß die Urteile mit den Gründen verknüpft werden müssen. Diese Garantie besteht hier nicht, es werden monamal keine Gründe angegeben oder gar kein Urteil verkündet, sondern es wird schriftlich bekannt gegeben. Infolge der Polizeiwillkür häufen sich die Beschwerden.

Die Ueberlastung kann nur beseitigt werden durch Reform der inneren Verwaltung, wie sie einem modernen Rechtsstaat entspricht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Affektismus, das Hüßrichtertum, ist eine weitere Verschlechterung des Verfahrens. Bei der Festlegung einer Revisionssumme könnte die größte Willkür geübt werden. In diesem Hause hat man nur das geringste Verständnis für eine Kontrolle der Verwaltung und die Art, wie hier alle Missethände demantelt werden, selbst vom Minister, gibt uns vollen Grund zum schärfsten Mißtrauen. Unser Streitverfahren ist der einzige Schutzwall gegen Verwaltungsmissbräuche, dadurch allein kann Verwehrt werden, daß außerhalb den Anschein eines Rechtsstaats erlangen und das soll durch Einführung einer Streitsumme auch noch beseitigt werden! Wir können dem Oberverwaltungsgericht nicht unser Vertrauen ausdrücken; es ist viel reaktionärer als die ordentlichen Gerichte, so z. B. im Vereinrecht. Heute hat der Minister einer etwas freisinnigeren Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts hier öffentlich die Gefolgschaft verweigert! Hier genügt nicht, daß man pleißt, hier muß getanzi werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Mittwoch, vormittags 11 Uhr: Fortsetzung. Schluf: 9 Uhr 50 Minuten.

Gewerkschaftliches.

Wie Scharfmacher Geld erpressen.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß manche Arbeitgeberorganisation in finanzieller Beziehung nicht mit den Arbeiterverbänden konkurrieren kann. Da ist den Herren dann jedes Mittel recht, um Geld zu erlangen. Ein Beispiel dafür bietet der Arbeitgeberverband der Malermeister für Rheinland-Westfalen.

Um möglichst alle Arbeitgeber als Mitglieder zu gewinnen, nahm der Verband jeden auf, der Arbeiter beschäftigte. Aber Agitation und Organisation kosten Geld, und wo dieses hernehmen, wenn die Beiträge nicht einfließen, weil so mancher Meister nicht in der Lage ist, dieselben zu leisten. Um nun aus dem chronischen Dalles herauszukommen, ohne dabei den nichtzahlenden Mitgliedern vor den Kopf stoßen zu müssen und sie dadurch abzuschrecken, kamen die Drahtzieher der Scharfmacherorganisation auf die großartige Idee, die schwachen Klassen durch ihre Lieferanten füllen zu lassen. Seit einiger Zeit prangt an jeder Tür in den Geschäften ein Plakat mit dem Inhalt, daß von Reisenden nur diejenigen Herren empfangen werden, welche in den Besitz einer „Vorzugskarte“ sind.

Was das bedeutet, mag folgende Zuschrift an die Lack- und Farbenlieferanten erläutern:

Arbeitgeber-Verband f. d. Maler-, Anstreicher- u. verwandte Gewerbe in Rheinland u. Westfalen
Geschäftsstelle: Barmen, Neuerweg 9 — Fernsprecher 914.
B. P.

Da ich als Mitglied obigen Verbandes gezwungen bin, von allen meinen Herren Lieferanten eine Vorzugskarte zu verlangen, so bitte ich Sie hierdurch, sich baldigst eine solche verschaffen zu wollen.

Ohne Vorzugskarte kann ich Aufträge nicht mehr erteilen. Die Abgabe der Karte erfolgt bedingungslos zum Preise von Mk. 20 für die Hauptkarte, Mk. 10 für jede weitere Nebenkarte. Die frühere Abgabe-Beschränkung auf Mitglieder des westf. Händlerverbandes ist aufgehoben. — Die Karten werden ausgeben bei den Vorstehenden unserer Ortsgruppen und in der Geschäftsstelle des Verbandes.
Hochachtungsvoll
(Firmenstempel.)

Die „Nebenkarten“ sind für die Reisenden bestimmt. Wenn also eine Farbenfirma eine größere Zahl von Reisenden unterhält, muß sie dem Verband der Malermeister neben den 20 Mk. für die Hauptkarte eine unter Umständen recht erhebliche Zahl von Nebenkarten für die Reisenden zahlen. Mit dem Gelde der Lieferanten füllt also der Verband seine sonst leeren Kassen. Irigendwelche Verpflichtungen übernimmt er dafür nicht. Bieweit seine Bemühungen Erfolg haben, wird man abwarten müssen.

Wozu diese Gelder verwendet werden sollen, wird unklar angegeben; „Stärkung des Verbandes, um Ruhe vor der Arbeiterschaft zu haben“. Die Forderung an die Lieferanten wird damit begründet, daß es ja auch ihr Vorteil sei, wenn keine Streiks eintreten, sie ja dadurch auch „in ihren Lieferungen nicht behindert“ würden. Natürlich nur so lange wie keine Streiks und Aussperrungen bestehen, denn jeder weiß, daß man in diesem Fall den Lieferanten einfach die Fortlieferung untersagt, um etwaige Außenleiter an der Fortleitung des Betriebes zu hindern. Das sind schöne Aussichten für dieselben, und dürften auch diejenigen derselben bald einen Saken an der Sache finden, die sich jetzt durch die Aussicht auf bessere Geschäfte durch die „Vorzugskarten“ blenden lassen. Merkwürdigerweise hörte man bislang noch keinen Ton der Entrüstung in der „Farbenzeitung“, die sonst so schön von der Begehrlichkeit und Unverschämtheit der Arbeiter zu berichten weiß. Sollte dieses Blatt nicht im Interesse der Fachwelt, die zu vertreten sie angibt, in gleicher Tonart gegen diese Zumutungen der Scharfmacher Stellung nehmen?

Die Arbeiterschaft aber sieht daraus, mit welchen Mitteln versucht wird, sie niederzurängen. Wenn diese Art der Geldbeschaffung auch nicht unter die Paragraphen des Strafgesetzes fällt, so riecht sie doch moralisch verdammt stark nach Erpressung!

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik bei Siemens, Frankfurterstraße, ist beendet. Die Sperre ist hiermit aufgehoben.
Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Die Kellneraffäre im Reichstag

Hat nach einer Korrespondenz jetzt eine befriedigende Lösung gefunden. Wie mitgeteilt, hatte die Hotel-Betriebs-Aktiengesellschaft, die die Bewirtschaftung des Reichstagsrestaurants führt, einen Kellner entlassen, weil er dem Abg. Deckfischer, der Vorstandsmitglied ist und als solches die Restaurantkontrolle mit zu versehen hat, auf dessen Frage mitgeteilt hatte, daß er seinen bereits am Sonnabend fälligen Lohn am Dienstag noch nicht erhalten habe. Auf Verwendung des Dr. Deckfischer war der Kellner dann wieder eingestellt, nachträglich aber vom Direktor der Aktiengesellschaft neuerdings entlassen worden, weil sein „disziplinarwidriges Verhalten“ nicht geduldet werden könne. Diesen schroffen Standpunkt hat die Hotel-Betriebsgesellschaft aber jetzt aufgegeben und ihre Bereitwilligkeit erklärt, den Kellner wieder in Dienst zu stellen. Der Vorstand des Reichstages hat sich nun einstimmig auf die Seite des Schriftführers Dr. Deckfischer gestellt und die Wiederanstellung des Kellners unbedingt gefordert. Ja der Vorstand soll sogar entschlossen sein, bei Ablehnung dieser Forderung den Vertrag mit der Hotel-Betriebsgesellschaft zu kündigen. Die Gesellschaft hat in ihrem Schreiben an den Präsidenten, worin sie die Wiederanstellung des Kellners mitteilt, ihre ursprüngliche Haltung damit zu rechtfertigen versucht, daß sie behauptete, es sei ihr unbekannt gewesen, daß dem Abg. Dr. Deckfischer als Vorstandsmitglied eine Art Oberaufsicht über das Restaurant zustehe.

Tarifbewegung der Militärschneider.

Die Militärschneider haben am Montag in einer zahlreich besuchten öffentlichen Versammlung beschlossen, den Arbeitgebern eine neue Tarifvorlage zuzuschicken, die im allgemeinen dem entspricht, was schon im Jahre 1908 gefordert, aber trotz des neunwöchigen Streiks nicht erreicht wurde. Der Kampf endete damals damit, daß die Arbeitgeber 7 Prozent Zulage bewilligten. 1907 wurde dann durch friedliche Verhandlungen diese Prozentberechnung beseitigt und die Preise dementsprechend mit noch einigen weiteren Aufschlägen erhöht. Der so vereinbarte Tarif sollte auf 4 Jahre abgeschlossen werden, zu einem formgerechten Abschluß kam es jedoch nicht, da die Arbeitgeber schließlich auf ein Schreiben der Branchenkommission nicht mehr antworteten. Der Tarif ist infolgedessen nicht unterzeichnet, und eine Kündigungsfrist ist nicht festgelegt. Die Löhne sind in der Militärbranche bedeutend geringer als in der Zivilbranche, und das, was die Militärschneider früher voraus hatten, daß sie das ganze Jahr über auf regelmäßige Beschäftigung rechnen konnten, ist inzwischen in Fortfall geraten. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.:

gekommen. Auch in der Militärschneidererei hat man jetzt zeitweilig mit klarem Geschäftsgang zu rechnen. Die geringere Verdienstmöglichkeit hat dazu geführt, daß Militärschneider zur Zivilbranche übergehen, während früher das Gegenteil der Fall war, und daß Jungen, die Schneider lernen, sich nicht der Militärbranche zuwenden. Dadurch hat sich die Zahl der Militärschneider verringert; im Jahre 1908 gab es in Berlin ungefähr 500, jetzt sind es kaum noch 400. Wenn die Arbeitgeber sich nicht der Gefahr eines fühlbaren Mangels an Arbeitskräften aussetzen wollen, werden sie in ihrem eigenen Interesse für eine Besserung der Löhne sorgen müssen. Unter diesen Umständen wird es den Militärschneidern nicht besonders schwer fallen, ihren Wünschen Geltung zu verschaffen, zumal sie jetzt weit stärker organisiert sind als früher. Sie werden bestrebt sein, wenn irgend möglich, auf friedlichem Wege ihr Ziel zu erreichen, andernfalls aber auch nicht vor einem Kampf zurückzutreten. — Nachdem der Referent W a i die allgemeine Lage geschildert hatte, wurde die Tarifvorlage verlesen und zur Diskussion gestellt. Die Vorlage, die von einer Kommission unter Hinzuziehung weiterer Fachverständiger sehr sorgfältig ausgearbeitet ist, enthält 750 Positionen gegenüber 450 des alten Tarifes. Es ist eine große Zahl von Einzelarbeiten mehr als bisher aufgeführt, um Streitigkeiten, wie sie jetzt häufig über die eine oder andere Arbeit entstehen, in Zukunft zu vermeiden, und außerdem ist der Tarif für Marineuniformen wieder mit angefügt, der bisher noch nicht zur Geltung gekommen war. — Ueber die Vorlage wurde sodann reger diskutiert, wobei es sich zeigte, daß manche der aufgeführten Positionen denen, die besonders mit den betreffenden Arbeiten zu tun haben, noch als zu niedrig angesehen erschienen. Die Vorlage wurde jedoch schließlich durch Annahme einer Resolution mit allen gegen 7 Stimmen gutgeheißen. Sie wird nun nach nochmaliger Durchsicht und Reinschrift den Arbeitgebern zugestellt werden.

Achtung, Parkettleger! Alle schriftlichen Anfragen wegen Arbeit in Hamburg sind strengstens untersagt. Jegliche Vermittlung von Arbeit in Hamburg oder anderwärts geschieht nur durch unseren Arbeitsnachweis, Engelufer 14/15, Saal 4, part.

Der Arbeitsnachweis des Deutschen Holzarbeiterverbandes (Zahlstelle Berlin).

Der Posamentierer Franz Schmidt, Stralauer Allee 20, ersucht um die Mitteilung, daß er mit dem bei der Firma Feibisch arbeitenden Hausdiener Schmidt nicht identisch sei.

Deutsches Reich.

Zur Tarifbewegung im Holzgewerbe.

Bei den Verhandlungen, die zwischen den Zentralvorständen unter Hinzuziehung der zentralen Schlichtungskommission stattgefunden, ist jetzt ein wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen. Es ist gelungen, wenigstens über den Ablaufstermin hinweg zu kommen. Wesentlich standen sich gerade in dieser Frage die Ansichten schroff gegenüber. Während der Arbeitgeberverband auch in diesem Jahre dreijährige Verträge abschließen wollte, verlangte der Holzarbeiterverband die Verlängerung der Vertragsdauer auf vier Jahre. Zu einer Einigung vermochten die Zentralvorstände auch jetzt nicht zu kommen und wurde darum diese Frage der zentralen Verhandlungskommission überwiesen, die nun einen Schiedsspruch gefällt hat, der dahin geht, daß die jetzt abzuschließenden Verträge bis zum 15. Februar 1915 — also vier Jahre — laufen sollen.

Die Organisationsleistungen haben die Entscheidung der zentralen Verhandlungskommission in dieser Frage bereits anerkannt. Die lokalen Verhandlungen über den materiellen Inhalt der Verträge sind, weil der Ablaufstermin noch nicht festgelegt war, bisher auf der ganzen Linie ergebnislos verlaufen. Jetzt sollen sie in allen Orten mit Nachdruck gefördert werden. Weil aber vorauszu sehen war, daß bis zum 15. Februar, dem Ablaufstermin der alten Verträge, die Verhandlungen nicht mehr zum Abschluß gebracht werden konnten, haben die Zentralvorstände vereinbart, daß die bisherigen Vertragsbestimmungen bis zum 1. März Gültigkeit haben und daß bis dahin in den in Frage kommenden Orten weder Streiks noch Aussperrungen stattfinden sollen. Damit ist wenigstens der sofortige Ausbruch des Kampfes verhindert und nicht alle Hoffnung geschwunden, daß der Friede in der Holzindustrie gewahrt werden kann. Diese Hoffnung ist aber nur sehr schwach, weil die Arbeitgeber der einzelnen Orte bisher keine Neigung zeigen, die berechtigten Wünsche der Arbeiter bezüglich der Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu erfüllen.

Auch in Hamburg, wo die Arbeitgeber dem Mahardtischen Arbeitgeberverband nicht angehören, sind die Verhandlungen aufgenommen, nachdem die Schlichtungskommission unter Zustimmung der Vertragsparteien den alten Vertrag um vier Wochen verlängert hat.

Unbegründete Verdächtigungen organisierter Arbeiter.

In der Stadtbrauerei zu Jena wurden der gewerkschaftlichen Organisation seit jeher die größten Schwierigkeiten gemacht und die organisierten Arbeiter mit anderem Maße gemessen als die Welken und Indifferenten. Die Welken sind Hahn im Korbe. Wo solche Zustände herrschen, da ist auch ein dankbarer Boden für Vubenstreiche, die man den Organisierten anhängen kann. Die Betriebsleitung glaubt ohne weiteres, daß irgend welche Schikanen gegen Mitarbeiter nur von organisierten Arbeitern verübt werden können.

Vor annähernd zwei Jahren fand man einen Gummischlauch mit einem Zigarettenstummel verstopft. Ohne weiteres wurde angenommen, daß dies organisierte Arbeiter getan haben, und zwei von ihnen wurden daraufhin ohne jeden Beweis entlassen. Jetzt hat sich ein ähnlicher Fall abgespielt, und wieder wollte man die Organisation dafür bühen lassen. Diesmal hat aber die beliebte Praxis der Betriebsleitung schmächtig Schiffbruch gelitten. Der Sachverhalt ist folgender:

„In einem Haufen Brennholz in der Brauerei wurde ein Stück Holz gefunden, das angebohrt und mit Sprengpulver gefüllt war. Der Gemeindevorstand — die Brauerei wird in städtischer Regie betrieben — setzte 500 Mk. Belohnung für Ermittlung des Täters aus. Der Verdacht wurde „natürlich“ sofort wieder auf die organisierten Arbeiter gelenkt, und fünf von ihnen wurden durch vier Polizisten und einen Gendarm einem gemeinschaftlichen Verhör unterzogen, dem sich eine peinliche Hausdurchsuchung bei jedem einzelnen anschloß. Gefunden wurde nichts, was mit dem Vorkommnis hätte in Verbindung gebracht werden können. Die Gelder wurden vom Verhör und von der Hausdurchsuchung verschont, auf diese fiel kein Verdacht der Betriebsleitung.“

Kun hat sich der Täter gemeldet; er gehört nicht zu den verdächtigen Organisierten. Einen Tag hat er sich machen wollen, erklärt er, weil er bei den Studenten so viel vom Zug gehört hat. Man entließ ihn aus der Kasse, in der er saß, und auch die Brauerei nahm ihn wieder auf. Niemand hätte sie es getan, wenn es sich um einen Organisierten gehandelt hätte; ja, es war zu befürchten, daß wieder ein paar Organisierte geflogen wären, wenn sich der Täter nicht gemeldet hätte.

Wenn durch diesen reinen Zufall der Sachverhalt nicht zur Aufklärung gekommen wäre, hätten die Arbeiterfeinde und Soldatschreiber der Scharfmacher ihn als weiteren Beitrag für den von organisierten Arbeitern verübten schauerlichen Terrorismus bühen können. Schabel

Zur Lohnbewegung in den Kinderwagenfabriken zu Zeitz. Mit dem 11. Februar ist die Kündigung in den Kinderwagenfabriken abgelaufen und die Arbeit dort eingestellt worden, wo eine Einigung mit den Fabrikanten nicht möglich war. Mit einer Firma, die 50 Arbeiter beschäftigt, konnte im letzten Augenblick noch eine Verständigung herbeigeführt werden, so daß jetzt in drei Betrieben mit insgesamt 100 Arbeitern zu neuen Vereinbarungen gearbeitet wird. Die übrigen Fabrikanten verhielten sich bis zum letzten Augenblick ablehnend; den Arbeitern blieb darum nichts anderes übrig, als die Betriebe zu verlassen, was denn auch in den meisten Fabriken einmütig geschah. Wo ein Teil Arbeitswilliger stehen geblieben ist, sind sie durch den Druck der Fabrikanten gezwungen worden, die Arbeit wieder aufzunehmen. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Drud u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsanstalt

blieben ist, handelt es sich um Leute, mit denen nicht viel Staat zu machen ist. Der Arbeitgeberverband macht auf der ganzen Linie scharf, es wird allem Anschein nach darum zu einem erbitterten Kampfe kommen.

Zuzug von Korbmachern, Stellmachern, Raschinen- und Metallarbeitern sowie Sattlern und Malern ist streng fernzuhalten.

Verfammlungen.

Verband der Leberarbeiter. Die Filiale Berlin I beschäftigte sich in einer am Montag abgehaltenen Versammlung unter anderem mit den Statutenanträgen, welche dem bevorstehenden Verbandstage unterbreitet werden sollen. Die Anträge sind von einer hierzu eingesetzten Kommission beraten. Sie wurden der Versammlung vorgelesen und eingehend diskutiert. In der Hauptsache gehen die Anträge dahin, daß Berlin I eine Erhöhung der Beiträge befürwortet, sich aber gegen eine Herabsetzung der Unterstützungsätze wendet. Es wird beantragt, statt der bisherigen drei Beitragsklassen zu 25, 50, 65 Pf. vier Klassen zu 30, 45, 60, 75 Pf. einzuführen und dementsprechend auch die Unterstützungsätze abzustufen, so daß die wöchentliche Streifenunterstützung in den vier Beitragsklassen 6, 9, 12, 15 Mk. betragen würde. Auch bezüglich der anderen Unterstützungsätze sind eine Reihe von Anträgen, meist formaler Art, gestellt. — Zu der Statutenbestimmung, welche die Ueberstunden betrifft, wird als Zusatz beantragt: „Abkündigung der Heimarbeit“. Diese Forderung kommt für die Handschuhmacher in Frage und ist für sie von großer Bedeutung. — Schließlich erklärte der Referent der Kommission noch, daß sich diese in bezug auf die Heimarbeit der Resolution der Konferenz anschließen und daß sie die Haltung des Zentralvorstandes in der Frage des Reichstags billige. — Die Versammlung stimmte den Anträgen der Kommission zu, die nun als Anträge von Berlin I zum Verbandstage eingereicht werden.

Hierauf wurden zwei Lohnbewegungen der Handschuhmacher besprochen. In einem Falle handelt es sich um die Firma Dörcksen, die sich mit der Firma Berliner Handschuhmanufaktur vereinigt hat und nun statt der Löhne, die in der letzteren Firma gezahlt wurden, die niedrigeren Löhne der Firma Dörcksen zahlen will. Die Arbeiter fordern Anerkennung der Affordätze, welche in der Berliner Handschuhmanufaktur üblich waren. Da die mit Herrn Dörcksen geführten Verhandlungen den gewünschten Erfolg nicht hatten, sind die betreffenden Kollegen am Sonnabend in den Ausstand getreten. — Bei der Firma Jinter wird eine Regulierung des Affordats gefordert. — Die Versammlung erteilte ihre Zustimmung zu den beiden Lohnbewegungen.

Letzte Nachrichten.

Zur Eingemeindung Treptows.

Die Gemeindevertretung von Treptow beschloß am gestrigen Abend in nichtöffentlicher Sitzung mit 12 gegen 8 Stimmen, eine Kommission zu wählen, welche Verhandlungen pflegen soll über die Grundlagen der Eingemeindung, ohne sich jedoch prinzipiell zu binden.

Schwere Eisenbahnkatastrophe in Frankreich.

Paris, 14. Februar. (W. T. V.) Der nachmittags gegen fünf Uhr von Paris nach Brest abgehende Expreszug stieß gegen sechs Uhr Viertel Uhr in der Station Courville mit einem Güterzug zusammen. Beide Züge gingen Feuer und verbrannten vollständig bis auf den Speisewagen des Expreszuges. Bisher wurden acht Leichen geborgen. Die Zahl der Verwundeten ist sehr groß.

Ein Telegramm des Dreh-Telegraphen meldet über die Katastrophe: Der vom Gare Montparnasse nach Brest abgegangene Zug fuhr mit voller Geschwindigkeit auf den von Brest kommenden Expreszug auf. Die Maschinen beider Züge sind zertrümmert. Die Wagen sind harmonisch zusammengeschoben. Das köstliche Gewimmer bringt aus den Trümmern. Auch ein auf einem Nebengleis stehender Güterzug hat Feuer gefangen und steht in hellen Flammen. Die Verwundeten sind an der nötigen Hilfe, die telefonisch aus Chartres herbeigerufen wird. Alle Einzelheiten über das Unglück stehen noch aus. Doch scheint der Güterzug das eine Gleis gesperret zu haben, so daß die beiden Expreszüge auf dem noch freien zweiten Gleis zusammenstießen.

Vom türkisch-arabischen Kriegsschauplatz.

Saloniki, 14. Februar. (W. T. V.) Ein Teil der arabischen Streitkräfte ist von Sana a in der Richtung auf Hodeida abgerückt, wo immer neue Scharen von Arabern eintreffen und die Straßen besetzen. Gestern kam es in der Umgebung von Taaz zu einem Gefecht zwischen den dort lagernden türkischen Truppen und den Arabern. Auch Znanjaha hatte einen blutigen Kampf mit den Türken, in dem die Araber dreihundert und die Türken hundert Mann verloren.

Unter den Arabern herrscht die Cholera, der Gesundheitszustand der Türken ist gut.

Letzte Dividende.

Bremen, 14. Februar. (W. T. V.) Der Aufsichtsrat der Futeppinnerei und Weberei in Bremen beschloß in seiner heutigen Sitzung, der zum 20. März einzuberufenden Generalversammlung eine Dividende von 16 Proz. wie im Vorjahre vorzuschlagen.

Ein Falschmünzerprozeß.

Hannover, 14. Februar. (W. T. V.) Das Schwurgericht verhandelte heute gegen die beiden internationalen Münzverbrecher, die Italiener Robert Accuserte und Alfons Lamagna, die in Hannover im Jahre 1909 falsche Hundert-Reichsneue untergebracht haben. Die beiden Verbrecher sind von Schweden ausgeliefert worden, wo sie wegen des gleichen Verbrechens zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden sind. Sie wurden unter Zubilligung mildernder Umstände zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Düsseldorf, 14. Februar. (V. S.) Die Kriminalpolizei hat in Düsseldorf-Eller eine Falschmünzerwerkstatt entdeckt. Sie beschlagnahmte den Stufarbeiter Theodor Schröder und nahm zahlreiche falsche Zwei-Markstücke und das zur Herstellung der Falschstücke dienende Material in Beschlag.

Bergarbeiterlos.

Mons, 14. Februar. (W. T. V.) In Steinkohlenbergwerk von Monceau surambre sind durch niederliegende Gesteinsmassen vier Bergleute getötet worden.

Strenger Winter.

Petersburg, 14. Februar. (W. T. V.) In der ganzen Kr im herrscht ungewöhnliche Kälte. Der Schnee liegt so hoch, daß viele Dörfer vom Verkehr abgeschnitten sind. Viele Schafherden erfrieren, Obstbäume und Jäune werden von den Einwohnern als Heizung verwendet. Die Asienlager im Doneggebiet können den Bedarf nicht decken.

Duisburg, 14. Februar. (W. T. V.) Der Verkehr mit L a b r i s ist wegen Schneeverwehungen eingestellt worden. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

127. Sitzung, Dienstag, den 14. Februar 1911, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: v. Tirpitz.

Die zweite Beratung des Marine-Etats

wird beim Titel „Behalt des Staatssekretärs“ in Verbindung mit dem Titel über das „Zulagewesen“ fortgesetzt.

Abg. Dr. Semler (nat.): Der Unfall des Unterseebootes „U. 3“ wird in Hinsicht auf die Hinterbliebenen der drei Verunglückten — das nehme ich als selbstverständlich an — als ein Schiffbruch anzusehen sein. — Protestieren muß ich dagegen, daß der Abgeordnete Ledebour hier vertritt, die so sympathische und im Volke so beliebte Persönlichkeit des Prinzen Heinrich schuldhaftig zu behandeln. — Die Grenzen für den Ausbau unserer Flotte ist der defensive Schutz unserer Küsten, aber ganz selbstverständlich muß sie innerhalb der Defensive auch die Offensive ergreifen können — sonst brauchen wir keine Kriegsstotte, sondern können mit Küstenbatterien aus. — Gegen die Streichung der Heizzulagen haben nicht zuerst die Sozialdemokraten Bedenken erhoben, sondern ich und Herr Strube; unter dem Druck unserer eigenen früheren Entschlüsse und gegenüber dem starken Reim des Staatssekretärs konnten wir schließlich nur die Hälfte der Zulagen durch das Entgegenkommen des Staatssekretärs der Marine wieder einsehen. Herr Ledebour wünschte gestern die Anwesenheit des Reichszensors; aber was sollte er hier, da es sich lediglich um die Durchführung des Flottengesetzes handelt, die mit auswärtiger Politik nichts zu tun hat. (Weißal bei den Nationalliberalen.)

Abg. Schrader (Sp.) erklärt sein Einverständnis, daß für die Hinterbliebenen der Opfer der Unterseebootkatastrophe außerordentliche Mittel bereit gestellt werden sollen. Weiter führt der Redner aus, daß die Flottenrüstungen zwar schwer auf dem Volke lasten, daß sie aber notwendig sind und daß auch in Zukunft keine Erleichterungen zu erwarten sind, so lange das gegenseitige Vertrauen der Nationen dauere. Ueber die Abrüstungsfrage werde man sich aber besser beim Etat des Reichszensors und des Auswärtigen Amtes unterhalten. In den Werftbetrieben sind unzulässig Mißstände vorhanden, die daher rühren, daß die Betriebe auf kleine Verhältnisse zugeschnitten waren und bei der allmählichen Vergrößerung in den inneren Einrichtungen nicht fortschritten. Die sachgemäßen Vorschläge meines Freundes Strube werden hoffentlich Beachtung finden. — Die Heizzulagen sind gestrichen worden, nicht aus sachlichen Gründen, sondern weil das Geld in diesem Etat nicht zu beschaffen ist. Aber das wäre Sparlosigkeit am unrechten Ort und wir beantragen daher, diese Zulagen wieder in voller Höhe einzusetzen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Daß wir mit den vom Reichstag bewilligten Mitteln eine so große Kampfleistung beim Schiffbau erzielt haben, verdanken wir in erster Linie dem Bestehen des Flottengesetzes. Sparlosigkeit kann nur in großen Dingen geübt werden, nicht bei Kleinigkeiten; der Staatssekretär ist nicht am Plage, der in Bagatellen hineinsteigt, wie in das alte Eisen, sondern er ist an seinem Platz, wenn er die Kasse über Wasser hält und dafür sorgt, daß in großen Dingen keine Fehler gemacht werden. Eine Flotte wird nicht von heute auf morgen gebaut, sondern dazu bedarf es eines Menschenalters. Nehliches gilt von dem Werftbetrieb; aber hier ist seit zehn Jahren von Jahr zu Jahr verbessert worden. Auch die Vorschläge des Abg. Strube für Verbesserung des Werftbetriebes werde ich sorgfältig prüfen. — Herr Schrader ist auch auf das Gebiet der Auswärtigen Politik eingegangen. Darüber zu sprechen ist nicht meines Amtes; ich will nur betonen, daß unser Flottenbau nicht über den Rahmen des Flottengesetzes hinaus beschleunigt wurde und beschleunigt werden konnte. Es war das ein wunderlicher Irrtum, der in England verbreitet war. Die deutsche Presse hat — das muß ich hervorheben — zu einer Verheerung nicht beigetragen, sondern ist im Gegenteil sehr zurückhaltend gewesen. — Bei der Streichung der Heizzulagen befanden wir uns unter dem gewaltigen Druck des vorjährigen Beschlusses des Reichstages und der Finanzlage; aber so wie diese Zulagen jetzt gestaltet sind, sind sie meines Erachtens auch den Matrosen gegenüber gemacht. Ich gönne den Leuten ja mehr, aber aus dem Marinetat ist ein Mehr nicht herauszuholen. (Bravo! rechts.)

Abg. Koste (Soz.):

Dem Staatssekretär ist gestern bereits für die Sparlosigkeit, mit

Kleines Feuilleton.

„Bucheinbände in Menschenhaut.“ So ist ein Aufsatz der „Zeitschrift für Bücherfreunde“ überliefert, der zunächst einige bereits aus anderen Quellen bekannte Fälle anführt, in denen Menschenhaut zu Bucheinbänden und zu sonstigen besonderen Zwecken verwendet wurde. Dann aber teilt der Verfasser aus seiner eigenen Praxis mit, daß er einmal drei Bucheinbände aus Menschenhaut angefertigt habe.

Dazu bemerkt der „Kunstwart“: „Also dergleichen geschieht heute wieder. Und da findet man, der Begriff „Snob“ sei eigentlich nur ein gefälliges Wodewort! Wenn das der Gemeinde der Bibliophilen in ihrem Organe zum Besten gegeben wird, so erleben wir vielleicht noch Buchhändleranzeigen: Soundsovieler Exemplare auf Wäntzen, soundsovieler in Leder und „25 nummerierte in Menschenhaut gebunden a 200 M.“

Wir aber meinen, daß die widerliche Roheit noch viel energischer gebrandmarkt werden sollte: als ein Verbrechen an der Menschheit.

Deutsche an der Wolga. Seit rund 150 Jahren bestreben zu beiden Seiten der Wolga in den russischen Gouvernements Saratow und Samara zahlreiche deutsche Niederlassungen, die sich bis auf den heutigen Tag erhalten haben. Den auf dem sogenannten Bergufer des Stroms (dem rechten oder westlichen Ufer) gelegenen Kolonien dieser Art hat der Geistliche Konrad Keller aus Odessa einen Aufsatz in der Monatschrift „Deutsche Erde“ gewidmet. Die meisten dieser Siedlungen wurden im Jahre 1764 von deutschen Auswanderern gegründet, die aus verschiedenen Teilen Deutschlands kamen. Bei einigen der heutigen Ortschaften läßt sich die besondere Herkunft nicht mehr genau nachweisen oder die Ansiedler hatten sich bei der Begründung bereits vermischt. Von anderen Kolonien weiß man aber noch jetzt genau, aus welcher Gegend Deutschlands die ersten Bewohner kamen. Die deutschen Namen der Ortschaften sind fast durchweg russifiziert worden, die alten deutschen Bezeichnungen haben sich aber wenigstens noch in der Erinnerung erhalten. Dazu kommen noch die beiden Kolonien Marienfeld und Jofepdstal, die erst im Jahre 1859 von benachbarten deutschen Kolonien gegründet wurden. Gegenwärtig haben die fünfzehn deutschen Kolonien eine Einwohnerzahl von insgesamt 39 000 Seelen, die mit ganz geringen Ausnahmen noch jetzt römisch-katholisch sind. Das ganze Gebiet ist recht günstig gelegen. Das Klima ist gesund, der Boden fruchtbar und die Bewohner verfügen über einen erheblichen Wohlstand, der sich teils auf Ackerbau, teils auf Viehzucht und teils auf Handwerk gründet. Das ganze Gemeindefeld wird in den meisten Kolonien alle sechs Jahre unter die männlichen Bewohner von neuem verteilt.

Das Museum der Straßensprache. Die Gründung eines Museums des Wortes in Paris, in dem die Wandlungen des Sprachgeschie-

der der Marineetat aufgestellt ist, Dank abgestattet worden. In besonderer Dankbarkeit verdienen haben wir keinen Anlaß. Die neuen schweren Steuern reichten eben nicht zu mehr aus, vorläufig ist erst mal wieder der Kriegsminister dran, und die Marinevervollständigung mußte sich nach der Decke strecken. — Die Stimmung, daß von Deutschland ein Angriff zu fürchten sei, ist in England leider immer noch vorhanden, und man forderte dort von militärischer Seite, die Flotte solle schleunigst mit 2000 Millionen Mark ausgebaut werden. Der erste Lord der Admiralität lehnte das ab, die Flotte in solcher Weise aufzubauen, wäre ein erstes Zeichen des Verfalls. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Erzberger meint, wir brauchen die Flotte für unseren Handel. Ach, wenn wir neue Kriegsschiffe bauen, verläuft unsere Textilindustrie keinen einzigen Strumpf mehr. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Andere Länder, z. B. Belgien, denken gar nicht daran, wegen ihres Handels Kriegsschiffe zu bauen.

Der Staatssekretär rednet es sich zum Ruhme an, mit den vom Reichstag bewilligten Geldern ausgekommen zu sein. Kein großes Kunststück angesichts der reichlichen Bewilligungen!

Herr Erzberger feierte die Fortschritte des deutschen Schiffbaus. Dieselben sind ganz unzulänglich. Aber beachtenswert sind die wenigen ausländischen Schiffbestellungen, die in Deutschland gemacht worden.

Der Flottenverein ist fortgesetzt an der Arbeit, für die Vermehrung der Flotte — die natürlich sehr im materiellen Interesse einflußreicher Kreise liegt — Stimmung zu machen. Bei dem großen Einfluß, den der Großadmiral v. Köster auf diese Bewegung ausübt, ist es recht schwer, zu glauben, daß das Reichsmarineministerium diesen Treibern so ganz fernsteht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Herr v. Tirpitz sprach von einem „gewissen“ Abschluß der Rüstungen. Ich fürchte, das Wortchen „gewissen“ ist mehr zu unterstreichen als das Wort „Abschluß“. Wir müssen leider damit rechnen, daß die Rüstungen fortgesetzt werden.

Ich schließe mich durchaus den Ausführungen des Kollegen Erzberger darin an, daß die englische Furcht vor einem deutschen Ueberfall völlig unberechtigt ist. Ich gebe auch dem Staatssekretär darin recht, daß die deutsche Presse in der Sprache gegenüber England in den letzten Jahren eine größere Zurückhaltung bewiesen hat, als früher. Ich will aber die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, ohne an dieser Stelle zu erklären, daß beide Länder, England wie Deutschland, alles Interesse am Frieden haben, daß sie von einem Kriege nichts, gar nichts zu erwarten haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichszensor hat bei verschiedenen Gelegenheiten Klagen geführt über die Kritik, die hier an deutschen Zuständen geübt wird. Und wäre es wahrhaft angenehmer, zu loben als zu tadeln. Aber gerade unsere Pflicht gegenüber der Nation zwingt uns zum Tadel. Es ist ganz unzulässig, daß Deutschland — ich erinnere an die Kriegserklärung des Herrn v. Schwarzkopfen auf der Haager Konferenz — sich ablehnend gegenüber der Abrüstungsidee verhalten hat. Es ist ebenso unzulässig, daß diese und andere politische Fragen von höchster Wichtigkeit mit dem Marinetat zusammenhängen. Es sind auch von verschiedenen Rednern solche allgemein-politische Fragen in die Debatten geworfen. Der Staatssekretär erklärte darauf, er könne auf die Frage nicht eingehen. Um so nötiger wäre es gewesen, daß der Reichszensor bei dieser Gelegenheit hier erschienen wäre. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdem.) Daß er nicht erschienen ist, zeugt von Mißachtung des Reichstags. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Herr Dreßler und andere Redner haben den Staatssekretär mit allen möglichen Lobspörchen überhäuft. Auch daß Maß gehalten sei im Bau der Unterseeboote und daß vor dem Kieler Unglück keine Verluste von Menschenleben bei Unterseebootübungen zu beklagen gewesen seien, wurde zum Ruhme des Staatssekretärs angeführt. Ohne Vorbehalt kann ich nicht in diese Lobspörchen einstimmen. Der Kieler Katastrophe ist eine Katastrophe in Luz haben vorausgegangen. Ich kann auch die Vermutung nicht abweisen, daß im Kieler Hafen die drei Menschenleben gerettet worden wären, wenn das Hebelgeschiff „Sultan“ zur Stelle gewesen.

Ich muß hier aber auch noch auf einen tieferen Fall eingehen. Im Kieler Hafen ist ein Matrose von Unteroffizieren eines Torpedobootes in geradezu bestialischer Weise zu Tode gemordet worden. (Vielfaches Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Mann ist mit Fuhrtritten traktiert, mit dem Tau geschlagen worden (Erregte Fuhrtritte! Rufe links), in einen

glühenden Raum gestoen

phonographisch festgehalten werden sollen, hat einen unternehmenden Pariser Lehrer dazu getrieben, auch seinerseits ein Museum zu errichten, das zum mindesten eine interessante Ergänzung der bereits bestehenden Institution bringen soll: ein Museum der Straßensprache. Mit einem stattlichen Grammophon ausgerüstet, liegt der Lehrer in seinen Ruhestunden in den Straßen und Boulevards auf der Lauer, um all die langgezogenen, wechselnden und charakteristischen Ausrufe der Pariser Straßensprache auf die Platte seines Apparates zu bannen. Wo immer sich irgend ein Verkäufer sehen läßt und durch seine Rufe die Aufmerksamkeit der Hausbesohner erweckt, eilt der eifrige Lehrer mit seinem Grammophon herbei und bittet um Wiederholung. Die Fischfrau, die Gemüßfrau, der Vogelputzmann, der Korbmacher, der Blumenverkäufer und die schrillen Tenorrufe der italienischen Gippsfigurenhändler sind bereits für die Nachwelt gesichert. Nur zwei haben den Verlockungen des janatichischen Sammlers getrotzt: die Frau eines Stuhlflechters, die singend in den Straßen einherzieht, um Aufträge für ihren Mann zu erlangen, und jener hämmige Herrles, der in den Seitenstraßen in seiner dumpfen Waghstimm mit dem größten Rufe „Tonneaux, tonneaux!“ die Bürger erschreckt und leere Pflaster laufen will. Die Frau des Stuhlflechters hatte eine Heidenangst vor dem Apparat, und keine Nacht der Welt hätte sie dazu gebracht, vor der großen Schalltrumpete ihren Ruf zu wiederholen. Der Fischkäufer aber wandte dem Straßensammler verächtlich den Rücken und hörte die Bitte nicht einmal bis zu Ende an.

Der Fernschreiber. Die der „Elektrotechnische Anzeiger“ vom 2. Februar d. J. mitteilt, ist vor kurzem in London die erste Vermittlungsanstalt für Fernschreibleistungen eröffnet worden. Es handelt sich hier um die praktische Durchführung einer feinsten neuen Erfindung, die den Zweck verfolgt, handchriftlich niedergeschriebene Nachrichten oder Skizzen in einer beliebigen Entfernung durch den Draht zu übermitteln. Die Londoner Fernschreibanstalt ist für 750 Anschlußleitungen eingerichtet; hat aber zunächst nur 50 Teilnehmer.

Den Hauptteil des Fernschreibers bildet die sinnvolle Vorrichtung, die die Bewegung des von Hand geführten Bleistiftes in zwei voneinander unabhängige Bewegungen zerlegt. Diesen Bewegungen entsprechen zwei wechselnde Ströme in der Leitung, die ihrerseits bei der Empfangsstelle zwei unabhängige Bewegungen erzeugen. Hier erfolgt deren Verschmelzung und eine Schreibstiftspitze wird mechanisch genau so geführt, wie der Bleistift von der Hand auf der Schreibfläche. Durch eine weitere Vorrichtung wird die gleichförmige Bewegung des Schreibpapiers auf der Send- und Empfangstation erzielt, und damit ist die Einrichtung des Fernschreibers im wesentlichen erschöpft. Mit jedem Apparat ist ein Fernhörer verbunden, der mit derselben Stromleitung bedient wird. Dadurch wird jedem Teilnehmer ermöglicht, von der Zentrale die gewünschte Verbindung telephonisch zu verlangen, die dann wie eine Fernsprechanlage hergestellt wird. Aber im Gegenteil zur letzteren braucht hier der Empfänger

(Stillemisches Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), auf ein viages Eisen geworfen worden. (Vielfache stürmische Fuhrtritte! Rufe.) Wie ist es möglich, daß solche Bestialitäten geschehen können! Hier müßte doch der Begriff der Rotweh auf die Mannschaften ausgedehnt werden (Lebhafte Zustimmung), damit sie nicht gezwungen sind, solchen elenden Schinderfackeln ruhig stand zu halten. Eine weitere Verwunderlichkeit an diesem verwunderlichen Fall ist, daß das Kommando des Torpedobootes dem Vater des Mißhandelten mitteilte, sein Sohn sei an einem „Unfall“ gestorben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Solchen ideologischen Niederträchtigkeiten müssen wir hier entgegenzutreten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Gegen das

Schmiergelberwesen

kämpft die Marineverwaltung an, aber große Erfolge hat sie nicht dabei; auch im letzten Jahre hat sich wieder gezeigt, daß das Schmiergelberwesen bei der Marine in voller Blüte steht. — Bei den Zulagen sei überall gepart worden, wurde hier behauptet. Das ist nicht richtig. Bei den Zulagen der Admirale ist nicht ein Pfennig gestrichen. Auch bei der Neuordnung der Tafelgelder wird eine Ermäßigung kaum herauskommen; aber bei den Heizern will der Staatssekretär, der sich nicht um Kleinigkeiten kümmert, sondern nur die Kasse über Wasser halten will, um die Richtung anzugeben, zehn Pfennig pro Tag streichen. Man wird uns nicht einreden können, daß die 320 000 M., welche zur Wiederherstellung der vollen Zulagen nötig sind, aus dem 400 Millionenetat nicht herausgehoben werden können. Wenn unseren Anträgen auf Wiederherstellung dieser Zulagen nicht stattgegeben wird, so werden wir auch außerhalb dieses Hauses darauf hinweisen, wie die bürgerlichen Parteien die breiten Volksmassen mit Steuern belasten und auch hier wieder bei den armen Teufeln sparen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Dreßler behauptet die Streichung der Heizzulagen, indem er jagte, der Heeresdienst soll eine Schule der Unselbstständigkeit sein. Nun, bei den höheren Stellen merkt man von dieser schändlichen Unselbstständigkeit und dem Spartanerfium nichts. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Erzberger meint, unser Antrag würde den Heizern nichts nützen, denn wir lehnen ja nachher den ganzen Etat ab. Nun, dann haben die bürgerlichen Parteien ja doppelt Gelegenheit, sich hier mit der Gloriole der Volkstreue zu schmücken. (Sehr gut! bei den Soz.) Wir werden ihnen Gelegenheit dazu geben, indem wir über die Heizzulagen namentliche Abstimmung beantragen. Es ist ganz unzweifelhaft, daß es auf das Konto des Staatssekretärs des Reichsmarineministeriums zu setzen ist, wenn den Heizern der Groschen abgeklopft wird. Dies Verhalten zeigt, daß ihm das Gefühl für die Empfindungen des gemeinen Mannes abhandlungsgemäße ist — vorausgesetzt, daß er es überhaupt jemals befehlen hat. Statt bei den hohen Herren spart man bei den armen Teufeln! (Lebhafte und wiederholte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es sind auch sonst in diesem Etat Streichungen vorgeesehen, die uns nicht gefallen; aber vor dieser empörenden Kürzung der Heizzulage schwindet das alles. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Sonst feiert man die Traditionen und hier bricht man mit der Tradition, Leuten, die übrigens mehr als Defonomehandwerker denn als Soldaten anzusehen sind, für eine schwere, aufreibende Arbeit eine kleine Zulage zu geben! Und dann klagt man uns der Hegelei an, wenn wir ein solches Vorgehen festnageln! Ich kann mir keine antimilitaristischere Handlungsweise vorstellen als diese Kürzung der Heizzulage. Ich weise übrigens mit Entrüstung die Unterstellung zurück, daß wir die Leute aufreizen. Wir haben in der Kommission nur, und zwar nachdem wir provoziert waren, auf die möglichen Folgen hingewiesen, die eine solche gehässige Maßregel, wie die Kürzung oder Streichung der Heizzulage, in bezug auf den Mannschaftegeist haben könnte. — Wir bitten dringend, es nicht bei der Wiederherstellung der halben Zulage bewenden zu lassen, sondern die ganze Zulage wiederherzustellen. Agitationsstoff brauchen wir nicht, wir haben genug und übergenuß davon. Wenn Sie uns aber durchaus noch mehr Agitationsstoff liefern wollen, nun, so denken wir an das alte Sprichwort: Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Der Fall einer Heizernhandlung ist von dem Vordredner mit den Heizernzulagen in Verbindung gebracht. (Abg. Koste (Soz.): Ist mir gar nicht eingefallen.) Wegen Niederträchtigkeiten und Schenkligkeiten brauchen wir Ihre Hilfe (zu den Sozialdemokraten) nicht, sondern dagegen wehren wir uns selbst. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Das Kriegsgericht hat den betreffenden Unteroffizier in öffentlicher Verhandlung zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt. Dem Gerichtsherrn genügte das nicht, und in zweiter Instanz wurde der Unteroffizier

des Schreibens nicht an Ort und Stelle zugegen zu sein. Sein Apparat nimmt die übermittelte Nachricht auch in seiner Abwesenheit auf.

In welcher Lage schlafen die Fische? Zur Beantwortung dieser — nicht nur für den Laien, sondern auch für den Zoologen unauferklärten — Frage teilt Dr. Werner im „Biolog. Zentralblatt“ einige interessante Beobachtungen mit. Demnach scheint das Bedürfnis nach Schlaf sehr vielen Fischarten eigen zu sein. Die Schlafstellung ist jedoch sehr verschieden und gehört wohl zu den besonderen Gattungseigenheiten. So legen sich die Dippfische in ganz menschenähnlicher Weise zur Ruhe: sie nehmen eine Seitenlage ein und liegen unbeweglich. Eine andere Schlafstellung nimmt der nordamerikanische Zwerghelms — ein weit verbreiteter Aquarienfisch — ein. Er krümmt sich wie ein Halbmond und bleibt an der Wasseroberfläche schweben oder hängt an einer Wasserpflanze. Manche Rippfische, die zu beobachten der Verfasser die Gelegenheit hatte, schlafen auf dem Rücken, dergleichen auch manche europäische Arten.

Der Schlaf der Fische wird durch ähnliche Merkmale charakterisiert, wie der Schlaf der übrigen Tierarten. Die Atmung wird verlangsamt oder sogar total eingestellt, die Brustknochen werden horizontal ausgebreitet, mitunter reagiert der schlafende Fisch auf keine Reize nicht. Im übrigen scheint der Schlaf bei den Fischen von den besonderen äußeren Umständen stark abhängig zu sein, die schlafenden Fische wurden ausnahmslos nur bei sehr warmem Wetter oder in sauerstoffarmem Wasser beobachtet.

Notizen.

— Kunstchronik. Die Neue Sezession eröffnet ihre dritte Ausstellung (Gemälde) am 18. Februar in der Galerie Nazimilianplatz, W. 58, Manifest 1.

— Die „Freie Volksbühne“ veranstaltet ihr Winterfest am Sonntagabend, den 19. Februar, 6 1/2 Uhr, in Kellers „Neuer Philharmonie“ unter Leitung von Bernhard Dessau als Kammermusikabend, bei dem Streichquartette von Rozart und Hahn zum Vortrag kommen. Die Gesangsvorträge haben übernommen: Frau Sophie Seymann-Engel und Herr Anton Siskermand.

— Die allgemeine Reichsgeschmacklosigkeit, die sich überall ausprägt, wo das Deutsche Reich künstlerisch wirken könnte, ist um ein neues Exempel vermehrt worden. Unsere Wägen und Briefmarken sind so ziemlich die häßlichsten in der Welt. Jetzt ist die Verhöhnung auch über die Hundertmarksteine gekommen. Aus Eichenwald und Panzergeschwader und einer Reichsjungfrau (aus einer Jahrmaktsbude) ist mit Hilfe von Verzeichnungen und Stillosigkeiten ein Monstrum geschaffen worden, das jedem Museum für abstrudende Beispiele zur Herde gereichen würde. Schade nur, daß diese neueste Reichskunst in ihrer negativ erzieherischen Wirkung durch ihre Seltenheit in weiteren Kreisen gemindert ist.

zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. (Hört! hört! rechts.)
Gegen die aussichtsreichen Instanzen ist das Ermittlungs-
verfahren noch nicht abgeschlossen. Es ist also alles geblieben,
was geschehen konnte. (Lebhafte Zustimmung rechts, im Zentrum
und bei den Nationalliberalen.)

Die Schmiergelder sind keineswegs Usus bei der Marine,
wie der Herr Vorredner es darstellte; es sind einige Fälle
mit Hoteliers vorgekommen, doch ist dem für die Zukunft ein
Niegel vorgeschoben.

Bei den Zulagen sind auch bei den Offizieren sehr erhebliche
Abstriche gemacht. Herr Koste meint, wir tragen mit der Streichung
der Heizerzulagen selbst Unzufriedenheit in unser Personal. (Sehr
richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wer sich darum bemüht, Un-
zufriedenheit in unser Personal zu tragen, ist ja belohnt. (Zu-
stimmung rechts.) Natürlich sind die Leute nicht erbaut von der
Kürzung der Zulagen zu verlieren; aber die Herren (zu den Sozial-
demokraten) brauchen sich nicht beunruhigen,

wenn von der zuständigen Stelle aus das Besondere ist,
so wird die Unzufriedenheit aufhören.

(Schallende Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Weber (natl.): Es ist zu begrüßen, wenn ein Ressort-
minister die Unpopulärheit bei seinem Personal nicht scheut, um den
vom Reichstag aufgestellten Sparmaßregeln Grund zu geben ge-
recht zu werden; und der Reichstag sollte in solchem Falle sich hinter
den Staatssekretär stellen, um ihm den Rücken zu stärken, nicht aber
ihn bekämpfen! — Soldaten- und Matrosenmishandlungen verurteilen
wir entschieden; wenn aber Remedur eingetreten ist, liegt kein Grund
vor, hier auf sie zurückzukommen. — Was die Heizerzulage
betrifft, so hat der Staatssekretär in der Kommission für die
Heizer Vergünstigungen, die wertvoller sind als die gestrichenen
10 Pfennig, in Bezug auf Beförderung und Bekleidung in Aussicht
gestellt. In der Erwartung, daß diese Vergünstigungen eintreten
werden, können wir gegen den sozialdemokratischen
Antrag, obwohl wir wissen, daß die Sozialdemokratie aus
unserer Ablehnung ihres Antrags agitatorisches Kapital zu schlagen
beabsichtigt. — Redner verbreitet sich ausführlich über die Er-
fahrungen bei seiner Beschäftigung der Reichswehr — übrigens habe
er die Reise nicht auf Reichskosten gemacht, sondern aus der eigenen
Tasche bestritten.

Es kommt oft vor, daß die Arbeiterausschüsse selbst auf Herab-
setzung der Akkordlöhne drängen.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wüssen das aber Musterknaben
seiner Heiterkeit.) Es sei zu wünschen, daß die Werk-
direktoren auheretatmäßig angestellt werden, damit sie sofort
vom Staatssekretär entfernt werden können, wenn sie sich als un-
fähig erweisen. — Redner gibt unter allgemeiner großer Heiterkeit
des Hauses Proben von der Schwere der Rechnung der Re-
visionen des Rechnungswesens. Wegen 2 Mark 9 Pf.,
die ein halbes Dutzend Filzschuhe zuviel geliefert haben sollten, sind
Aktensätze zwischen Kiel, Wilhelmshaven, Potsdam und
Tsingtau gewechselt worden (Hört! hört!) und insgesamt über

79 Mark Kosten

für Schreibarbeiten, Nachforschungen usw. entstanden. (Erneutes leb-
haftes Hört! hört!) — Ferner wirft Redner dem Abg. Severing
vor, sich ungenügend über die Zustände auf den Werften orientiert
zu haben. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Herzog (Wirtsch. B.): Der Marineetat ist sparsam
aufgestellt und das Flottengesetz hat sich gut bewährt. Wir werden
gegen die Kürzung der Heizerzulagen stimmen.

Abg. Dr. Koenig (Sp.): Herr Erzberger rühmte die Bindung
unseres Flottengesetzes. Aber diese Bindung ist eine einseitige,
sie bindet den Reichstag, nicht aber die Marineverwaltung.
Herr Dröber lobte gestern die Marineverwaltung ganz
außerordentlich, aber schied sich nicht dazu, was er über die gestrichenen
Heizer sagte. (Heiterkeit.) Der schwere Dienst der Heizer verlangt
auch eine besonders gute Bezahlung, und deshalb fordern wir die
unverzügliche Wiederherstellung der Heizerzulagen. Daß
die Rede des Prinzen Heinrich hier in der Weise zur Sprache
gebracht wurde, wird ihn selbst wohl sehr überraschen; aber den
inneren Feind hat er wohl nur seine Privatmeinung
ausgesprochen, meine Freunde haben jedenfalls eine andere Meinung
über den inneren Feind. Ueberraschend war uns die Mitteilung des
Staatssekretärs, daß Prinz Heinrich als Großadmiral weder Pension
noch Gehalt bezieht. Das ist sehr erfreulich und wir würden uns
freuen, wenn noch mehr solche Fälle vorhanden
wären. (Zustimmung bei der Volkspartei.) Was ist vom Zugue
der Offiziere gesprochen worden; in dieser Hinsicht ist eine Rede, die
der Kaiser kürzlich gehalten, von Bedeutung. In England enthalten
sich über 20 000 Seeoffiziere des Althold; dies Beispiel sollten
unsere Marineoffiziere nachahmen. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Abg. Werner (Antik.) führt aus, daß unsere Flottenpolitik sich
glänzend bewährt habe; seine politischen Freunde würden daran
festhalten. Die Rede des Prinzen Heinrich, die übrigens im kleinen
Kreis gehalten und nicht für die große Öffentlichkeit bestimmt war,
zeigt durchaus vernünftige Anschauungen, über die sich
niemand aufzuregen braucht. (Bravo! rechts.)

Abg. Erzberger (B.) vertahrt sich dagegen, den Staatssekretär
übermäßig gelobt zu haben. Herr Koste stellt es so dar, als ob
die Zahl der Kriegsschiffe Deutschlands nur von unserem Ver-
mögen abhängen, und wie auf Belgien hin. Ich frage ihn,
warum denn England mit dem Schiffsbau nicht inne hält.
Gerade England hat zuerst große Schiffe gebaut und dazu ge-
nötigt, in der Größe der Schiffe zu folgen. Das hat auch der eng-
lische Sozialdemokrat Watkford anerkannt. (Abg. Ledebour
[Soz.]: Der ist nicht Sozialdemokrat.) Er war doch auf dem
Internationalen Kongreß in Stuttgart. (Abg. Fischer [Soz.]:
Rein, dort war Duell.) Der nimmt etwa die Stellung ein, wie
hier David in den „Monatsheften“. (Abg. Böhrer [Soz.]:
Der schreibt ja gar nicht mehr für die „Monatshefte“.) Ist
ihm sogar das schon verboten worden? (Abg. Fischer [Soz.]:
Bei uns wird nicht soviel verboten, wie bei Ihnen. Denken Sie
an den Modernisierungs!)

Präsident Graf Schwerin bittet den Redner, auf die Zwischen-
rufe nicht einzugehen.

Abg. Erzberger (fortfahrend) sucht noch einmal den Abstrich von
den Heizerzulagen zu rechtfertigen.

Abg. Dr. Strube (Sp.) beklagt die Konkurrenz, die die Be-
schäftigten der selbständigen Handwerker machen. In den
Berkbetriebenen muß noch mehr kaufmännischer Geist zur
Weltung kommen, soweit es mit der Natur der Staatsbetriebe ver-
einbar ist. — Wie kann man die Zulagen der höheren Offiziere mit
denen der Heizer vergleichen? Bei hohen Gehältern läßt
sich der Fortfall von Zulagen verhältnismäßig
leicht ertragen. (Abg. v. Didenburg [L.] schreit dazwischen:
Verzichten Sie doch auf Ihre Diäten!) Gehen Sie mit gutem
Beispiel voran, Herr v. Didenburg; bei Ihrer bekannten
Vorliebe für die Vorrechte mag es Ihnen allerdings schwer
fallen. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) — Der Reichstag sollte
sich doch wahrhaftig nicht das Ansehen ausstellen und den
Heizern die Zulage kürzen. (Lebhafte Beifall links, höfliche Zu-
rufe rechts.) So lange noch solche Zulagen an die Offiziere bezahlt
werden wie die Helgoland-Zulage, die auch an die
100 000 Mark beträgt, so lange kann man es doch nicht mit
gutem Gewissen verantworten, den Heizern ein solches Opfer zu
zumuten. (Lebhafte Beifall links.)

Staatssekretär v. Tirpitz polemisiert gegen die Abgg. Leon-
hart und Strube und sucht die Helgolandzulage zu rechtfertigen,
die übrigens erheblich zusammengestrichen sei. Ganz streichen kann
man die Zulage nicht, sonst werden uns die Offiziere bei dem zurück-
gezogenen Leben auf Helgoland bößlich. (Gelächter.) Sie müssen sich
manchmal auffrischen können. (Zuruf: Nach Hamburg reisen!)

Abg. Dr. Strube (Sp.): Wenn man den Offizieren die Helgo-
land Zulage läßt, dann soll man erst recht den Heizern ihre Zu-
lage lassen!

Die Debatte schließt.

Persönlich erklärt

Abg. Koste (Soz.): Es ist mir gar nicht eingefallen, die Heizer-
zulage mit der tödlichen Mithandlung eines Heizers in Zusammen-
hang zu bringen. Der Staatssekretär hat mir sodann vorgeworfen,
daß ich die Verurteilung des betreffenden Unteroffiziers nicht er-
wähnt habe. Ich hatte zu dieser Erwähnung keine Veranlassung, da
meines Wissens der Unteroffizier noch nicht Schumann in
Noabit ist und für die von ihm begangene Mithandlung auch
keinen Orden erhalten hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)
Hierauf verlegt das Haus die Fortsetzung der Beratung des
Marineetats auf Mittwoch 1 Uhr. Nachher: Justizeta.
Schluß 7 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

26. Sitzung vom Dienstag, den 14. Februar,
vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz.

Zunächst wird das Gesetz, betreffend Bewilligung weiterer
Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Ar-
beitern in staatlichen Betrieben und von gering besoldeten Staats-
beamten in dritter Lesung angenommen.

Hierauf wird die

zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern

fortgesetzt.

Abg. v. Wiederstein (L.): In dem Falle des Versammlungs-
verbots in Neudagen, den Herr Dirsch gestern vortrug,
war der Landrat von der Osten durchaus im Recht; nach
seiner Meinung lag eben eine Gefährdung der öffent-
lichen Sicherheit vor. Die Wertung der Gründe ist natürlich
Zatsache, aber der Landrat kann nicht ängstlich daran
denken, wie eine höhere Instanz entscheiden wird, sondern muß
nach eigenem Ermessen im Interesse der öffentlichen Sicherheit seine
Entscheidung treffen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Aber unter
Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen!) Herr Dirsch ist dann
wieder in seiner bekannten Manier gegen die Berliner
Polizei vorgegangen und hat gegen sie zum Teil ganz un-
kontrollierbare Beschuldigungen erhoben. Ich will demgegenüber
nur konstatieren, daß der Ehrenschild der Berliner
Polizei rein ist und hofentlich rein bleiben wird. (Lebhafte
Bravo! rechts.) Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Redner
polemisiert des weiteren gegen die Ausführungen des Abg. Loh-
mann über den Veder-Prozess. Von den nationalliberalen
Agitatoren im Lande wird gegen die Landräte in scham-
loser Weise gehetzt. (Große Unruhe links.) Die Folge dieser
Verhetzung ist, daß wir jetzt im Osten fast in jedem Dorfe einen
sozialdemokratischen Herd haben. (Hört! hört! bei den Sozial-
demokraten.)

Abg. v. Trampczynski (Wole) führt Beschwerde über die Hand-
habung des Vereinsgesetzes in den polnischen Provinzen.
In Litauen hat sich ein Kriminalkommissar in
einen polnischen Leseberein eingeschlichen und
diesen als politischen Verein denunziert. Die Leiter mußten aber
freigesprochen werden. In Posen hat man sogar eine
Kinderschule für polnische Schulkinder verboten. —
Durch die zur Regel gewordene Nichtbefähigung von Polen
wird die Selbstverwaltung bei uns zur Parodie einer
Selbstverwaltung. (Sehr wahr! bei den Polen.) Das ganze
Vorgehen gegen die Polen ist zurückzuführen auf die
denunziatorische Tätigkeit des Ostmarkenvereins.
Es ist unerhört, daß die höchsten Behörden in Posen sich an den
Tagungen dieses Vereins beteiligen. (Sehr richtig! bei den Polen.)

Minister v. Dallwitz: Keine Stellungnahme zu der allgemeinen
haltung der Polizei in Noabit habe ich in der ersten Lesung
eingebracht dargestellt und begründet. Ich habe meinen da-
maligen Ausführungen nichts hinzuzufügen. (Leb-
haftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Politik in
den Ostmarken ist eine notwendige Konsequenz der geschichtlichen und
wirtschaftlichen Entwicklung. An ihre Veränderung ist solange nicht
zu denken, als die polnischen radikalen Kreise nicht davon ablassen,
sich von den Deutschen abzulassen und ihre deutsch- und staats-
feindlichen Bestrebungen praktisch zu betätigen. (Bravo! rechts.)

Abg. Cassel (Sp.): Das angeklagte Gesetz über die Feuer-
bestattung wird hoffentlich bald vorgelegt werden. Die Tätig-
keit des Oberverwaltungsgerichts darf nicht eingeschränkt werden,
denn es hat sehr segensreich gewirkt. — Was die Noabiter
Vorgänge anlangt, so halte ich es für durchaus notwendig, daß
Strafgesetze durch die Polizei unterdrückt werden, wir müssen
auch Mitleid haben mit den zahlreichen Opfern, die auf Seiten der
Polizei dabei verlegt sind. Aber wir müssen auch Mitleid haben
mit den ganz unbeteiligten Personen, die in sehr zahl-
reichen Fällen von Polizeibeamten gräßlich beschimpft,
schwer verlegt, in einem Falle sogar getötet
sind. Diese Mishandlungen haben in weiten Kreisen der
Berliner Bevölkerung ein Gefühl tiefster Enttäuschung und Em-
pörung hervorgerufen. (Sehr richtig! links.) Die so viel
gerühmte preussische Disziplin muß auch die Kerzen
unserer Schulleute beherrschen. Kamentlich die gerichtlich fest-
gestellten Beschimpfungen von Frauen zeugen von ganz
unentschuldbarer Rohheit. (Sehr richtig! links.) Das Wah der Re-
pression gegen Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung muß
auf das Notwendige beschränkt werden, auch Exzedenzen darf nicht
mehr als notwendig Uebel zugefügt und Unbeteiligte müssen geschützt
werden. Angehender der Feststellungen des Gerichts ist die be-
kannte Ausrufung des Polizeipräsidenten sehr
bedauerlich. Seine politischen Vernehmungen können gegenüber
den gerichtlichen Feststellungen gar nicht bedeuten. (Sehr richtig!
links.) Vor allem ist es bedauerlich, daß es nicht möglich
gewesen ist, die Urheber der polizeilichen Ueber-
griffe zu ermitteln. (Sehr richtig! links.) Herr
Polizeimajor Klein hat im zweiten Noabiter Prozess erklärt,
er sei erhabener Hauptes bei der ersten Verhandlung in den Saal
getreten, in der festen Ueberzeugung, die Verantwortung für jeden
der ihm unterstellten Beamten übernehmen zu können, und er müsse
bedauern, daß er dies Bewusstsein jetzt nicht mehr habe. (Hört!
links! bei den Sozialdemokraten.) Um so bedauerlicher ist, daß ein
so hoher Staatsbeamter wie der Berliner Polizeipräsident sich in
Widerspruch stellt mit den Feststellungen des
Gerichts. (Bravo! links.) — Redner protestiert gegen die Be-
hauptung des Abg. v. Redlich, Berlin wolle seine Beamten lediglich
nach politischen Gesichtspunkten aus, und polemisiert gegen den
Abg. v. Wiederstein. Für Herrn v. Wiederstein ist alles konservative
vernünftig und zu billigen, alles andere — antinational.
Ich muß es den Nationalliberalen überlassen, sich gegen den Vor-
wurf zu verteidigen, daß durch ihre „schamlose“ Agitation gegen die
Landräte in jedes Dorf im Osten ein sozialdemokratisches Ei gelegt
worden sei. (Abg. Hoffmann [Soz.]: Wir werden's schon aus-
brüten. Heiterkeit.) Die Wohnungsfürsorge gegenüber dem
Bürgermeister Wagner in Labiau ist ein kleinlicher Akt politischer
Rachsucht, gegen den wir aufs schärfste protestieren müssen.
(Bravo! links.)

Abg. Rissen (Däne) protestiert lebhaft unter Anführung be-
sonders krasser Fälle gegen die inhumane, unbarmherzige
Dänenpolitik der preussischen Regierung. Das Ansehen des
preussischen Staates lant unter dieser kleinen, kurzfristigen Politik
nur leiden. (Sehr wahr! links.)

Abg. v. Kardorff (fr.) nimmt den Ostmarkenverein gegen die
Angriffe des Abg. v. Trampczynski in Schutz und begrüßt die Er-
klärung des Ministers zur Polenpolitik der Regierung.

Abg. Marx (B.): Wir halten fest an unserer grundsätzlichen
Stellung gegenüber der Polenpolitik. Sie hat sich bisher auch als
ganz erfolglos erwiesen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Gegen
die Gefährdung der öffentlichen Sittlichkeit sollte die Polizei
energisch einschreiten. Wirklich helfen kann hier nur

eine wahrhaft christliche Erziehung. (Bravo! im
Zentrum.) Die sogenannte Aufklärung kann auf diesem Gebiete
nur unheilvoll wirken. Herr Dirsch zitierte gestern ein
Wort des Professors Delbrück „wahre Kultur und Geistesfreiheit
finde heute nur noch eine Stätte bei der Sozialdemokratie“. (Sehr
wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Wort stammt noch aus der
Zeit der Herr Heine, als sich recht viele große Geister
in einer Art Dämmerzustand befanden. (Rachen links.)
Aber die Ernüchterung ist inzwischen gekommen. — Redner fordert
energischer Bekämpfung des Mädchenhandels und
schärferes Vorgehen gegen die Anpreisung und den Vertrieb von
antikonzptionellen Mitteln. Das sei die einzige Mög-
lichkeit, um der erschreckenden Abnahme der Geburten entgegen-
zuwirken.

Minister v. Dallwitz erklärt seine Bereitwilligkeit, den Wünschen
des Vorredners entgegenzukommen. Gegen die von dem
Abg. Cassel gewünschte Uebertragung der Wohlfahrtspolizei
auf die Stadt Berlin befinden die verschiedensten Bedenken;
vor allem könne auf eine einheitliche Verwaltung dieser Polizei für
Groß-Berlin nicht verzichtet werden. Auf die von Herrn Rissen
angeführten Fälle könne er nicht eingehen, da sie ihm nicht näher
bekannt seien. In früher von Herrn Rissen vorgebrachten Fällen
hätte sich dessen Darstellung als nicht den Tatsachen entsprechend
herausgestellt. Die dauernde Niederlösung dänischer Elemente in
den Grenzgebieten der Nordmark könne nicht gebildet werden.
(Bravo! rechts.)

Abg. Schiffer (natl.): Die von Herrn Lohmann angebotene
Friedenshand hat Herr v. Wiederstein mit Be-
drückungen und Schmähungen beantwortet. Wir werden uns diese
Antwort merken. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Hoffentlich!)
Von schamloser Verhetzung der Nationalliberalen mag der Vertreter
einer Partei zu sprechen, in deren Flugblatt es hieß, die National-
liberalen seien die Partei der Börsenspekulation, Kohlen-
barone und Schloßjunker. (Hört! hört! bei den Natl.)
Kann man bei diesem Flugblatt noch sagen, ob es von Konservativen
oder Sozialdemokraten kommt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten:
Wir haben es erst von den Konservativen gelernt! Heiterkeit.) Es
ist äußerst engberzig, die Sozialdemokratie als Frucht der Ver-
hetzung einer einzelnen Partei hinzustellen. An dem schweren
Uebel der Sozialdemokratie sind wir alle mit-
einander schuldig.

die Sozialdemokratie ist die Frucht unserer Sünden.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Heiterkeit.) Wir werden
sie nur bekämpfen können, wenn wir berechnigte Bekämpfungen des
Volkes abstellen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Denn man los!)
Die Kation der Konservativen uns gegenüber ist verheerend,
ja sie ist unerhört. Es ist unerhört, wenn man an unserer
Landwirtschaftsfeindlichkeit zweifeln angesichts der
Tatsache, daß der Postarat nur mit unserer Hilfe zu Stande
gekommen ist. (Abg. Hoffmann [Soz.]: Der Mohr hat seine
Schuldigkeit getan! Heiterkeit.) Es gehört ein trauriger Mut
zu einem solchen Vorwurf uns gegenüber. (Unruhe rechts.) Ich halte
es für meine Pflicht, Ihnen meine Meinung sachlich, aber gründlich
zu sagen. (Lebhafte Beifall links, Rachen rechts.)

Abg. v. Heydenbrand (L.): Den Eindruck einer Friedensrede
hatten wir von den Ausführungen des Herrn Lohmann nicht. Wenn
er als Beweis für seine Angriffe gegen die Landräte nur den Fall
Veder anführen konnte, so ist das die glänzendste Rechtfertigung für
die Landräte. (Abg. Hoffmann: Sind Sie bescheiden!) Herr
Schiffer hat uns nun gute Lehren für die Agitation gegeben.
Wie ist aber die Agitation der Nationalliberalen gegen die Mehrheit
des Reichstags, der sie nicht angehört haben, weil sie nicht
fähig waren, mit ihr ein großes patriotisches
Werk zu Stande zu bringen. (Große Unruhe bei den National-
liberalen. Lebhafte Beifall rechts.) Weil sie nicht imstande gewesen
ist, das deutsche Volk aus der schweren Lage, in der es sich befand,
zu retten. (Erneute Unruhe links.) Nach dieser Zeit sind Ihre
Agitatoren im Lande herumgezogen und haben von einem Randzug
auf die Tischen der Steuerzahler gesprochen. (Sehr wahr! b. d. Soziald.)
von dem schmachvollen Eigennutz der Agrarier.
(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren National-
liberalen haben bei manchen Dingen eine Art doppelte Buch-
führung. Einerseits sind sie Feinde der Sozialdemokratie, in
Baden und auch in Sachsen schließen Sie eine Alliance
mit der Sozialdemokratie. Und wenn Sie ständig Wänd-
nisse schließen mit einer Partei, die ihrerseits von der Sozialdemo-
kratie Unterstützung findet, so ist das mindestens verdächtig.
Auch trauen wir Ihnen nicht ganz mit Bezug auf Ihre
Landwirtschaftsfeindlichkeit, so lange Sie sich verbunden mit dem
Ganjabund und den Freihändlern. (Sehr wahr! rechts.)
Ihre Verantwortung für das Anwachsen der Sozialdemokratie kann
gar nicht groß genug sein. Wenn wir heute im Kampf aller
gegen alle stehen, (Abg. Hoffmann [Soz.]: Wir sind die lachenden
Dritten dabei!) so trägt Ihre Partei die Schuld daran.
(Große Unruhe bei den Nationalliberalen.) Wir lehnen die
Ritschuld ab, die Sozialdemokratie ist allein die
Frucht Ihrer Sünden! (Stürmischer Beifall rechts, Rachen links.)

Abg. Granowick (B.): Die verheerende Tätigkeit der
Sozialdemokratie haben wir christlichen Arbeiter im Westen zur
Genüge kennen gelernt. In einem Artikel der „Dortmunder
Arbeiterzeitung“ hieß es: „Reizen wir die Massen auf gegen die
schmachvollen Zustände. In dieser „göttlichen“ Weltordnung
vegetieren die Arbeiter nur gleich Tieren und
Pflanzen. Erst dann wird von einem Kulturwesen ge-
sprochen werden können, wenn jeder Familie eine Existenz
garantiert ist, wie sie heute bei einem Einkommen
von 12 000—15 000 Mark möglich ist.“ (Hört! hört!
rechts.) Leute, die solche Artikel an die Arbeiter richten, sollten
auf ihren Geisteszustand untersucht werden, das ist

Berrücktheit oder Apathie.

(Zurufe bei den Sozialdemokraten. Präsident v. Kröcher ersucht
die Sozialdemokraten, Zwischenrufe nur vom Platte aus zu machen,
und ruft den Abg. Hoffmann [Soz.] wegen eines erneuten
Zwischenrufes zur Ordnung.) Unter einer solchen aufreißenden Sprache
leidet nur die Fürsorge für die Arbeiterschaft. Daß
sich die Lebensverhältnisse der Arbeiter ganz bedeutend gehoben
haben, hat auch Herr Bömelburg im „Grundstein“ zugegeben.
Unsere Sozialpolitik ist die beste der Welt, das hat ja auch Herr
Liebknecht in Amerika erfahren müssen. Er soll dort von Zeit
zu Zeit sogar nationale Empfinden kennen gelernt haben.
(Große Heiterkeit rechts.) In der Sozialpolitik steht selbst das unter
Brand und Viviani freibeitlich, republikanisch-sozialistisch regierte
Frankreich hinter uns. (Abg. Liebknecht: Welche Phantasie!)
An Ihre orientalische Phantasie reicht meine allerdings
nicht heran. (Stürmische Heiterkeit rechts. — Abg. Liebknecht
ruft: Der Laffe weiß ja gar nicht, was er sagt!)

Präsident v. Kröcher: Herr Abg. Liebknecht, ich rufe Sie zur
Ordnung und ermahne Sie, sich künftig solcher Ausdrücke zu be-
dienen, wie Sie hier üblich sind. (Abg. Liebknecht: Sie haben
mich nicht zu ermahnen!) Ich rufe Sie zum zweiten Male
zur Ordnung.

Abg. Granowick (fortfahrend): In der Zeit der Krise schickte die
Sozialdemokratie Geld nach Spanien zur Unterstützung der Re-
volution. (Abg. Leiner: Sie schicken das Geld der
Arbeiter nach Rom! Zuruf des Abg. Lohmann.) Wenn
die Sozialdemokratie angegriffen wird, spielt natürlich Herr Loh-
mann den 15. Rothfeller. (Große Heiterkeit im Zentrum und
rechts.) Wie es mit der sozialdemokratischen „Freiheit“ bestellt ist,
beweist der Terrorismus gegen christlich organisierte Arbeiter, denen
man aus politischer Rachsucht das Brot aus der
Hand schlägt. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Mit
Ihren Angriffen auf das Zentrum wegen seiner Haltung
in der Wahlrechtsfrage sollten Sie aufhören. Bis vor
zwei Jahren hat sich die Sozialdemokratie um das
preussische Wahlrecht noch gar nicht gekümmert. (Zuruf bei den

Sozialdemokraten.) Herr Liebknecht, Ihr Vater war mindestens ebenso klug wie Sie (Große Heiterkeit rechts.) und der hat 1897 selbst gesagt, man müsse das preussische Dreiklassenparlament verfaulen lassen. (Abg. Liebknecht: Sehr richtig!) Was Sie mit dem Wahlrechtskampf wollen, hat die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ offen ausgesprochen, als sie schrieb: Wir klumpen um das Wahlrecht nicht deshalb, weil es allein der Berechtigte entspricht, sondern weil es den Klassenkampf der Arbeiter zu fördern geeignet (hört! hört! im Zentrum) ist. Wir machen den Klassenkampf nicht mit. Auch Ihre Drohung mit den Reichstagswahlen läßt sich nicht. Ihre Bäume werden auch da nicht in den Himmel wachsen. (Wrao! im Zentrum und rechts.)

Darauf verlegt das Haus auf Vorschlag des Präsidenten H. Kröner die Weiterberatung auf abends 7^{1/2} Uhr.
Schluß 4^{1/2} Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission.

In der Sitzung am Dienstag gab der Vorsitzende S. Camp folgende Erklärung ab: Die Mitteilung der französischen Zeitung „Matin“ über den Inhalt der vertraulichen Erklärungen, die der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in der Budgetkommission bei der Beratung des Gesetzentwurfes über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres abgab, hat einigen deutschen Zeitungen Veranlassung gegeben, der Budgetkommission oder doch einzelnen Mitgliedern derselben den Vorwurf des Vertrauensbruchs zu machen. Dieser Vorwurf findet dadurch seine Widerlegung, daß, wie ich hiermit feststellen will, die Angaben des „Matin“ in allen wesentlichen Punkten unrichtig sind. — Diese Erklärung fand in der Kommission allseitige Zustimmung.

Es folgte dann die Beratung des Etats, der sich aus der Bewilligung der neuen Militärvorlage ergibt. Da bei den Verkehrstruppen für die Zukunft eine unverhältnismäßig große Zahl höherer Offiziere gefordert wird, so z. B. allein 8 Generale für 17 Verbandsbataillone, setzte die Kritik lebhaft ein, die zu einigen Abstrichen führte. Ferner wurde die so oft schon behandelte Militärmusikerfrage wieder erörtert, ebenso die Konkurrenz, die die Militärschulen den Zivilberufsmuskern bereiten. Die Generalmajor Wandel behauptete, ist für den Bereich des Gardekorps ein neuer Tarif ausgearbeitet worden, der sich den wesentlichsten Positionen des Zivilmusikertarifs anschließe. Auch sonst sollen die Generalkommandos gehalten sein, wegen der Feststellung der Tarife mit den Organisationen der Zivilmusiker zu verhandeln. General Kossel wies darauf hin, daß auch der vom Kommando des Gardekorps aufgestellte Tarif in wichtigen Punkten nicht mit dem der Zivilmusiker übereinstimme. Der Umfang der von den Militärschulen ausgeübten Nebenbeschäftigung sei so enorm, daß die Gesundheit der Leute stark benachteiligt werde, wie ja auch ein großer Teil der Militärmusiker früh der Invalidität verfallen. Die Militärmusik sei überhaupt nur auf militärische Dienstleistungen zu beschränken. Gegen freisinnige Kritiker wies General Wandel darauf hin, daß sich die freisinnigen bei der Feier der Verschmelzung der drei freisinnigen Gruppen zur fortschrittlichen Volkspartei auch der Militärmusik statt der Zivilberufsmusiker bedient hätten. Alle Welt verlange Militärmusik zu hören. — Weiter fand eine Aussprache über das unglaublich vielgestaltige Zulagewesen beim Landheere statt, das äusserst noch als bei der Marine blüht. Die Kommission stimmte folgender Zentrumsresolution zu: den Reichsanwalt zu ersuchen, bis zum nächsten Etat eine Denkschrift über das Zulagewesen auszubereiten und darin Vorschläge zur einheitlichen Regelung zu machen. — Der Extraktat wurde erledigt; am Mittwoch beginnt die Beratung des eigentlichen Militäretats.

Aus der Gewerbeordnungskommission.

Die sozialdemokratischen Mitglieder unterbreiteten der Kommission eine Anzahl von Änderungsanträgen zu den §§ 123, 124, 125—129 der Gewerbeordnung. Die Anträge betrafen u. a. die Einbeziehung der in den Geschäftsbetrieben von Anwaltschaft, Notaren und Gerichtsvollziehern, in Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und sonstigen privaten Bureaus beschäftigten Personen in die Gewerbeordnung, Fortzahlung des Gehalts bei unverschuldetem Antritt, Beseitigung der Konkurrenzklause, Festsetzung der achtstündigen Wechselschicht in kontinuierlichen Betrieben, Vorschriften über Wahl und Zusammensetzung der ständigen Arbeiterausschüsse, Einsetzung von Arbeiterkontrolleuren und Vorschriften über Gewährung von Ferien. Die bürgerlichen Abgeordneten zeigten keine Neigung, auch nur in eine Beratung der Anträge einzutreten. Die Genossen Albrecht und Sebering wiesen vergeblich darauf hin, daß erst die Einbringung dieser Anträge in die Vorlage der Regierung der Abänderung des Gesetzes einigen Wert geben würde. Die bürgerlichen Abgeordneten lehnten es ab, vor Verabschiedung der Regierungsvorlage auch nur einen Paragraphen abzuändern.

Die Kommission trat dann in die Beratung eines Antrages Pieper (Zentr.) ein, der dem § 124 die Vorschrift einfügen will, daß den Arbeitern bei der regelmäßigen Lohnzahlung schriftliche Abrechnung (Lohnbuch, Lohnzettel, Lohnkarte) über den verdienten Lohn auszuhandigen sei. Die Vertreter aller Parteien waren mit der Tendenz des Antrages einverstanden, nur konnte man sich noch nicht über den Begriff der schriftlichen Abrechnung einigen. Mit sozialdemokratischer Unterstützung betonten die Antragsteller wiederholt, der Antrag bezwecke nur gesetzlich festzulegen, was heute in der Industrie schon allgemein üblich sei. Eine Subkommission soll sich bis zur nächsten Sitzung über den Wortlaut des Antrages verständigen.

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Sitzung vom Dienstag, den 14. Februar.

Ärztliche Gutachten.

Das Versicherungsamt soll nach den Kompromißanträgen, wenn der Verdacht gegen den Vorbescheid der Berufsgenossenschaft Einspruch erhoben hat, entscheiden, wie weit dem neuen Gutachter, der auf Verlangen des Berechtigten angerufen wird, die vorhandenen ärztlichen Gutachten und die übrigen Vorberhandlungen mitzuteilen sind. Dazu beantragten die Sozialdemokraten, daß auf Verlangen dem Arzte Gelegenheit zu geben ist, im vollen Umfange von den ärztlichen Gutachten und den Vorberhandlungen Einsicht zu nehmen. Gegen den Antrag sprach sich Ministerialdirektor Casper aus. Schließlich wurde der Anregung der Sozialdemokraten in einer vom Zentrum beantragten Form Folge gegeben, so daß das Versicherungsamt entscheidet, wie weit dem Gutachter die vorhandenen ärztlichen Gutachten mitzuteilen sind; auf Verlangen des ärztlichen Gutachters muß ihm jedoch Einsicht in die übrigen Vorberhandlungen gewährt werden.

Gutachten des Versicherungsamtes in Unfallversicherungssachen.

Findet die Vernehmung des Berechtigten vor dem Versicherungsamt statt, so soll das Versicherungsamt das Recht, aber nicht die Pflicht haben, sich auch zur Sache zu äußern. Es kann hierzu insoweit Ermittlungen anstellen, als die Beweismittel bereit oder leicht zu beschaffen sind und erhebliche Kosten nicht entstehen. Die Sozialdemokraten beantragten dagegen, daß das Versicherungsamt alle Ermittlungen anstellen soll, die notwendig sind. Darauf soll das Versicherungsamt in mündlicher Verhandlung unter Zuziehung je eines Vertreters der Arbeitgeber und der Versicherten über die Sache verhandeln. Erkennt die Sache noch nicht genügend geklärt, so kann es weitere Ermittlung anordnen. Nach Abschluß der Ermittlungen soll das Versicherungsamt verpflichtet sein, sich gutachtlich zu äußern. Die Anträge wurden jedoch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Besonderheiten für den Einspruch bei Änderung von Dauerrenten.

Soll eine Dauerrente wegen Änderung der Verhältnisse neu festgestellt werden, dann ist die Zuziehung je eines Vertreters der Arbeitgeber und der Versicherten zur mündlichen Verhandlung vorgeschrieben. Dabei kann sich die Genossenschaft durch einen Vertrauensmann vertreten lassen. Der Verletzte kann erwachsene Angehörige oder andere geeignete Personen, die das Verhandeln vor Behörden nicht geschäftsmäßig betreiben, als Beistand zur Verhandlung zuziehen. Die Sozialdemokraten beantragten, daß nur die Personen als Beistand nicht herangezogen werden können, die die Vertretung vor Behörden „gegen Gehalt“ betreiben, weil nach dem Wortlaut der Vorlage auch die Arbeitersekretäre von dem Recht, zum Beistand der Versicherten vor dem Versicherungsamt zu erscheinen, ausgeschlossen sein würden. Ein Teil des Zentrums, die Konservativen und die Nationalliberalen sowie die Regierungsvorteiler antworteten, daß es ihre Absicht ist, die Arbeitervertreter hier fernzuhalten. Darauf wiesen die Sozialdemokraten darauf hin, daß dann die Berufsgenossenschaften gegenüber den Verletzten stark begünstigt seien, und brachten als Eventualantrag ein, daß eine Vertretung überhaupt nicht zulässig sein soll. Schließlich stimmten jedoch die Konservativen, Nationalliberalen und ein Teil des Zentrums die Anträge der Sozialdemokraten nieder und nahmen die Vorlage mit einigen redaktionellen Änderungen an.

Endbescheid.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß in dem Endbescheid das Gutachten des Versicherungsamtes mitgeteilt werden muß, damit der Verletzte weiß, wie eine unabhängige Behörde über seinen Anspruch urteilt. Die Regierungsvorteiler bekämpften den Antrag; durch das Gutachten würden die Verletzten verleitet, in allen Fällen, in denen die Berufsgenossenschaft nicht die Entschädigung entsprechend dem Gutachten erhöht hat, Verurteilung an das Oberversicherungsamt einzulegen. Die Konservativen, Nationalliberalen und ein Teil des Zentrums stimmten dem Antrag der Sozialdemokraten nieder.

Nächste Sitzung Mittwoch.

Aus der Kommission für die Schiffsabgaben.

Am Dienstag wandte sich die Kommission nach Erledigung der angelegten „Indiskretion“ der beabsichtigten Besuchsfahrt an den Rhein zu. Da von verschiedenen Seiten Bedenken geltend gemacht waren, einigte man sich schließlich dahin, den Plan zu verwerfen. — Dann trat die Kommission in die Beratung über den § 1 ein, die zugleich Generaldebatte sein soll. Abg. Günther (Sp.) wies auf die Schädigung der Elbschiffahrt, namentlich der Kleinschiffahrt, durch die geplanten Abgaben hin und verlangte weiteres Material. Außerdem teilte er mit, daß hervorgerogene Strombaubeamte Berichte erstattet hätten, daß der Ausbau der Elbe vorzugsweise im Interesse der landwirtschaftlichen Anlieger sei. Geheimrat Leters gab zu, daß die Landwirtschaft erheblichen Anteil an dem Nutzen der Vorluterregulierung durch die Strombauten habe; er bestritt aber, daß die Einzelschiffahrt Nachteile hätten. Wegen der Regulierung der Abgabenerhebung an den zahlreichen kleinen Schiff- und Ladestellen könne man sich auf die „preussische Kulanz“ verlassen.

In längerer Rede unterzog Genosse David das Prinzip und die Grundlagen der Vorlagen einer scharfen Kritik. Er protestierte gegen den in der Begründung wiederholten Versuch, die feierliche Bestimmung des Artikels 54 der Verfassung als zweifelhaft hinzustellen. Der Wortlaut und die jahrgenüßliche geübte Praxis verböten die Abgabenerhebung; der Versuch, Rhein und Elbe als „künstliche“ Wasserstraßen hinzustellen, werde durch einen Passus der Begründung selbst als absurd hingestellt. Redner erinnerte auch an den Ursprung der Vorlage im preussischen Abgeordnetenhaus und die Absichten, die die Agrarier mit ihr zu erreichen suchten. Eine schwere Erschütterung der wirtschaftlichen Existenz der süd- und mitteldeutschen Industrieunternehmen, die auf freier Stromschiffahrt aufgebaut seien, würde die Folge sein. Auch an Schifffahrten bei der Abgabenerhebung werde es nicht fehlen. Auf „preussische Kulanz“ sei nicht der mindeste Verlaß, zumal auch ein hartes fiskalisches Interesse des preussischen Eisenbahnsystems in Frage komme. Nicht ein nationales, sondern ein antinationales Unternehmen werde durch die Vorlage betrieben.

Der preussische Eisenbahnminister Breitenbach trat den Davidischen Ausführungen entgegen, indem er fiskalische Interessen in Abrede stellte. Daran aber werde Preußen festhalten: keine weiteren erheblichen Summen mehr für die Stromverbesserung zur Verfügung zu stellen, solange nicht die Abgabenerhebung ermöglicht sei.

Die nächste Sitzung findet am Freitag statt.

Aus der Partei.

Sozialistische Blindenliteratur.

Soeben ist erschienen: Die Neue Zeit, Organ zur Pflege sozialistischer Weltanschauung unter den Blinden deutscher Zunge Nr. 3, des 2. Jahrgangs. Das Heft hat folgenden Inhalt: Aus einer verschollenen Schrift. Charles Darwin und seine Lehre. Von R. H. Baage. Das Signal. Von W. M. Garjain. Die Spinnen und die Fliegen. Von Ludwig Angenruber. Notizen. Paul Singer. Außerdem bringt das Heft eine Sonderbeilage, in der in der Fortsetzung die Broschüre „Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie“ von Kauffky und Schönant zum Abdruck gelangt. Der Abonnementspreis des Blattes beträgt bei sechsmonatlichem Erscheinen jährlich für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3.80 Mk., für die übrigen Staaten 4.50 Mk. Die Parteigenossen werden gebeten, alle ihnen etwa bekannten Blinden auf das Blatt aufmerksam zu machen. Bestellungen und Aufträge sind an A. Wendt, Berlin N. 99, Sprengelstr. 1, zu richten. Die Zeitschrift wird nicht durch den Buchhandel vertrieben, sondern ist nur durch die obige Adresse zu beziehen. — Werbblätter stehen jederzeit kostenlos zur Verfügung.

Reichstagskandidatur.

Der sechste badische Kreis (Vahr-Wolfach) hielt am Sonnabend Konferenz in Wolfach ab, die sich auch mit der Aufstellung eines Kandidaten befaßte. Die Lager Genossen empfahlen als Kandidaten ihren Landtagsabgeordneten R. v. O. Offenburg; der Vertreter des Landesvorstandes Hahn-Mannheim und der Parteisekretär Engler-Freiburg befürworteten die Kandidatur des Genossen Sauer-Karlruhe. Letzterer wurde mit 18 gegen 14 Stimmen aufgestellt.

Pölsliches, Gerichtliches usw.

Herr und Dienstmädchen.

Zu drei Monaten Gefängnis wurde vom dem Stettiner Landgericht Genosse Heise, Redakteur des dortigen „Volkshoten“, verurteilt. Der „Volkshote“ hatte die Tatsache mitgeteilt, daß gegen einen Stettiner Kapitänleutnant D. R. ein Strafverfahren schwebte wegen sexueller Angriffe auf sein Dienstmädchen. Den Umständen, daß der so Beschuldigte das Mädchen, das wegen dieser Affären den Dienst verlassen hatte, durch die Polizei zurückholen lassen wollte, benutzte Heise zu einer Kritik der Gendarmenordnung. Der Name des Beschuldigten war nur dem Eingeweihten kenntlich angedeutet. Der Inspektionsrat Wehmer aber fahnte sich beleidigt, der Staatsanwalt bemühte sich auch in seinem Interesse mit dem angegebenen Erfolg. In der unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführten Verhandlung trat der Angeklagte den Wahrheitsbeweis in vollem Umfange an. Die Zeugin St. hielt unter Eid ihre Beschuldigungen gegen Wehmer in vollem Umfange aufrecht, ihre Mutter küßte das Zeugnis der Tochter, indem sie beschwor, sie habe an den Armen ihrer Tochter braune und blaue Flecke bemerkt, die von festem Knäuden herrührten und die Spuren solcher Färslichkeiten wären, denen tags zuvor die Tochter ausgefegt war. Eine andere Zeugin betandert,

daß die St., mit der sie zusammen lebte, vor ihrem Dienstherrn tatsächlich Angst hatte, so daß sie die Tür ihres gemeinsamen Schlafzimmers verriegelte und mit einem Messer bewaffnet zu Bett ging, und weiterhin bekundete diese Zeugin, daß St. häufig in einer einem zärtlichen Namen rief und die Zeugin ihn einst in einer Situation sah, die eine verächtliche Deutung zuläßt. Inspektionsrat Wehmer stellte alle Fälle eiblich in Abrede und suchte den moralischen Wert der Zeugin St. durch Dienstbotenlatsch und weiter durch die Angabe zu erschüttern, daß die Zeugin einmal in einem Buch über Ehe und Sexualverkehr gelesen hatte. (Schrecklich!) Da in dem Vorverfahren einige Aussagen der Zeugin sich widersprechend protokolliert waren, genügt diese Bekundungen dem Gericht, um unter Ablehnung von wichtigen Beweisanträgen die Zeugin St. als unglaubwürdig zu erklären und auf die angegebene Strafe zu erkennen. Gegen das Urteil wird Revision eingelegt.

Braun auf dem Kriegspfade.

Der Herausgeber der „Wahrheit“ hat dem Genossen Reichlich, Redakteur der Dortmunder „Arbeiterzeitung“ durch das Amtsgericht Berlin-Mitte eine Privatklage wegen Verleumdung zustellen lassen. Braun fühlte sich durch eine Würdigung seines Wahrheitsprozesses in seiner Ehre gekränkt und verletzt.

Soziales.

Zur Versicherung der Privatangestellten.

Im Jahre 1888 beantragte die sozialdemokratische Fraktion die Versicherung aller Personen, die bis 7^{1/2} Mk. täglich verdienen. Wäre dieser Antrag nicht abgelehnt und auf ihm — ohne das un sinnige Klebebüßem und Bureaukratenbeer — eine Reichsversicherung eingerichtet, so würde der Kreis der Versicherten ein erheblich größerer sein. Es würden auch die Privatangestellten heute zu den Versicherten zählen. Die Ausgaben für die Versicherung wären um ganz erhebliche Summen niedriger, die Leistungen wären weit höher. Aber die bürgerlichen Parteien lehnten in Gemeinschaft mit der Regierung diesen allein zweckmäßigen Weg ab. Auch in der Reichsversicherungsordnung beharrten sie auf ihrer negierenden Haltung. Die jammervoll niedrigen, mit dem Ausdruck „Renten“ geschmückten Leistungen sollen nicht erhöht werden, wiewohl der Wert der „Renten“ seit dem Inkrafttreten der Versicherungsgesetze um etwa 1/4 gesunken ist. Ueberdies will gar noch, wie unseren Lesern bekannt ist, die paragraphenreiche, wertvollen Inhalts bare Reichsversicherungsordnung den Rest der Selbstverwaltung der Arbeiter fast vollends beseitigen.

An diesem Vorgehen ist der Teil der Privatangestellten mitschuldig, der sich zu der Hoffnung verleiten ließ, daß durch eine Sonderversicherung der Privatangestellten wenigstens diese Arbeiterkategorie besser fahren würde. Die Ernüchterung dieses durch die Phrasen insbesondere des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes irreführten Teils der Privatangestellten ist durch die Vorlegung des völlig unzulässigen Entwurfs eines Versicherungsgesetzes für die Privatangestellten erfolgt. Dieser Entwurf wird von den Privatangestellten jetzt durchweg abfällig kritisiert.

Die „Freie Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten“ beschloß am 11. Februar mit dem Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte. Sowohl im Referat als auch in der nachfolgenden Diskussion kam zum Ausdruck, daß der Entwurf eine schwere Enttäuschung für die Privatangestellten darstelle, da weder die obersten Leistungen, noch auch die Art der Verwaltung den Bedürfnissen der Privatangestellten entsprechen. Als Ergebnis der Beratung wurde folgende Entschlieung angenommen:

„Der Entwurf des Versicherungsgesetzes für Angestellte entspricht weder den Erwartungen der Privatangestellten, noch den Versprechungen, die ihnen im Reichstage und in der Denkschrift des Reichsamtes des Innern vom 11. Juli 1908 gemacht worden sind.“

Die im Entwurf vorgesehenen Leistungen sind viel zu niedrig und bleiben ganz beträchtlich hinter den bescheidensten Wünschen der Angestellten zurück. Die Geringfügigkeit der Leistungen muß um so mehr enttäuschen, als die Höhe der Beiträge die Grenze dessen erreicht — in den unteren Massen sogar überschreitet — was die Masse der Angestellten ohne bedenkliche Einschränkung der Lebenshaltung für eine staatliche Zwangsversicherung aufzubringen vermag.

Statt der erwarteten und versprochenen Selbstverwaltung ist in dem Entwurf eine durch und durch bürokratische und entsprechend kostspielige Verwaltung vorgesehen. Gegen diese Verweigerung jedes maßgeblichen Einflusses der Versicherten muß besonders nachdrücklich protestiert werden, weil die gesamten Kosten von den Beteiligten selbst getragen werden sollen.

Der Entwurf verlegt also gerade in den Punkten, die bisher als die größten Vorzüge der Sonderklasse hingestellt worden sind. Dazu kommen andere Mängel, wie namentlich die Unmöglichkeit einer einwandfreien Abgrenzung des Personenkreises.

Das beweist, daß eine den Erwartungen der Angestellten entsprechende Lösung der Pensionsversicherungsfrage durch eine Sonderklasse nicht möglich ist. Demgegenüber zeigt die staatliche Invalidenversicherung, daß im Rahmen der allgemeinen Versicherung bei niedrigeren Beiträgen und anderen Berechnungsgrundlagen die gleichen oder noch höhere Leistungen zu erzielen sind. Da somit die Grundlagen des Gesetzentwurfes verfehlt sind, fordert die Freie Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten erneut die Erfüllung der Wünsche der Angestellten durch den Ausbau der Invalidenversicherung bei Gelegenheit der Reichsversicherungsordnung.

Wer eine wirklich gedeihliche Versicherung der Privatangestellten durchsetzen will, kann sich nicht mit der Verdrängung abfinden lassen, daß der Sonderentwurf sich ja bessern lasse, sondern muß dahin streben, in die Reichsversicherungsordnung auch die Versicherung der Privatangestellten hineinzuarbeiten.

Verfammlungen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Die Verwaltungsstelle Berlin hielt am Sonntag eine außerordentliche Generalversammlung ab, zu der die Delegierten so zahlreich erschienen waren, daß der große Saal der Brauerei Friedrichshain kaum ausreichte. Es galt, Stellung zu nehmen zur Generalversammlung des Gesamtverbandes, die zu Pfingsten in Mannheim stattfindet. Der Bevollmächtigte Cohen schilderte kurz die Bedeutung der verschiedenen Punkte der vorgeschlagenen Tagesordnung des Verbandstages. Besonders wichtig erscheint die Revision des Verbandsstatutes, zu der Anträge in großer Zahl vorliegen. Auf früheren Verbandstagen ist dieser Gegenstand erst als vorletzter Punkt zur Beratung gekommen, diesmal steht er jedoch als dritter Punkt auf der Tagesordnung und die Statutenberatungskommission tritt schon acht Tage vor dem Verbandstag zur Vorberatung zusammen, damit das Material rechtzeitig gesichtet ist. Der 4. Punkt bezieht sich auf die Arbeitsvermittlung in der Metallindustrie. Es ist notwendig, daß auch der Gesamtverband sich einmal mit dieser Frage beschäftigt, über die in den Verwaltungen und Bezirken schon viel beraten worden ist. Das Interneum treibt bekanntlich namentlich in der Metallindustrie Mißbrauch mit der Arbeitsvermittlung durch Arbeitsnachweise, die tatsächlich nichts anderes als Kontroll- und Platzregelungsbureaus sind und zur Durchführung des Systems der schwarzen Listen dienen. Ueber die Mittel zu beraten, die notwendig sind, um diesen unerträglichen Zustand mit Erfolg zu bekämpfen, wird Aufgabe des Verbandstages sein. Im übrigen wird der Verbandstag Stellung zum bevorstehenden Gemeindefest nehmen, und als letzter Punkt steht Verschiedenes auf der Tagesordnung, wie sie vom Verbandsvorstand provisorisch aufgestellt ist. —

Es lagen nun der Generalversammlung mehr als 30 Anträge an den Verbandstag zur Beratung vor. Zunächst wurden die An-

Frage zur Diskussion gestellt, die zum Punkt 2 der Tagesordnung, dem Bericht des Verbandsvorstandes, gehören. Angenommen wurden zwei Anträge, wonach der Hauptvorstand beauftragt werden soll, mehr als bisher auf die Schädlichkeit der Nacharbeit hinzuweisen und ihre Beseitigung anzustreben, sowie statistische Erhebungen über die Nacharbeit in der Metallindustrie zu veranstalten. Ein weiterer Antrag, der die Zustimmung der Generalversammlung fand, verlangt, daß der „Metallarbeiterzeitung“ eine zweite wöchentliche Beilage angefügt werde, die fachtechnische Artikel über die neuesten Erfindungen auf den verschiedenen Gebieten der Metallindustrie bringen soll. Von den Anträgen, die sich auf die Revision des Statuts beziehen, wurden zwei gutgeheißen, die unter bestimmten Voraussetzungen eine Wabänderung der Bestimmungen über Ausschluß wegen Beitragsrückständen zum Ziele haben. Alle Anträge, die die Höhe der Verbandsbeiträge und die Unterstellungen betreffen, wurden vorläufig zurückgestellt. Angenommen wurde noch ein Antrag, das Ortsstatut so abzuändern, daß alle Angestellte nach zweijähriger Tätigkeit neu zur Wahl gestellt werden, und zwar das eine Jahr die eine, das andere Jahr die andere Hälfte. Bei dem ersten und zweiten Bevollmächtigten sowie bei dem Kassierer soll jedoch der bestehende Modus beibehalten werden. — Im übrigen beschloß die Generalversammlung, der Verwaltungsstelle Pforzheim aus lokalen Mitteln 12000 M. zur Verfügung zu stellen. — Zu weiterer Beratung über die Anträge zum Verbandstag findet am nächsten Sonntag bei Freyer in der Koppenstraße eine Fortsetzung der Generalversammlung statt.

Gerichts-Zeitung.

Der Boykott des „Fürstenhof“ in Zehlendorf vor dem Reichsgericht.

Das Reichsgericht hat am Montag das Erkenntnis des Kammergerichts aufgehoben, welches eine Reihe Genossen, die bei der Durchführung des Boykotts mitgewirkt hatten, sowie die Vorwärtsbuchdruckerei Paul Singer u. Co., weil sie die Publikationen über den Boykott aufgenommen hatte, zum Schadenersatz verurteilt hatten.

Wir erinnern an die diesem Urteil zugrundeliegenden Vorgänge: Das der Gemeinde Zehlendorf gehörige Wirtschaft „Fürstenhof“ ist an den Gastwirt Schulze, den Kläger, verpachtet worden. In dem Pachtvertrage ist eine Bestimmung des Inhalts niedergeschrieben, daß der Saal des Lokals gewerkschaftlichen Organisationen und sozialdemokratischen Vereinen nicht zur Verfügung gestellt werden darf. Als der sozialdemokratische Verein von Zehlendorf im Mai 1906 an den Kläger das Gesuch richtete, ihm den Saal zu einer Versammlung zu überlassen, lehnte er das mit der Begründung ab, daß dies Verlangen auf Grund seines Pachtvertrages nicht zu erfüllen sei. Diese Ausrede ist zwar hinwiegend, weil ein solcher Vertragspakt gegen die guten Sitten verstößt und ungültig ist. Dennoch wendeten sich unsere Genossen an die Gemeinde mit dem Verlangen, den Verbotspakt in dem Vertrage zu streichen. Das lehnte die Gemeinde ab. Darauf wurde über das dem Bahnhof Zehlendorf gegenüberliegende große Restaurant „Der Fürstenhof“ der Boykott verhängt. Durch mehrere Artikel im „Vorwärts“ und durch Flugblätter wurde besonders darauf hingewiesen, daß die im „Fürstenhof“ befindliche Stehbierhalle zu meist von Arbeitern besucht werde und mit ihrem Gewinn von jährlich 6000 M. den größten Teil der Pachtsumme einbringe. Wenn die Gemeinde den Arbeitern als steuerzahlenden Einwohnern von Zehlendorf das Recht auf den Saal verweigere, so beschimpfe jeder Arbeiter, der seine Groschen zum Pachtzins opfere, sich selbst. Natürlich wurden auch Posten aufgestellt, die das Publikum auf die Stellungnahme der Gewerkschaften und den Boykott aufmerksam machten. Von diesen Posten haben sechs Strafmandate erhalten. Gegen diese sechs Arbeiter und gegen die Vorwärtsbuchdruckerei hat der Kläger Ansprüche auf Schadloshaltung erhoben.

Das Landgericht Berlin I erkannte die Ansprüche des Klägers für den aus der Boykottierung der Stehbierhalle erwachsenen Schaden gegenüber den sechs beklagten Arbeitern dem Grunde nach als gerechtfertigt an. Die Ansprüche bezüglich des Saales wurden abgewiesen, ebenso der gegen die Vorwärtsbuchdruckerei erhobene Anspruch, weil deren Inhaber nicht als Mitwirkende in Betracht zu ziehen seien. Das Kammergericht zu Berlin hat das Urteil des Landgerichts abgeändert und die Klage auch gegenüber der Vorwärtsbuchdruckerei für gerechtfertigt erklärt. In seinen Entscheidungsgründen führt das Kammergericht aus, daß für die Entscheidung zunächst die Feststellung des Reichsgerichts maßgebend sei, daß der Boykott an sich kein unerlaubtes Kampfmittel ist. Auch im vorliegenden Falle enthalte das Bestreben der Angehörigen einer Partei, ihrer Partei Säle zu sichern, nichts unerlaubtes. Ebenso sei es ein Recht der Mitglieder der sozialdemokratischen Partei gewesen, das Lokal zu meiden, weil man ihren Wünschen nicht entgegenkam. Jedoch, so meint das Kammergericht dann, dürfe die Anwendung des Boykotts nicht über die Grenzen des Zulässigen hinausgehen. Einmal komme hier der Kläger als unzulässiger Dritter in Betracht, da er durch seinen Vertrag an den Willen der Gemeinde Zehlendorf gebunden gewesen sei. Weiterhin heißt es, daß der Boykott dann zu einem unerlaubten werde, wenn er bewußt dazu ausgedehnt werde, die wirtschaftliche Existenz eines anderen zu vernichten. Auf die Vorwärtsbuchdruckerei eingehend, spricht das Kammergericht aus, daß derjenige, der die Volkseidenschaft entfesselt, auch für Ueberschreitungen verantwortlich sei. Für das Tun ihrer Redakteure seien die Gesellschaften verantwortlich, weil diese auf jeden Fall ihre Einwilligung gegeben haben würden und weil die Redakteure nur den Willen der Gesellschaften ausführten. Dies Urteil steht in schroffem Widerspruch zum Gesetz und zu der Rechtsprechung des Reichsgerichts. Dies hat denn auch das Urteil in seinem vollen Umfang aufgehoben und die Sache zur anderweiten Entscheidung an das Kammergericht zurückverwiesen.

Eine recht stürmisch verlaufene Sitzung im Schöneberger Stadtparlament

hat zu einem gerichtlichen Nachspiel geführt, welches gestern unter Vorsitz des Amtsrichters Volkmar das Schöffengericht Berlin-Schöneberg beschäftigte. Als Kläger trat der konservative Schöneberger Stadtverordnete Richard Schneider, vertreten von Rechtsanwalt Ulrich, gegen den liberalen Stadtverordneten, Rechtsanwalt Leopold Gottschalk auf, welcher vom Justizrat Leonhard Friedmann verteidigt wurde. — Die den Gegenstand der Klage und der von Gottschalk erhobenen Widerklage bildenden Vorgänge spielten sich in der Sitzung der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung vom 24. Oktober v. J. ab, in welcher es zu recht lebhaften Szenen kam. Nach langer Verhandlung kam folgender Vergleich zwischen den Parteien zustande: Der Angeklagte erklärt, er könne seine Behauptung, daß der Kläger dem auf dem Brandenburgerischen Städtebunde verbreiteten Flugblatt des Schöneberger Haus- und Grundbesitzersvereins nahegekommen, nicht aufrechterhalten. — Der Privatkläger erklärt, daß er den Vorwurf, der Beklagte habe die gegenteilige Behauptung wider besseres Wissen aufgestellt, seinerseits nicht mehr aufrechterhalten könne. Nunmehr erklärt der Angeklagte sein Verbleiben über die Schärfe der in seiner Rede vom 24. Oktober v. J. gegen den Privatkläger erhobenen Angriffe und nimmt die darin enthaltenen Beleidigungen zurück. Er erklärt auch, daß nach der heutigen Aussage des Kommerzienrats Haberland er dem Privatkläger nicht mehr vorwerfen könne, er habe sich, während er sich anscheinlich betätigte, vom Kommerzienrat Haberland durch Gewährung persönlicher Vorteile zu seiner Haltung in der Angelegenheit des Beamtenwohnungsvereins bestimmen lassen. — Der Verantwortliche Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den

geklagte übernimmt die Kosten des Verfahrens. — Klage und Widerklage wurden hierauf zurückgenommen und das Verfahren eingestellt.

Zum Streik der Leitergerüstbauer,

der erst kürzlich das Schwurgericht beschäftigt hat, gehörte die gestern vor der 3. Strafkammer des Landgerichts III verhandelte Klage gegen den Arbeiter Rudolf Erdmann wegen Landfriedensbruchs. Im April v. J. war bekanntlich bei den Firmen Altmann und Arndt u. Co. in Charlottenburg bezw. Deutsch-Bilmersdorf ein Streik ausgebrochen, der schließlich zugunsten der Streikenden verlaufen ist. Am 4. Mai, als der Streik schon im Abflauen war, begab sich ein Trupp von sechs aus Essen gekommenen Arbeitswilligen um 6 Uhr morgens unter Führung von 2 Aufsehern der Firma Arndt vom Lagerplatz nach der Suarezstraße. Als der Zug durch die Prinzregentenstraße ging, kam es zu einer Schlägerei. Der Kontrolleur Paul Balke behauptete, den Angeklagten als Teilnehmer erkannt zu haben. Deshalb ist die Klage wegen einfachen Landfriedensbruchs erhoben worden. Der Angeklagte bestritt, sich unter einer Menge befunden zu haben, die gegen Personen Gewalttätigkeiten ausübte, und behauptete, daß er erst nach Beendigung derselben hinzugekommen sei. Der Zeuge Balke versicherte trotz aller Vorhaltungen, daß er sich in der Person des Angeklagten nicht täusche. Er war der einzige Belastungszeuge. Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis. — Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld hielt es doch für sehr bedenklich, auf die Recognition eines einzigen Zeugen hin eine Verurteilung eintreten zu lassen. Da außerdem die Tatbestandsmerkmale des Landfriedensbruchs nicht gegeben seien, so liege eventuell nur gemeinschaftliche Körperverletzung vor und da würde die beantragte Strafe gegen den völlig unbefangenen Angeklagten zu hoch sein. — Das Gericht erkannte auf 5 Monate Gefängnis, wobei es Landfriedensbruch als erwiesen ansah.

„Von Gottes Gnaden“.

Eine Klage wegen Majestätsbeleidigung, die die 10. Strafkammer des Landgerichts I gestern nachmittag verhandelte, richtete sich gegen den Redakteur Karl Wiesenthal. Den Vorstoß führte Landgerichtsdirektor Grüger, die Klage vertrat Oberstaatsanwalt Preuß, auf dessen vom Rechtsanwalt Wolfgang Heine beklämpften Antrag, wegen Verletzung der öffentlichen Ordnung, die Öffentlichkeit auch für die Vertreter der Presse ausgeschlossen wurde. Der Angeklagte ist Redakteur der Zeitschrift „Deutscher Metallarbeiter“. Er veröffentlichte in den Nummern 35, 36 und 37 dieser Zeitschrift einen fortlaufenden Artikel unter der Ueberschrift „Von Gottes Gnaden“. Dieser Artikel befaßt sich mit dem Kaiser in seiner Eigenschaft als König von Preußen zu Königsberg auf dem Feste der Provinz Ostpreußen gehaltenen Rede. Der Angeklagte sucht darzutun, daß die Auffassung des Kaisers weder staatsrechtlich richtig sei, noch durch die Tatsachen der Geschichte belegt werde. Am Ende dieser Artikelserie wird darauf hingewiesen, daß der Verfassungsgesetz, den der Kaiser bei seinem Regierungsantritt als König von Preußen geleistet habe, die Auffassung von einer nur Gott verantwortlichen, also den Menschen und menschlichen Einrichtungen gegenüber absoluten königlichen Stellung nicht zulasse. Die Form, in der der Angeklagte diese seine Meinung zum Ausdruck gebracht hat, ist zum Gegenstand der Klage wegen Majestätsbeleidigung gemacht worden. — Oberstaatsanwalt Preuß beantragte 1 Jahr Gefängnis. — Rechtsanwalt Heine trat der Auffassung des Staatsanwalts entgegen. Die inkriminierte Stelle stehe am Schluß eines längeren Aufsatzes, der ganz sachlich staatsrechtliche und juristische Untersuchungen anstelle und nicht in der Absicht der Beleidigung, sondern höchstens fahrlässig behandelt haben könne. — Mit Rücksicht darauf, daß er die Anzeige vor dem Druck gelesen, erkannte jedoch am Montag das Reichsgericht auf Bewerfung der Revision.

Unzüchtige Inserate.

Wegen Anpreisung von Gegenständen, die zu unzüchtigem Gebrauch bestimmt sind, wurden am 21. November vorigen Jahres vom Landgericht Braunschweig mehrere Personen verurteilt, darunter auch der Inseratenredakteur S. von einem dortigen Blatte zu 10 M. Geldstrafe. Der Mitangeklagte So. hatte ein Inserat aufgegeben, in welchem Frauen, die sich Schönheit und Jugendkraft erhalten wollen, Dr. W. Frauenstuhlsapparat zu empfangen wurde. Der Inseratenredakteur nahm die Anzeige an, weil er geglaubt haben will, es handle sich um einen kosmetischen Artikel, nicht um eine Vorrichtung zur Verhinderung der Konzeption. Das Gericht hat ihm dies jedoch nicht geglaubt. — In seiner Revision berief er sich darauf, daß sein Blatt grundsätzlich Inserate, die gegen § 184.3 verstößen, nicht aufnehme, er also keinesfalls dolos, sondern höchstens fahrlässig gehandelt haben könne. — Mit Rücksicht darauf, daß er die Anzeige vor dem Druck gelesen, erkannte jedoch am Montag das Reichsgericht auf Bewerfung der Revision.

Aus aller Welt.

Die Pest.

Nach den neuesten Meldungen aus der nördlichen Mandchurie nimmt die Pest in allen dortigen Handelszentren zu. Die Arbeitslosen bilden Räuberbanden, gegen die das Militär machtlos ist. Der Generalgouverneur des Amurgebietes kündigt die Ausweisung von 4000 arbeitslosen Chinesen aus Bladiwostok, Nikolai und Chaborowsk an. Die Zahl der Todesfälle in Tudschiadjan ist in der letzten Woche gesunken. Dieser sind dort gegen 7000 Leichen verbrannt worden. Die Straßen werden von Leichen gesäubert und die nicht genügend tief eingegrabenen wieder ausgegraben, um verbrannt zu werden. In der Stadt Kwangtschüntsze wurden bisher 2500 Pestleichen verbrannt. Die Zahl der Todesfälle im Stadtgebiet ist im Steigen.

Die „Times“ erhält von ihrem Spezialmitarbeiter in Indien eine Mitteilung über ein außergewöhnlich starkes Umsichgreifen in Indien. Nach dieser Meldung soll die Epidemie zwischen 10- und 20000 Opfer pro Woche im indischen Kaiserreich fordern. Die Hinduorgane melden, daß in der mit dem 21. Januar endenden Woche 20167 Todesfälle an Pest verzeichnet wurden, während in der vorhergehenden Woche 12143 Personen der Seuche zum Opfer fielen. Seit mehr als vierzehn Jahren herrscht die Pest in Indien ununterbrochen. Eine genaue Zahl der Opfer der Seuche anzugeben ist zwar nicht möglich, doch sei als wahrscheinlich anzunehmen, daß die Epidemie bisher ungefähr neun Millionen Menschen hinweggerafft hat. Eine offizielle Statistik vom Ende des Jahres 1908 gibt als Zahl der bis dahin an Pest gestorbenen eine von 6 Millionen an.

Der europäische Rundflug.

Für den kommenden Sommer ist, wie schon früher einmal mitgeteilt, ein internationaler Fernflug geplant, der von Paris aus stattfinden soll. Die beteiligten Aviatiker werden bei der Gelegenheit auch Berlin besuchen. Das Programm des Fluges ist nunmehr wie folgt festgestellt worden: Abfahrt von Paris am 4. Juni nach Lüttich mit obligatorischer Zwischenlandung in Reims und Charleville; Entfernung 300 Kilometer. Die Flieger können diese besäuerliche Etappe in zwei Tagen zurücklegen. Am 6. Juni Abfahrt von Lüttich nach Düsseldorf, am 7. Düsseldorf-Hannover, 8. Rubelag, 9. Hannover-Berlin.

Inseratentell. verantw.: Th. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Am 12. Fahrt Berlin-Hamburg, am 18. Ruhetag, am 14. Hamburg-Bremen, 15. Bremen-Münster, am 16. Münster-Köln, am 18. Köln-Brera, am 19. Brera-Brüssel mit Zwischenlandung in Antwerpen, am 21. Brüssel-Calais über Lille, am 22. Calais-London via Dover, am 24. Rückfahr London-Boulogne via Folkestone, am 25. Ruhetag und am 26. letzte Etappe Boulogne-Paris.

Die gestohlene Hand.

Tiefe Betrübniß herrscht zurzeit in den Reihen der Karmelitermönche des Klosters Olivares in Portugal, denn einer in der Klosterkirche aufgestellten Statue der heiligen Theresia ist von unbekannten Tätern die rechte Hand gestohlen worden. Aber weniger die Verflümmelung des Bildwerkes ist es, was den Schmerz der Mönche erregt, als die Tatsache, daß mit ihr auch Juwelen im Werte von einer viertel Million Frank! verschwunden sind. Die trauernden Mönche vermuten, daß die Diebe sich nach London gewandt haben, um die von gutgläubigen Gemüthern gespendeten Kostbarkeiten an den Mann zu bringen.

Erstklassige Hunde.

Daß das Leben an Bord unserer großen Uebersee-Dampfer für die „Besseren“ Passagiere immer bequemer wird, können heutzutage selbst die vierbeinigen Passagiere der Dampfschiffgesellschaften bestätigen. Es gab eine Zeit, wo man Hunde, auch wenn sie ihr gutes Geld bezahlt hatten, ohne weitere Umstände dem Schiffschlichter zu überweisen pflegte, — natürlich nur zur Verpflegung. Aber gartfühlenden Hundebesitzerinnen mochte die Sache immerhin zuweilen ängstlich sein, und so ist es denn heute dahin gekommen, daß zahlende Hundepassagiere, gleich ihren menschlichen Herren, auf den großen Dampfern der Hamburg-Amerika-Linie beispielsweise, eine eigene, ruhig gelegene „Kabine“ erhalten. Gewöhnlich liegen diese „Kabinen“ auf dem obersten Deck. Die Wartung der vierbeinigen Passagiere ist gewöhnlich einem Steward anvertraut und der Schlichter hebt nur noch durch die Vermittlung dieses Stewards als Knochenlieferant mit den Tieren in Verbindung.

Für Geld kann man den Teufel tanzen lassen! Warum soll eine reiche Passagierin nicht die Garantie haben, daß ihr Hund an Bord besser behandelt wird, als der arme „minderwertige“ proletarische Passagier im Zwischendeck?

Reine Notizen.

Verhaftung eines Desfrankanten. In Marseille wurde der frühere Obertelegraphenassistent Hutanus aus Bonn verhaftet, der im Dezember v. J. nach Unterschlagung von 95000 Mark antiker Gelder flüchtig geworden ist. Hutanus erklärte, er habe die Unterschlagung begangen, um einen Freund zu unterstützen, der nunmehr verhaftet worden sei. Er wurde in das Untersuchungsgefängnis übergeführt und wird nach Erledigung der nötigen Formalitäten an Deutschland ausgeliefert werden.

Schwere Bluttat beim Kartenspiel. In Seifersdorf in Sachsen getöteten mehrere kroatische Arbeiter beim Kartenspiel in Streit. Einer von ihnen zog plötzlich ein Rasiermesser aus der Tasche und verletzte seinen Gegner so schwer im Gesicht, daß er bald darauf starb. Zwei andere am Spiel Beteiligte wurden durch den Unmenschen erheblich verletzt. Der Messerheld ist entkommen.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der deutschen Wagenbauer, G. O. Ortsverwaltung Rigdorf. Freitag, 17. Februar, abends 8 Uhr, bei Doppe, Hermannstr. 49 (kleiner Saal): Außerordentliche Mitglieder-versammlung mit Frauen.

Witterungsbericht vom 14. Februar 1911, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohb. mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. in °C. u. °F.	Stationen	Barometer hohb. mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. in °C. u. °F.
Stettin	779.6		3	wolkig	-6	Danzig	760.6		6	Schnee	-2
Dresden	777.8		2	bedeckt	-2	Petersburg	780.0		1	Dunst	-24
Berlin	779.8		1	halbbd.	-5	St. Petersburg	778.0		4	bedeckt	8
Königsberg	777.8		2	halbbd.	-1	Berlin	766.6		3	bedeckt	7
Frankfurt	776.8		2	bedeckt	-3	Paris	776.8		2	wolkig	-3
München	778.8		4	wolkig	-7						

Wetterprognose für Mittwoch, den 15. Februar 1911.

Trocken und vielach heiter, zeitweise etwas neblig bei mäßigen südlichen Winden; außer um Mittag. Frost. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 13. 2.		am 12. 2.		Wasserstand	am 13. 2.		am 12. 2.	
	cm	cm	cm	cm		cm	cm	cm	cm
Remel, Lüft	220 ⁰	-8	220 ⁰	-8	Saale, Großh.	104	+18	104	+18
Regel, Unterburg	-14 ⁰	-3	-14 ⁰	-3	Qavel, Sandau ⁰	108	+2	108	+2
Wischel, Idorn	154 ⁰	+2	154 ⁰	+2	Qavel, Rathenow ⁰	133	-3	133	-3
Oder, Rathor	151 ⁰	-3	151 ⁰	-3	Spre, Spremberg ⁰	—	—	—	—
• Krosen	163 ⁰	-11	163 ⁰	-11	Deesow	194	0	194	0
• Franfurt	212 ⁰	-13	212 ⁰	-13	Seier, Rindon	-42	+8	-42	+8
• Sartin, Schrum	30 ⁰	-2	30 ⁰	-2	• Rindon	26	-6	26	-6
• Landsberg	12 ⁰	-6	12 ⁰	-6	Rhein, Raxmillersau	302	+2	302	+2
Rege, Gorkamm	20 ⁰	+4	20 ⁰	+4	• Raus	140	-1	140	-1
• Elbe, Zeimertz	6 ⁰	+4	6 ⁰	+4	• Rön	137	-4	137	-4
• Presden	-118 ⁰	0	-118 ⁰	0	Redar, Heildrom	79	+13	79	+13
• Harbo	171 ⁰	-6	171 ⁰	-6	Rain, Berthelm	160	-1	160	-1
• Magdeburg	146 ⁰	-4	146 ⁰	-4	• Mosel, Trier	60	-3	60	-3

⁰) + bedeutet Hoch, — Fall, — ⁰) Unterpegel. — ⁰) Eisstand. — ⁰) Eisfrei. — ⁰) Eisbewegung. — ⁰) Eisstreifen.

Persil

Zarte Haut

leidet nicht beim Waschen mit Persil, daher keine zersprungenen Hände. Persil gibt schöne lichte Lauge, löst Staub und Schmutz spielend.

Wäscht von selbst

ohne jeden andern Waschzusatz, ohne Reiben und Bürsten, nur durch einmaliges, etwa viertel- bis halbstündiges Kochen.

Erhältlich nur in Original-Paket.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Alleinige Fabrikanten auch der weltberühmten

Henkel's Bleich-Soda.

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: Joh. Schmalzer, Berlin N. 4, Tackstraße 11.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

T-B. In Halensee steht uns das Restaurant „Kurfürstenpark“ (Inb. Pallos), Kurfürstendamm 119/120, zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

In Schmargendorf hat das „Schönenhaus“ den Besitzer gewechselt. Doch steht uns das Lokal nach wie vor zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Charlottenburg. Heute abend 8 1/2 Uhr im „Volkshaus“: Versammlung der 3. Gruppe. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Dahendorf bei Jossen. Am Sonnabend, den 18. d. Mts., bei Miese: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder, Wahl der Delegierten zur Generalversammlung und Verschiedenes. Der Vorstand.

Pankow. Am Sonntag, den 5. März, nachmittags 2 Uhr. findet eine Urania-Vorstellung statt. Gegeben wird: Von San Remo nach Florenz. Billets à 55 Pf. sind beim Genossen Rihmann, Nützenstraße 30, zu haben. Die Parteigenossen wollen sich rechtzeitig mit Billets versehen. Die Bezirksleitung.

Vorligwalde-Wittenau. Donnerstag, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Vorligwalder Festsälen: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Die Bezirksleitung.

Buch und Umgebung. Am Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 2 Uhr, im Lokal von Albrecht: Volksversammlung. Referent: Reichstagsabgeordneter Artur Stadthagen.

Berliner Nachrichten.

Aus der Unfall-Heilanstalt zu Wilhelmshagen,

mit der wir uns schon öfter beschäftigt haben, haben wir endlich einmal etwas Erreichtes zu melden. Die Mängel dieser Anstalt, die von der Norddeutschen Holz-Verufsgenossenschaft zur Heilung ihrer Unfallverletzten benutzt wird, waren von zahlreichen Patienten in der letzten Zeit immer drückender empfunden worden. Schließlich kam es zu einem einmütigen Protest von circa 90 Patienten, die in einer schriftlich eingereichten Beschwerde die Verufsgenossenschaft um Abhilfe ersuchten. Wir erfahren, daß dieses gemeinsame Vorgehen wahrscheinlich einigen Erfolg haben wird. Der Chefarzt hat soeben den Unterzeichneten des Protestes mitgeteilt, daß eine Reihe von Uebelständen beseitigt werden soll.

Die Einrichtungen der Anstalt sind bisher so dürftig gewesen, daß sie für längere Zeit kaum noch sein konnten. Sie vermag rund 150 Personen zu beherbergen, die auf 5 Stationen verteilt werden. So eine Station ist ein großer Saal, der in seiner nüchternen Stahlheit einen überaus unwohligen Eindruck macht. Heizungs- und Lüftungsrichtungen sind so, daß Sogwellen und Zugluft miteinander abwechseln. In der Nacht behalten viele Patienten ihre Unterhosen auf dem Leibe, weil sie sonst in ihren Betten nicht warm werden. Der Fußboden ist kalter Zement, den kein Läufer oder Teppichboden deckt. Der Chefarzt hat jetzt versprochen, daß nach dem Wunsch der Patienten die längst nötig gewesenem Bettvorlagen beschafft werden sollen. Dürftig ist auch die Bekleidung, die die Anstalt den Patienten liefert. Wer nicht aus Eigenem etwas dazu tut, der kann bei kühlerer Witterung sich nicht ohne Bedenken in den Garten hinauswagen. Besonders schlimm ist der Mangel an geeigneter Fußbekleidung. In baumwollenen Strümpfen und Lederpantoffeln soll man sich versuchen, im Winter auf den aufgeweichten Gartenwegen umherzuspazieren. Es heißt, daß die Anstalt künftig den Patienten die geforderten wollenen Strümpfe liefern will. Vielleicht entschließt man sich, auch noch pro Mann ein Paar feste Lederschuhe hinzuzufügen. Verwunderlich schien es uns, daß Patienten auch klagten, die Anstalt sei ihnen nicht sauber genug. Doch in Heilanstalten peinlichste Sauberkeit herrschen muß, galt uns immer als etwas ganz Selbstverständliches. Wir haben aber leider auch in diesem Punkte die Unfall-Heilanstalt zu Wilhelmshagen nicht so gefunden, wie wir es erwartet hätten. Nach unseren Begriffen von Anstaltsauberkeit konnten wir den Patienten nur darin bestimmen, daß diejenigen Betten, die wir besichtigten, unsauber genannt werden mußten. Die aufgelegten Holzbetten waren fleckig und vergraut, aus den Rollen der Seegrasmatten konnte man den Staub herauswischen. Als ein Patient zu unserer Belehrung auf ein leeres Bett schlug, stieg eine so reichliche Staubwolke daraus auf, daß die Nachbarn Einhalt geboten. Unglaubliches erlebten wir, als ein Patient einen der in der Mitte des Saales aufgestellten übermannshohen Seislerkörper erkletterte, um uns zu zeigen, welche Massen von Staub da oben lagen. Den dicken Klumpen von Staub und Fäden, den er mit einem einzigen Griff zusammenraffte, haben wir uns einwickeln lassen und als Beweisstück mit nach Hause genommen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Holz-Verufsgenossenschaft nicht etwa wegen Entwendung von „Anstaltsbesitzum“ die Staatsanwaltschaft gegen uns mobil machen wird. Wie dieser widerwärtige Dreck aufgewirbelt werden muß, wenn durch die geöffneten Rippfenster beider Saalseiten der Luftzug strömt, das kann man sich leicht ausmalen. Uns wird gesagt, der Chefarzt habe jetzt für die Betten ein intensiveres Reinigungsverfahren in Aussicht gestellt. Es wird nötig sein, den Seislerkörpern gleichfalls etwas mehr Beachtung als bisher zu schenken. Wir hatten übrigens Gelegenheit, in einer Station auch einen Waschkraum zu besichtigen, dessen ganze Einrichtung recht unappetitlich aussah und uns einer Renobierung zu bedürfen schien. Eine Verbesserung soll jetzt wenigstens dem Waschkraum des Uebungs-saales zuteil werden, der flende Latzenhaufen des Fußbodens soll beseitigt werden. Bisher hatten die Patienten darüber zu klagen, daß sie auf nassem Fußboden stehen mußten, wenn sie nach der Massage sich wuschen. Da wir gerade von der Massage sprechen, so sei hier erwähnt, daß auch über Unzulänglichkeit des Massagepersonals geklagt wird. Selbst wenn nur die Hälfte von 150 Patienten an der Massage teilnimmt, so ist das zuviel für fünf Wärter, die in der Regel dabei tätig sind. Jeder kann sich leicht ausrechnen, wieviel Massage für jeden Patienten abfällt, wenn die ganze Arbeit in 1 1/2 bis 2 Stunden beendet sein soll. Aus dem Mangel an Personal erklären sich auch manche der anderen Mängel, vor allem die schon erwähnte Unsauberkeit. Aber so eine Anstalt soll ja möglichst wenig kosten. Gespart wird da selbst an Kleinigkeiten, in der Wilhelmshagener Anstalt z. B. sogar am Licht, das dort bisher nur bis 1/2 Uhr abends gewährt wurde. Als ein Fortschritt der Kultur, die nun auch auf diese Anstalt sich erstrecken soll, wird es von den Patienten begrüßt, daß fortan bis 1/10 Uhr Licht brennen soll. Mitleidhaft ist, warum man nicht längst für ausreichende Trinkgelegenheit gesorgt hat. Wasserflaschen und Trinkgläser fehlen auf den Stationen. Wer Durst hat, darf aus dem Waschkraum sich laues Wasser holen, das er in einer leeren Bierflasche auffängt. Will er das nicht, so

steht es ihm frei, in den Garten hinauszugehen und Brunnenwasser zu pumpen, was bei ungünstiger Witterung allerdings kein Vergnügen ist. Auch hier hat es erst des gemeinsamen Einpruches der Patienten bedurft, bis die Verwaltung sich bequeme, Aufstellung von Wasserkrügen und Trinkgläsern zu versprechen. Gewünscht wird noch manches andere, z. B. die Herrichtung besonderer Aufenthaltsräume, die Gewährung von mehr Tischen, die Anschaffung von Spielen (Dame, Puff usw.), vielleicht auch einer kleinen Bibliothek guter Bücher.

Die Unfall-Heilanstalt zu Wilhelmshagen wird von Zeit zu Zeit kontrolliert, nicht nur von der Verufsgenossenschaft durch ihren Vorstand, sondern gewiß auch von der staatlichen Aufsichtsbehörde durch ihre ärztlichen Vertreter. Einige der hier aufgezählten Mängel können den Kontrollierenden Personen unmöglich entgangen sein, aber offenbar sind sie von ihnen bisher nicht als Mängel empfunden worden. Man sieht, wie richtig es ist, daß die Insassen von Heilanstalten nicht auf die Vorsehung der revidierenden Aufsichtsinstanzen oder sonstiger einer Anstalt fernstehenden Personen warten, sondern sich zu entschlossener Selbsthilfe zusammen tun.

Zur Verschmelzungsfrage.

In einer vertraulichen Besprechung waren die Stadtverordneten von Wilmersdorf Montagabend im Rathaus versammelt, um zu der Verschmelzungsfrage Stellung zu nehmen. Daß bei dieser Gelegenheit die Auktionspolitik bei manchen der Herren obenauf war, versteht sich. Hörte man etliche elegische Reden, so mochte man glauben, daß die reine Liebe zur Scholle und nicht die Profitgier der Terrainbesitzer und sonstigen Grundstücksinteressenten kennzeichnet. Allerdings standen den Vertretern dieser Herren, die sich nur mit 20 Proz. Gewinn von dem vor Monaten, vielleicht auch vor Jahren erworbenen teuren Heimatsboden löstagen, diverse andere Stadtverordnete gegenüber, die es denn doch für geraten hielten, etwas weiter auszuschaun. Ihnen war allerdings auch an Schöneberg wenig gelegen. Dort ist die Arbeiterbewegung stärker als in Wilmersdorf, dort wird in der Stadtverordnetenversammlung Parteipolitik, ja sogar Sozialpolitik getrieben, und das berührt unangenehm. Der Vize dieser Stadtverordneten richtete sich nach Westen; kann Wilmersdorf die Nachbargemeinden Schmargendorf, Dahlem, Friedenau und Grunewald erhalten, dann will es auch Schöneberg als mageren Knochen mit in den Kauf nehmen. Auch war die Meinung vertreten, daß Charlottenburg mit heran müsse und daß so ein großes Gegen-Verein gebildet werden könne. Allerdings wurde hier der Zweifel wach, ob die Regierung sich zu dem einen „Wasserlopf“ noch einen zweiten als Objekt des Kampfes aufbieten oder ob sie nicht lieber nach der bisher geübten Methode des Teilens und Herrschens fortwursteln werde. Von sozialdemokratischer und demokratischer Seite wurde den Herren bedeutet, daß die Politik der verpackten Gelegenheiten, die Berlin in der Eingemeindungsfrage so schlecht bekommen sei, auch der Gemeinde Wilmersdorf einmal verhängnisvoll werden könne, und daß, was die Führung der Kommunalgeschäfte und die Sachlichkeit der Verhandlungen betreffe, die Stadtverordnetenversammlung von Schöneberg wohl immer noch den Vergleich mit Wilmersdorf ausfallen könne. Nach zweistündiger Erörterung kam man wenigstens dahin überein, daß in der öffentlichen Sitzung, die sich nächsten mit der Verschmelzungsfrage zu befassen haben wird, die Einsetzung einer gemischten Deputation empfohlen werden soll. Auch in diesem Falle zeigt sich wieder das oft zu beobachtende Schauspiel. Im Magistrat weiß man den kommunalen Fortschritt immerhin zu würdigen; die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung hingegen findet in ihrem kurzfristigen Egoismus einzig am Krähwinkelstandpunkt Gehagen.

Neue Bestimmungen für die Schweineausfuhr vom Berliner Viehhof. Bezüglich der Schweineausfuhr vom Berliner Viehhof ist, wie die „Allgemeine Fleischzeitung“ berichtet, soeben vom Königlichen Kreisrat im Einverständnis mit der städtischen Verwaltung des Vieh- und Schlachthofes eine neue Verordnung erlassen worden, welche bestimmt:

daß für alle zum Verkauf nach außerhalb verkauften Schweine künftig seitens der Verkäufer vorgegedruckte Scheine auszufüllen sind.

Diese Scheine sollen enthalten den Namen der Viehkommissionsfirma, den Namen des Viehhändlers, die Zahl der Schweine und die Ortsangabe, wohin die Schweine verkauft sind. Jeder Schein ist von dem Viehbedienten und von dem die Aufsicht führenden Polizeierarzt zu unterschreiben. Die Käufer oder Expedienten haben die ausgefüllten Scheine dem Polizeierarzt vom Dienst vorzuzeigen, der das Weitere veranlaßt. Bei der Ausfuhr per Wagen werden die betreffenden Scheine durch den Transportführer dem Expedienten abzugeben, bei Eisenbahntransporten sind die Scheine dem diensttunenden Polizeierarzt abzugeben. — Diese Verfügung tritt heute Mittwoch in Kraft.

Der glänzende Sieg des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen bei den am Sonntag stattgefundenen Kaufmannsgerichtswahlen liegt den Gegnern schwer im Magen. Die Deutsch-nationalen suchen ihre Niederlage so gut es geht zu verwinden; einer ihrer Vorkämpfer hat es sogar fertig gebracht, den Reinsfall in einen Sieg umzuwandeln. Darüber wird man nur ein mittelbäugiges Lächeln haben können. Der Reichs-Vereinsverein der Kaufleute führt seine Schlappe auf die Agitation des Zentralverbandes zurück, der die Art der Stellenermittlung des genannten Vereins gezeigelt hatte. Dann aber wird behauptet, daß bei der Wahl zahlreiche Personen mitgewählt haben, die niemals als Handlungsgehilfen gelten könnten, wie Einlassierer der Victoria, Bierkäufer usw. Wer einen Ausweis habe, daß er Handlungsgehilfe sei, werde zur Wahl zugelassen. Wenn die Firma das nicht bescheinige, der liebe sich von der Polizei den Stempel unter den Ausweis setzen. Bei zahlreichen Firmen würden die Ausweise in blanco unterschrieben und einem Angestellten ausgehändigt. Ein bestimmter Beweis für diese allgemeinen Behauptungen wird nicht erbracht. Es soll an den Magistrat das Urkunden gerichtet werden, eine Nachprüfung vorzunehmen und die Wahl für ungültig zu erklären. Außerdem will man auf die Aufstellung einer Wählerliste auch für die Gehilfen drängen. Die Niederlage muß doch sehr schmerzen, daß man nunmehr mit allen möglichen unkontrollierbaren Behauptungen austritt.

Das Kellamewesen in Berlin betrifft eine Entscheidung des Kammergerichts. Herr Mann hatte an einem Stadtbahnhof eine größere Kellerräume gemietet und davon ein Schild angebracht, das den Vorgefallenen zum Verkauf gestellten Grundstücks in einem Vorort enthielt. Er sollte dadurch die alte Platzverordnung für Berlin vom Jahre 1880 übertreten haben, wonach öffentliche Anzeigen auf öffentlichen Straßen und Plätzen nur an den zu diesem Zwecke bestimmten Vorrichtungen (Anschlagtafeln usw.) angebracht werden dürfen, abgesehen von einigen Ausnahmen. Er wurde in zweiter Instanz freigesprochen, weil eine dieser Ausnahmen hier gegeben sei. Das Landgericht meinte, es läme die Bestimmung jener Verordnung vom 26. Januar 1880 in Betracht, welche besagt: Es bleiben die Grundstücksbesitzer und Mieter berechtigt, Anzeigen, die lediglich ihr eigenes Interesse betreffen, an ihren Grundstücken oder Mieträumen anzuschlagen. Das Landgericht sah die vom Angeklagten gemietete Wand an dem Stadtbahnhof als einen Mietraum im Sinne der Verordnung an.

Das Kammergericht hob aber das freisprechende Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaligen Verhandlung an das Landgericht

zurück. Begründend wurde ausgeführt: Eine Fläche, die gemietet sei und nur zum Anschlagen in Frage komme, sei kein Mietraum im Sinne jener Verordnung von 1880. Zu einem Raum gehörten Ausdehnungen nach drei Richtungen. Das unterscheidet den „Raum“ von der „Fläche“ einer Wand, die nur zwei Dimensionen habe. Eine solche Fläche sei überhaupt kein „Raum“ im Sinne der Verordnung. — Das Landgericht habe ferner übersehen, daß hier überhaupt andere Bestimmungen in Frage kämen. Nämlich die §§ 93 und 94 der Berliner Straßenpolizeiverordnung vom 31. Dezember 1899, welche bestimmen:

„Zum Aufhängen und Aufstellen von Verkauf- und anderen Gegenständen an Gebäuden, Türen, Fenstern, Umzäunungen usw., die straßenwärts liegen, ist die polizeiliche Genehmigung erforderlich. Dasselbe gilt von Schaukästen, Aushängeschildern und anderen Anzeigegeräten des Gewerbebetriebes, der Kunst und Industrie, sobald sie so angebracht werden, daß sie von der Straße aus sichtbar sind.“

Hierunter fielen, so führte der Senat weiter aus, auch alle gemalten Anzeigen der erwähnten Art, sowie auch solche durch Lichterwerke und ferner die, welche durch Lichtbildapparate auf Flächen projiziert würden. Sie alle bedürften, sofern die zitierten §§ 93 und 94 zuträfen, der Genehmigung. Das Landgericht müsse nunmehr nachprüfen, ob Angeklagter für seine Anündigung eine Genehmigung gehabt habe.

Dem Eisenbahnzug überfahren. In der Nähe des Bahnhofes Riech-Nummelsburg wurde gestern morgen gegen 1/27 Uhr die Leiche eines etwa 40jährigen Mannes gefunden. Streckenarbeiter, die um jene Zeit die nahe dem Bahnhof belegene Karlsruher Brücke reparierten, fanden auf dem Ferngleise der schlesischen Strecke die Leiche eines Mannes, welcher der Kopf fehlte. Die sofort benachrichtigte Lichtenberger Kriminalpolizei entsandte Beamte nach der Unglücksstätte, die nach längerem Suchen den fast völlig deformierten Kopf, etwa 50 Meter von der Leiche entfernt, im Unterholz neben dem Bahndamm fanden. Die Behörde nimmt an, daß der Unbekannte in der Nacht in betrunkenem Zustande nach dem Bahndamm gegangen und dort vom Schlaf überwältigt auf den Gleisen niedergelunken ist. Die Lokomotive eines vorüberfahrenden Zuges hat dann den Unglücklichen überfahren und den Kopf desselben fortgeschleudert. Da bei dem Toten keinerlei Legitimationspapiere vorgefunden wurden, ist die Leiche befehlsgemäß und nach dem Schauhause übergeführt worden.

Mit der Aufklärung zahlreicher Pferdediebstähle ist seit einigen Tagen die hiesige Kriminalpolizei beschäftigt. In den letzten Wochen wurden in Berlin fortgesetzt wertvolle Pferde gestohlen. Teils wurden die Tiere aus den Ställen herausgeholt, teils von der Straße mit samt den Führern entführt. Die Ermittlungen der Polizei führten zu dem Ergebnis, daß die ganzen Diebstähle von einer organisierten Bande ausgeführt worden waren. Des Weiteren wurde festgestellt, daß die Diebe mit sogenannten „Pferdehiebem“ in Verbindung standen. Es war deren Aufgabe, die gestohlenen Pferde zu verhältnismäßig hohen Preisen zu verkaufen. Die „Schieber“, die sich den Anschein von Pferdehändlern geben, zogen nun mit den gestohlenen Tieren auf die Pferdewerke in der Umgebung Berlins. Auch versuchten sie mehrfach Pferde an Bauern los zu werden. Ein Berliner Kriminalkommissar ist nun seit Sonntag mit einigen Beamten auf einer Automobiltournee nach den nördlichen Vororten. Bisher konnte er bereits zehn der gestohlenen Pferde ansändig machen und mit Beschlag belegen. Die Betroffenen sind in diesem Falle die Käufer der Pferde. Sie mußten nämlich die Pferde wieder herausgeben und haben jetzt das Nachsehen. Zwei Mitglieder der Pferdediebstahlsbande konnten ermittelt und verhaftet werden. Ihre Komplizen wollen die Festgenommenen nicht kennen. Zweifellos ist, daß sämtliche Diebe in Berlin wohnen, während die „Verwickelten“ in den Orten der Umgebung der Reichshauptstadt zu suchen sind.

Ein aufregender Vorfall spielte sich im Vorortzug 303 zwischen den Stationen Gesundbrunnen und Pankow ab. Eine etwa 35 Jahre alte Frau, die den besseren Ständen anzugehören schien, stürzte in einem Abteil zweiter Klasse plötzlich vor den Augen der anderen Fahrgäste vom Postersitz herunter. Als man der Unbekannten Hilfe bereit entgegenkam, stellte sich heraus, daß sie bereits tot war. Ein Herzschlag hatte ihrem Leben so plötzlich ein Ende bereitet.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich Montagnachmittag gegen 6 Uhr in der Hakenstraße. Dort verließ die in der Hermannstraße 175 wohnende 17jährige Verkäuferin Martha Frese trotz der Warnung des Schaffners einen Straßenbahnwagen der Linie 89 während der Fahrt und kam zu Fall. Die B. stürzte so unglücklich auf das Straßenpflaster, daß sie bewußlos liegen blieb. In dem nahen Krankenhaus Halensee, wohin die Verunglückte übergeführt wurde, stellte der Arzt eine schwere Gehirnerschütterung und innere Verletzungen fest.

Einen Ueberlandflug hat gestern der 18jährige Flieger Bruno Jablonski nachmittags auf einer Wright-Maschine von Teltow nach dem Flugplatz Johannisthal gemacht. Trotz der starken Kälte bestieg der Pilot auf dem Teltower Flugplatz seine Maschine und erreichte in wenigen Minuten eine Höhe von 250 bis 300 Meter. In südöstlicher Richtung flog er auf Pankow zu, passierte Selenow und Eichwalde, kreuzte die wendische Spree und flog dann in östlicher Richtung auf die Müggelberge zu, die er in etwa 500 Meter Höhe überquerte. Nachdem der junge Flieger den Bismarckturn umkreist hatte, flog er in westlicher Richtung weiter und erreichte kurze Zeit darauf wohlbehalten das Johannisthaler Flugfeld.

Ein Dieb in der Kirche. Ein Handtaschendieb macht seit einiger Zeit die St. Pauluskirche der Dominikaner in Moabit unsicher. Erst kürzlich stahl er der Gattin eines sehr bekannten jungen Zentrumsabgeordneten während des Gottesdienstes eine Tasche, die eine Uhr enthielt. Zwei anderen Damen entwendete er Handtaschen mit Geld, die eine mit 107 M.

Ein gefährlicher Wohnungsbrand brach gestern vormittag gegen 10 Uhr in dem Hause Hausvogteiplatz 11 aus. Als die Feuerwehr aus dem Depot der Hauptkirche in der Lindenstraße anrückte, war die Situation recht bedrohlich. Das Feuer herrschte in einer kleinen Wohnung im zweiten Stock des rechten Seitenflügels und hatte eine starke Verqualmung herbeigeführt. Sowohl über die Hakenleitern wie auch über die mechanische Leiter drangen dann Sappeure nach den oberen Wohnungen vor. Gleichzeitig wurde mit einer Schlauchleitung Wasser gegeben. Zum Glück befanden sich in den Dachwohnungen keine Personen; zwei kranke Frauen, die sicher durch das Feuer in größte Gefahr geraten wären, hatten Ende voriger Woche in einem Krankenhaus Aufnahme gefunden. Die Abklärung des Brandes ging glatt vonstatten. — Fast gleichzeitig wurde die Bebr nach der S a a r b r ü c k e r S t r. 60 gerufen, wo eine geistesranke Frau aus dem Fenster springen wollte. Die Feuerwehr holte die Kranke aus der Wohnung heraus und übergab sie der Polizei. Es handelt sich um eine Schneiderin Howe, deren Schwester sich am Sonntagvormittag aus dem Fenster gestürzt hat.

Falsche Nordgerichte waren gestern im Nordosten der Stadt verbreitet. Die 49 Jahre alte unverheiratete Aufwärterin Olga Kühnel aus der Poltschenstraße 88 wurde in ihrer Wohnung tot aufgefunden und sollte, wie die Gerichte wissen wollten, einem Verbrechen zum Opfer gefallen sein. Wie festgestellt wurde, ist der Tod auf einen Herzschlag zurückzuführen.

Eine Schwindlerin treibt seit mehreren Wochen ihre Antwesen im Südwesten, indem sie Arbeit sucht bei Schürzennäherinnen, um als Schürzennäherin Hausarbeit zu bekommen. Als Legitimation weist

Ke einen Mietkontrakt auf den Namen Karl Verhahn, Schriftfieber, Poststr. 11, mit einem fingierten Hauswirtsnamen vor, worauf sie die Arbeit mit nach Hause nimmt. In zwei Fällen ist ihr der Schwindel bereits geblüht, wobei die Betroffenen arg geschädigt worden sind, da sie sich nicht wieder sehen lieh. Da von den beiden Geschädigten in der Sache bei Herrn Verhahn angefragt worden ist, werden wir gebeten, darauf aufmerksam zu machen, daß bei ihm keine Schürzen genäht werden und der Kontrakt gefälscht ist.

Großfeuer im Blücherhof.

Ein großes Schadenfeuer kam gestern abend 7 1/2 Uhr im Blücherhof in der Belle-Alliance-Straße 3 zum Ausbruch. Im vierten Stock des zweiten Luergebäudes befindet sich dort die Schablonenfabrik von Lange u. Co. Hier entstand das Feuer auf bisher ungelöschter Weise und breitete sich mit solcher Schnelligkeit aus, daß bei Ankunft des ersten Löschzuges schon die Hälfte der Etage in Flammen stand. Es wurde sofort eine Nachmeldung gegeben, worauf weitere Löschzüge zur Hilfeleistung herbeieilten. Sowohl in der Belle-Alliance-Straße, wie auch am Tempelhofer Ufer und in der Teltower Straße legten Dampfsprizen an, und bald waren über ein Duzend Schlauchleitungen in Aktion. Auf dem breiten und geräumigen Hofe wurde eine mechanische Leiter errichtet, um näher an den Brandherd gelangen zu können. In erster Linie galt es für die Feuerwehr, die übrigen Gebäude, namentlich das angrenzende Postamt 61, zu schützen. Trotzdem unausgesetzt gewaltige Wassermengen in die Flut geschleudert wurden, breitete sich der Brand immer noch aus, so daß immer neue Höhen vorgenommen werden mußten. Nach einstündiger angestrengter Löschstätigkeit konnte die Hauptgefahr als beseitigt gelten. Der vierte Stock ist vollständig ausgebrannt. Auch der darunter liegende Stock hat sehr gelitten. Neben der Firma Lange u. Co. soll auch die Tischlerei von Teifel u. Co. hart in Mitleidenenschaft gezogen worden sein. Unglücksfälle sind bei den Löscharbeiten nicht vorgekommen.

In der Lychener Straße 126 brannte vorher der Dachstuhl eines einstöckigen Gebäudes. — Im Kleinen Theater entstand gestern abend während der Vorstellung Kurzschluß in einer elektrischen Leitung auf der Bühne. Die anwesende Feuerwache beseitigte die Gefahr.

Der Bürger Karl Diemer, Georgenkirchstr. 36, ersucht uns mit Bezugnahme auf den in der gestrigen Notiz: „Ein abgefahreter Postspiegel“ genannten Kriminalbeamten Karl Diemer um die Mitteilung, daß er mit dem Manne nicht identisch sei, er wäre aber zu seinem größten Leidwesen öfter mit ihm verwechselt worden.

Von der Buchdruckerverammlung in der „Neuen Welt“ am Sonntagvormittag aus ist wahrscheinlich in dem Lokal von Martin, Rigdorf, Hermannplatz, oder auf dem Wege von dort nach dem Schleifischen Bahnhof eine schwarze Lederne Brieftasche, enthaltend nebst anderen Schriftsachen zwei Aktele-Rose Kreutz Lotterien und zwei Mitgliederkarten der Neuen freien Volkshöhe verloren gegangen. Da die Karten für den Finder keinen Wert haben, bittet der Verlierer denselben zwecks Abholung der Tasche seine Adresse anzugeben bei Mag. Meilville, N. 39, Schönwalder Str. 17.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zu dem Punkt: Wahl eines Ersten Bürgermeisters hatten die Liberale Vereinigung, die unabhängige Fraktion und die Sozialdemokraten beantragt, die Wahl auf vier Wochen zu vertagen, und den Antrag als dringlich zu behandeln. Nobel (lib. Frakt.) erhob gegen die Dringlichkeit Einspruch. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte erhielt zur Begründung des Antrages Genosse Mollekuhn das Wort. Es fragte sich, so betonte der Redner, ob Schöneberg selbständig existieren soll oder ob nicht doch die Vereinigung mit Wilmerdorf abgewartet werde, bevor zur Wahl des Stadthauptes geschritten wird. Solange die Eingemeindungsfrage schwebt, müsse die Bürgermeistertwahl vertagt werden, bis in beiden Gemeinden generell die Frage bejaht sei. Trete vordem ein neuer Bürgermeister in Funktion, so könne die Eingemeindung verzögert werden. Ob die preussische Regierung zustimmt und im Landtage ein derartiges Gesetz einbringt, sei ebenfalls abzuwarten. Darum müsse die Wahl vertagt werden.

Hierauf wurde in namentlicher Abstimmung der Vertagungsantrag mit 33 gegen 31 Stimmen abgelehnt und, wie wir bereits gestern mitteilten, Regierungsrat Dominicus aus Strahburg auf 12 Jahre zum Ersten Bürgermeister gewählt. Das Anfangsgehalt beträgt 20 000 M., steigend von drei zu drei Jahren auf 24 000 M. Zu der Mitteilung des Magistrats, daß dem Arbeiter-Turnverein eine Turnhalle nicht gegeben werden könne, äußerte sich Genosse Däumig. Redner meinte, wenn es kein Arbeiter-Turnverein wäre, hätte der Verein längst eine Turnhalle. In anderen Gemeinden sei man nicht so einseitig, dort gäbe man durch Errichtung eigener Turnhallen den jungen Leuten Gelegenheit, ihre Leibesübungen vorzunehmen zu können.

Genosse Ritter erbot, wenn es dem Magistrat ernst wäre, wirkliche ehrliche Arbeiterpolitik zu treiben, dann sei die Gelegenheit jetzt gekommen. Dem Magistrat könne jedoch der Vorwurf nicht erlipart werden, daß durch sein Verhalten viele junge Leute dem Alkoholisismus direkt in die Arme getrieben werden. Aus den Schulturnhallen würden die Arbeiter durch feige Demagogie hinausgetrieben; es sei Pflicht des Magistrats, dafür zu sorgen, daß dem Arbeiterturnverein aus den vorhandenen laufenden Mitteln eine Halle erbaut wird. Eine Antwort hierauf erfolgte nicht. Um die Sache jedoch vorwärts zu bringen, wurde ein dementsprechender Antrag angehängt. Nach der Wahl einiger nichtständiger Ausschüsse wurde der Vorlage, wonach das Schulgeld für die hiesigen höheren und mittleren Schulen wieder durch Voten eingezogen werden soll, da das Mitbringen des Geldes durch die Kinder zu viel Störungen und Unzuträglichkeiten geföhrt hat, zugestimmt.

Da die Wahl des Vorsitzers Grafen Ratuschka zum Mitglied der Schuldeputation die Bestätigung der Regierung nicht erhalten hat, wurde beschlossen, den Stadtverordneten Dr. Veil (lib. Frakt.) in Vorschlag zu bringen. Hierauf folgte eine geheime Sitzung.

Charlottenburg.

Niederlassen und tödlich veresht wurde in der Nacht zum Sonntag der etwa 20 Jahre alte Alex Baarg, der bei seinem Vater als Aufseher in der Mollerei im Hause Kesperstr. 2a tätig ist. Der junge Mann hatte am Sonnabendabend ein Vergiftungslokal in der Jungfernheide besucht. Als er gegen 3 Uhr nachts den Heimweg antrat, überfielen ihn einige Männer und vereshten ihm mehrere Stiche in den Hinterkopf. Blutüberflöhmt wurde er von Bekannten aufgefunden, die ihn nach einem Viertelmal in der Lauerogenerstraße brachten, wo er bis Sonntagnachmittag blieb. Da sich jedoch sein Zustand immer mehr verschlimmerte, wurde er auf Anordnung eines Arztes nach dem Krankenhaus gebracht, wo er nach kurzer Zeit verstorh.

Als Täter wurde in der gestrigen Nacht der 17 Jahre alte Fürsorgezögling Fritz Buge aus der Königinstraße veresht.

Rigdorf.

Eine Straßendiebstahl treibt gegenwärtig im Ort ihr Wesen. Als vorgestern abend gegen 7 Uhr die zehnjährige Tochter des Metallschleifers D. aus der Reichelsstraße für ihre Mutter Einkäufe machen wollte, trat in der Kaiser-Friedrich-Straße eine etwa 30jährige, gutgekleidete Frau an sie heran mit der Bitte, ihr doch aus einem nahe gelegenen Hause ein Paket abzuholen, sie wolle inzwischen die Markttasche halten. Als die Kleine auf diesen Vorschlag nicht eingehen wollte, entriß die Unbekannte dem Mädchen plötzlich die Tasche, ergriff die Flucht und entkam, ehe das erschreckte Mädchen ihr folgen konnte.

Wilmerdorf-Galensee.

Die Stadtverordnetenwahl.

Am Donnerstag, den 10. Februar, vormittags von 9 bis 2 Uhr und nachmittags von 4 bis 8 Uhr, findet im Lokal Kurfürstentpark für den ersten Wahlbezirk Galensee eine Nachwahl zur Stadtverordnetenversammlung statt, in der ein Hausbesitzer zu wählen ist. Da unseren Parteigenossen kein solcher Kandidat zur Verfügung steht, haben sie beschlossen, ebenso wie bei den Hauptwahlen im November vorigen Jahres zu handeln und dem demokratischen Kandidaten Ludwig Engelmann, Kafanenstr. 65, ihre Stimme zu geben. Es muß auf alle Fälle die Wahl eines Kandidaten verhindert werden, und daher empfiehlt es sich, bei der Arbeiterkassette des Bezirks nach Kräften für den demokratischen Kandidaten einzutreten. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, wird Dr. Breitscheid in einer im Johann-Georg-Haus, Johann-Georg-Straße 19, stattfindenden Versammlung über die Bedeutung der Wahl sprechen; die Parteigenossen und Genossen haben beschlossen, diese Versammlung möglichst zahlreich zu besuchen.

Steglitz.

50 wahlberechtigte Arbeitnehmer und 10 Arbeitgeber hatten sich bis vorigen Montag erst in die Wählerlisten zur Gewerbegerichtswahl eintragen lassen. Aus diesen bedauerlich geringen Zahlen muß man schließen, daß die organisierten Arbeiter den Hinweis nicht beachtet haben, daß jeder Wahlberechtigte sein Wahlrecht verliert, der keinen Antrag auf Eintragung in die Wählerliste stellt. Deshalb ist es höchste Zeit, das Verzeichnis sofort nachzuholen, denn die Liste wird am Donnerstag, den 16. d. M., abends 7 Uhr, geschlossen. Mündliche oder schriftliche Anträge können noch heute und morgen von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und von 5 bis 7 Uhr abends im Hause Schloßstraße 36, Zimmer Nr. 24, gestellt werden. Parteigenossen, die im Auftrag von hier wohnenden Freunden oder Bekannten deren Eintragung veranlassen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß Altersangabe der Eintragenden verlangt wird. Wer verhindert ist, seine Eintragung in die Liste selbst zu bewerkstelligen, kann dies durch die Genossen Pöckel, Restaurateur, Rommensestr. 7, und Clement, Düppelstr. 4, besorgen lassen.

Lichtenberg.

Herr v. Mantuffel — — —

Am 10. Januar er. beschäftigte das Lichtenberger Stadtparlament der Fürsorgeanstalt Döring. Der Landesdirektor Herr v. Mantuffel fühlte sich durch die Kritik bedauert und gab zu seiner Entlassung der Öffentlichkeit eine Erklärung der — Irreführung. Herr v. Mantuffel berichtete unterm 24. Januar also:

„Irgendwelche Beswerden über die Behandlung der Frida Döring oder darauf bezügliche Anfragen dritter Personen sind nicht zu den Akten der Provinzialverwaltung gelangt. Die Behauptung, wonach solche Personen 6 Wochen ohne Antwort gelassen worden sein sollen, ist also unrichtig, ganz abgesehen davon, daß die fraglichen Vorgänge bei weitem nicht so lange zurückliegen. In der erwähnten Fürsorgeerziehungsanstalt sind alle irgendwichtigen Verfügungen am Tage des Eingangs getroffen und ausgeführt worden; es hat also ein an Promptheit nicht zu überbietendes Geschäftsverfahren Platz gegriffen.“

Der Bericht des „Vorwärts“ vom 22. Januar gibt die Ausführungen uneres Redners wie folgt richtig wieder:

„Betreffs des Fürsorgezögling, der unglücklichen Frida Döring, habe er sich vor zirka einer Woche an den Landesdirektor v. Mantuffel gewandt mit dem Ersuchen, näheres über den Aufenthaltsort der Frida Döring zu erfahren, da er noch Kleidungsstücke derselben in Verwahrung habe und er dieselben abliefern wolle. Bis heute habe er noch keine Antwort; er glaube, es wäre ergeblich schneller gearbeitet worden, wenn es sich um den verkommenen Sohn eines preussischen Junkers gehandelt hätte.“

Zu der Verächtigung des Herrn v. Mantuffel bemerkte der „Vorwärts“ am 26. Januar folgendes:

„Wenn keine „Anfragen dritter Personen“ zu den Akten gelangt sind, dann muß der Herr mal — daneben suchen. Wie durch Registraturanweisung und Zeugen bewiesen werden kann, ist unterm 18. Januar ein Schreiben an ihn abgegangen. In der Stadtverordnetenversammlung ist nicht von sechs Wochen, sondern von einer Woche unter Angabe der Daten gesprochen worden.“

In einem Schreiben vom 24. Januar an den Magistrat der Stadt Lichtenberg macht der Herr Landesdirektor dann folgendes Eingeständnis:

„Am 14. d. M. ging seitens des Stadtverordneten Düwell die Anzeige ein, daß in seiner Wohnung die Eigentumsstücke des Zögling zurückgelassen seien; da hiermit das Ersuchen verbunden war, entweder den jetzigen Aufenthalt des Mädchens mitzuteilen oder die fraglichen Sachen abholen zu lassen, ist nunmehr der bisherige Fürsorger mit einem Auftrage letzterer Art beauftragt worden.“

Also der Herr gibt Briefe nicht zu den Akten und erklärt dann, es ist nichts dazu gelangt; er behauptet weiter, die Angelegenheit sei prompt erledigt worden und gibt nach zehn Tagen Auftrag, das zurückgelassene Eigentum eines Fürsorgezögling abzuholen.

Wahrlich, eine überwältigende — Objektivität. Gründliche Antwort wird Herr v. Mantuffel am Donnerstag in der Stadtverordnetenversammlung erhalten.

Friedrichshagen.

Wegen eines Stillschließungsverfahrens an einem zehnjährigen Mädchen wurde vorgestern der 45-jährige Gelegenheitsarbeiter Bernhard König festgenommen. Der Inobold hatte die zehnjährige Tochter einer Bekannten in seine in der Rahnendorferstraße belegene Wohnung gelockt und sich dort in Abwesenheit seiner Frau an dem Kinde in schrecklichster Weise vergangen. Von der Mutter des Kindes, der das lange Ausbleiben ihrer Tochter verdächtig vorkam, wurde der Wüstling überrascht und auf ihre sofortige Anzeige veresht. Das bedauerndwerte Kind befindet sich in ärztlicher Behandlung.

Erkner-Woltersdorf.

In einer imposanten Volksversammlung referierte am Sonnabend in Fangschleuse der Abgeordnete des Kreises, Genosse Artur Stadthagen über: „Die nächsten Reichstagswahlen.“ Die an den politischen Sünden des schwarzblauen Bloßes sowie an den letzten Vorgängen in Raabitz, Wedding und dem Eßener Reinheitsprozeß geübte vortreffliche Kritik des Redners fand bei den Versammelten ein lebhaftes Interesse. Als Genosse Stadthagen am Schluß seiner Ausführungen auf die Bedeutung der nächsten Wahl hinwies und zu unermüdlicher Agitation zu derselben aufforderte, quittierten die Anwesenden mit großem Beifall.

Vohndorf.

Zu der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins hielt zunächst Genosse Groger einen interessanten mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die politische Lage und die gegnerischen Parteien“. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats. Den Kassenbericht des zweiten Quartals erstattete Genosse Paul. An Einnahme sind zu verzeichnen inklusive des am 1. Oktober vorhandenen Kassendefizites von 49,38 M., insgesamt 181,54 M. Dem steht eine Ausgabe von 157,71 M. gegenüber. Als Delegierte zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Koller und Weigensee, zur Verbandsgeneralversammlung Koller und Wilde gewählt. Lebhaftige Diskussion rief ein Antrag der Genossen Weigensee und Wollschläger hervor, der dahin geht, daß der Kreisvorstand bei Beitragserhöhungen eine Abstimmung vornehmen muß. Die Majorität stimmte dafür, daß der Antrag der Kreisgeneralversammlung unterbreitet werden soll. Ebenfalls lebhaft diskutiert wurde über die Teilnahme an dem von der Schule veranstalteten Elternabend im gewöhnlichen Lokal von Schulz in Vohndorf. Es ward einstimmig der Wunsch geäußert, auf keinen Fall die Sperrung zu durchbrechen.

Pantow.

Die Gemeindevertretung hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, an das Abgeordnetenhaus eine Petition zu richten, an-

läßlich der Beratung des Zwangsverbandsgesetzes die Stadtvergebung von Pantow beschließen zu wollen mit der Maßgabe, im Kreise zu verbleiben bis zur Erreichung einer Seelenzahl von 60 000 und einer freiwilligen Abfindung.

Weißensee.

Die Erlangung der Stadtrechte will auch Weißensee anstreben. Eine eigens zu dieser Frage einberufene Gemeindevorsteherkonferenz fügte den einstimmigen Beschluß, Petitionen um Erlangung der Stadtrechte an die gesetzgebenden Körperschaften einzureichen. Der Bürgermeister Dr. Weick begründete an der Hand reichlichen Materials die Petition, und die einzelnen Funktionäre stimmten dem zu. Von unserer Seite gab Genosse Landmann die Erklärung ab, daß schon die Befürchtung des Stimmrechts des Hausbesitzes um ein Viertel für uns maßgebend sei, die Stadtrechte zu erwerben; ferner wünschte er, daß die Bürgerkassette dafür Sorge treffe, daß vereshtene Herren als Stadtverordnete nicht wieder auf dem Plan erscheinen mögen. Die letzten Ausführungen hatten Herrn Weg so in Harnisch gebracht, daß er glaubte, auf der Stelle schon eine Stadtverordnetenandabandabrede loszulassen.

Die Unterkommission der Gewerkschaften Weißensees nahm in ihrer letzten Sitzung unter anderem den Jahresbericht des Obmannes entgegen. Sodann wurden als erster Obmann Genosse Emil Rich, Daeschner, Holzarbeiter, als zweiter Obmann Genosse Emil Woldt, Gärtner, als Schriftführer Genosse Ernst Hartmann, Buchdrucker gewählt. Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Rich, Daeschner, Sedanstr. 50, vorn 2 Treppen, zu senden.

Sankt Bureaukratie im Krankenhaus. Uns wird geschrieben: Vor einigen Tagen wurde ein Mitglied der hiesigen Ortskrankenkasse wegen starken Lungenleidens nach dem Krankenhaus veresht; die Angehörigen besorgten einen Krankenwagen und sicherten dem Kranken auch einen Platz im Krankenhaus. Leider vergaßen sie, sich den Aufnahmemeinern von der Krankenkasse zu besorgen, sie traten, nur mit dem Hauskrankenschein versehen, den Weg an. Die Aufnahme des Kranken wurde aber nicht eher gestattet, bis der Aufnahmemeinern zur Stelle war. Aus dem Hauskrankenschein war ersichtlich, daß der Kranke Mitglied der Kasse war und schon fünf Wochen unteresht worden ist. Der Kranke mußte, im Krankenhaus liegend, auf der Straße warten, bis der Aufnahmemeinern besorgt war. War es durchaus notwendig, daß man den Patienten wegen dieser Formalität in der rauhen Luft verweilen ließ?

Spandau.

Arbeiter-Samariterkolonne. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Böhle: Vortrag über „Knochenbrüche, Verrenkungen und Verstauchungen“. Gäste willkommen.

Rowatved.

In dem Normalbesoldungsplan für die Leiter und Lehrer der gewerblichen Fortbildungsschulen, dem die letzte Gemeindevorsteherkonferenz ihre Zustimmung erteilte, sind folgende Besätze festgesetzt: Hauptamtliche Leiter und Lehrer, die aus der Volksschule hervorgehen, erhalten die für dieselbe geltenden Sätze und eine Funktionszulage von 600 bzw. 500 M., d. h. der hauptamtliche technische Leiter 4200—6000 M., steigend in zwölf Dienstjahren um 600 M. in dreijährigen Perioden und 600 M. Nichtamtliche Lehrlinge; hauptamtliche technische Lehrer 2400—4800 M., steigend in 24 Dienstjahren um je 300 M. in dreijährigen Perioden, und 500 M. Nichtamtliche Lehrlinge.

Die zwecks Erlangung eines höheren Staatszuschusses sich notwendig machende Erhebung von Schulgeld für die Fortbildungsschüler soll vom 1. April d. J. ab zu folgenden Sätzen erfolgen: Von Lehrern der Gewerbesteuersklasse IV 1,80 M., der Klasse III 3 M., der Klasse II 4,80 M., der Klasse I 6 M., pro Jahr und Schüler. Freiwillige Schüler haben 1,50 M., pro Jahr zu zahlen. Die Zahlung hat vierteljährlich an den Steuerterminen zu erfolgen. Dem gewerbesteuerfreien Betrieben wird Schulgeldfreiheit gewährt.

Neber die Reichstagswahlen referierte am Donnerstag in einer sehr gut besuchten, von unserer örtlichen Parteileitung einberufenen öffentlichen Versammlung, die auch von vielen Bürgerlichen besucht war, Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Frank aus Rammheim. Der stürmische Beifall am Schluß zeigte dem Referenten, daß er den Anwesenden aus der Seele gesprochen. — Nachdem der Vorsitzende, Genosse Krophberg, nochmals kurz auf die bevorstehenden Wahlen hingewiesen, schloß er die Versammlung mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Als Leiche wurde am Sonntag aus dem Wannsee von einem Angler der hier Anfang voriger Woche plötzlich verschwundene hiesigjährige alleinstehende Webegewisse gelandet. Als Motiv, weshalb der alte Mann den Tod gesucht haben soll, werden Raubzugsorgane vermutet.

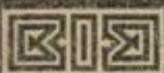
Eine außerordentliche Sitzung der Gemeindevertretung beschäftigte sich hauptsächlich mit der Überlegung der Eisenbahn. Der Sitzung ging eine örtliche Besichtigung des von der Eisenbahn benötigten Terrains in der Regowstraße voraus. Zunächst handelte es sich um Entausch von Gelände mit der Eisenbahnverwaltung und Verlesierung der Fahrwegunterführung an der Bölow- und Horkstraße um 18 Meter nach Osten. Die Gemeindevertretung wünschte die Unterführung am östlichen Ende des Bahsteiges, am Schnittpunkt der Hork- und Bölowstraße. Nach Angabe der Eisenbahnverwaltung können die dadurch bedingten Kosten von 7000 M. auf etwa die Hälfte herabgesetzt werden, wenn von dem Fußsteig entsprechendes Gelände abgetreten wird. Die Gemeindevertretung ist hierzu bereit, wenn für den Fußsteig dieselbe Breite wie in der Schulstraße verbleibt. — Den nächsten Verhandlungspunkt bildete die Verlesierung der Sabelsberger Straße. Die Gemeinde hatte bei Abschluß des Vertrages über die Überlesierung der Eisenbahn sich verpflichtet, die von der Eisenbahnverwaltung fertig verlegte Straße zu übernehmen und zu pflastern, falls die Verlesierung in zwei Jahren erfolgt. Da nun die Eisenbahnverwaltung eine Verlängerung der Frist um zwei Jahre verlangt, beschloß die Gemeindevertretung, dem nur unter der Bedingung zustimmen zu können, daß die Frist für die von der Gemeinde zu zahlende Beitragssumme von 100 000 M. gleichfalls um zwei Jahre hinaufgeschoben wird. Das zur Verlesierung der Straße erforderliche Gelände will die Gemeinde nach Ankauf der Rüster- oder Schulwiese gegen Entschädigung des Grundstückes zwischen Rütke und der Krusen Straße sowie gegen Überlesung des Eigentumsrechtes an der Bergstraße der Eisenbahnverwaltung zur Verfügung stellen.

Aus dem Ergebnis der letzten Volkszählung ist folgendes Bemerkenswert: Die Einwohnerzahl beträgt 23 754, davon 11 596 männliche und 12 158 weibliche Personen, die sich insgesamt auf 13 verschiedene Religionsgesellschaften verteilen. Neben 21 214 Evangelischen, 627 Katholischen und 1894 Katholiken sind 228 Dissidenten resp. Religionslose vorhanden. Die Einwohnerzahl hat seit 1905 um 429 oder 2,56 Prozent zugenommen. Vereshtete Wohnhäuser sind vorhanden 1366 (1905: 1246), unbewohnte 16 (23).

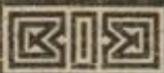
Antisther Marktbericht der hiesigen Marktbauden-Direktion über den Preisverlauf in den Zentral-Marktblättern. Markttag: Freitag; Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Wild: Zufuhr ausreichend, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise unverändert. Gellägel: Zufuhr mäßig, Geschäft still, Preise fast unverändert. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise nachgebend. Gatter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Säfte: Zufuhr reichlich, Geschäft etwas lebhafter, Preise wenig verändert.

Briefkasten der Redaktion.

E. 1568. 1. Die Strafe kann vermerkt werden. 2. Anspruch haben nur Organisierte. 3. Kann aber auch Unorganisierten Bestand geleistet werden. 4. Nur auf Postgen. 5. Das kommt darauf an, welches



Todes-Anzeigen



Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berl. Reichstagswahlkreis.
Bezirk 61.
Am 11. d. M. verstarb unser Mitglied, der Stukkateur
August Goltsch
Steinmühlstraße 14 (Witten).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 Uhr von der Halle des Zentral-Friedhofes, Friedrichsfelde, aus statt. 210/8
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am Sonntag, den 12. Februar 1911, entschlief nach fünfjährigem schwerem Krankenlager unser lieber, guter Sohn, Bruder und Schwager, der Zigarettenmalerschiff
Albert Frenzel.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Die trauernden Eltern,
Brüder und Schwägerin,
Karlshorst, Dresden, Kadebeul.

Sozialdemokrat. Wahlverein für den 3. Berl. Reichstagswahlkreis.
Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Schloffer
Albert Frenzel
Brüderstr. 10a (Bezirk 275) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Februar, nachm. 3 Uhr, auf dem Anstalts-Friedhof in Dalldorf statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis. Stralauer Viertel.
Bezirk 228, Teil I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter
Emil Welke
Höckerstraße 32 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Ahrensfelde aus statt. 216/1
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter
Emil Welke
am 13. Februar an Herzleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Ahrensfelde aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
112/2 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser, Weißbinder und Stukkateure Deutschlands.
Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntag, den 19. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 7):
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kassen- und Geschäftsbericht für das 4. Quartal 1910 und Jahresbericht.
2. Wahl des ersten Bevollmächtigten, zweiten Kassierers, ersten Schriftführers und eines Revisors.
3. Kassenangelegenheiten.
149/3 Die Ortsverwaltung.

Oeffentlicher Vortrag für Damen und Herren
Donnerstag, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale der Brauerei Patzenhofer, Moabit, Turmstr. 25/26. Referent: Dr. med. Magnus Hirschfeld. — Thema: „Heber die Gefahren der geschlechtlichen Unwissenheit“. — Freie Aussprache. — Fragenbeantwortung. Eintritt 20 Pf. 122/8
Es ladet zu diesem interessanten und belehrenden Vortrage nur Erwähnung ergebenst ein.
Der Vorstand der Gesellschaft für vollständige Vorträge.

Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Berlins.
(G. S. Nr. 88.)
Donnerstag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Dreher, (Schiller Feld), Weinstraße 11:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Rechnungslegung pro 1910. 2. Neuwahl des gesamten Vorstandes.
3. Neuwahl des Aufsichtsrates und der Krankenkassendirektoren.
Wir ersuchen um recht zahlreichen Besuch.
187/2 Der Vorstand: Karl Butry.

Am 13. Februar, 8 Uhr abends, verschied nach jahrelangen Leiden der Metallgießer
Carl Rancke
Blumenstraße 76
im 77. Lebensjahre.
Hermann Rancke.
Anna Baumert geb. Rancke.
Die Beerdigung findet am Freitag nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 130/8

Zentral-Verband der Schmiede.
Verwaltungsstelle Berlin.
Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Wilhelm Gärtner
im 60. Lebensjahre nach langem, schwerem Leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwochs, den 15. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Andreas-Friedhofes in Wilhelmshagen aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.
176/5 Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Groß-Berlin. Bezirk Johannisthal.
Am 12. Februar verstarb unsere Kollegin
Eise Neumann
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. Februar, nachmittags 4 Uhr, von dem Leichenhaus Koonstr. 10 aus statt.
68/5 Die Ortsverwaltung.

Am Sonntag, den 12. d. Mts., verstarb nach langem, schwerem Leiden unser langjähriger Mitarbeiter, der Anleger
Paul Dankel
im 49. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Papst-Kirchhofes, am Pflügen, aus statt. 134/8
Das Personal der Buchdruckerei H. S. Hermann.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am 12. Februar starb nach schwerem Leiden im Alter von 49 Jahren unser Kollege, der Anleger
Paul Dankel
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Papst-Kirchhofes aus statt. 27/4
Die Ortsverwaltung Berlin.

Hiermit erlassen wir die traurige Nachricht, daß am 13. Februar erfolgten Tod unseres Bruders und Vaters, des Schriftsetzers
Ernst Neumann
anzugehen.
Eine Beerdigung findet nicht statt, da nach dem Willen des Verstorbenen der Leichnam der künftl. Anatomie übergeben wird.
Eine Gedächtnisfeier für den Verstorbenen findet am Freitag, 17. Februar, abends 9 Uhr, bei Keller, Kopenstr. 29, statt. 133/8
Franz Neumann, als Bruder, Reinhold Schröder, Kopenstr. 24.

Am Montagmorgen 1 1/2 Uhr verschied nach langen, schweren Leiden meine innigstgeliebte Frau
Agnes Siebert
geb. Bövy
im 54. Lebensjahre.
Um stille Teilnahme bittet der trauernde Gatte
Hermann Siebert, Maurer,
Große Frankfurter Straße 127.
Die Beerdigung findet am Donnerstagnachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 135/8

Dankagung.
Für die herzliche Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Tochter und Schwester **Kaula** lagen wir allen Verwandten, Bekannten, Kollegen und Kolleginnen der Firma Belsa-Reford unseren herzlichsten Dank.
Familie Otto.

Dankagung.
Für die herzliche Teilnahme und Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben Ramms
Gottfried Amling
sage ich allen, insbesondere dem Verbands der Brauerei- und Röhrenarbeiter und den Kollegen und Angestellten der Brauerei Gabriel u. Jäger meinen herzlichsten Dank.
23/13
Wwe. Emilie Amling nebst Kindern.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau
Hedwig Kollhoff
sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, wie auch den Angehörigen vom Bismarck-„Vorwärts“ meinen herzlichsten Dank.
Karl Kollhoff.

Haben Sie Stoff?
ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, modern, Zutaten von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, II. (Schulld. Bärs.)



Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. N. Gahisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
W. G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.
O. R. Göttsch, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Kopenstr. 83. R. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 120.
NO. 2. Jucht, Immanuelstr. 12. J. Reul, Sarnimstr. 42.
N. D. Baumann, Bernauer Str. 9. F. Trapp, Stettiner Str. 10. Karl Mars, Wagners Str. 121. Karl Weike, Kasarstr. 49.
S. Vogel, Lohringstr. 37. H. Fieg, Invalidenstr. 124.
L. Dechand, Rubenplatz 24.
NW. Karl Anders, Salzweberstr. 8. Bedert, Goltzowstr. 29.
SW. F. Werner, Gneisenaustr. 72. Tschu, Hagenberger Str. 27.
S. E. Grün, Prinzenstr. 31. F. Gutschmidt, Rotdübener Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lützowplatz 14/15. V. Herich, Engelauer 15.
Adlershof. Karl Schwarze, Hofmannstr. 9.
Baumschulenweg. S. Hornig, Rarientalerstr. 13. L. Borsigwalde. Paul Kienast, Hähnstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Schürberg, Seelenbender Str. 1. Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau. Franz Klein, Bahnhöfstr. 6. III.
Johannisthal. Helde, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
Karlshorst. Richard Rüter, Köpenicker Str. 11.
Köpenick. Emil Wähler, Kiebitzstr. 6. Laden.
Lichtenberg. Otto Seifert, Kronprinzenstr. 4. I. Nieder-Schöneeweide. Max Friede, Dreier Str. 14 II.
Nowawes. Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneeweide. Bader, Wilhelmshagenstr. 17.
Rixdorf. W. Heinrich, Redarstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50.
C. Mohr, Siegfriedstr. 28/29.
Rummelsburg. A. Rojentranc, Mi-Bogdaner 56.
Schöneberg. Wilhelm Bäumer, Martin-Luther-Str. 51 im Laden.
Spandau. Köppen, Jagowstr. 9.
Steglitz. S. Benise, Schloßstr. 119.
Tempelhof. Albert Thiel, Berliner Str. 41/42.
Treptow. Robert Gramann, Tiefholzstr. 412. Laden.
Weißensee. Rudmann, Sedanstr. 105. Zähler. König-Chaussee 39a.
Wilmerdorf. Paul Schuber, Hoesenbau 26, Hof parterre.
Pankow. Otto Rihmann, Kühlenstr. 30.
Reinickendorf. P. Gurich, Kamekestr. 12.

OXO
Bouillon Würfel
der
Liebig Gesellschaft
liefern
schnell und billig
eine Tasse
gute
Fleisch-
brühe.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garant. Teils wöchentl. 1 M. Plomben 1,50 M. Fast vollk. schmerzlos. Zahnziehen. Um- arbeitsung schlecht sitzender Gebisse Reparaturen sofort.
Zahn-Arzt Wolf, Potsdamer Str. 55. (Hochbahnst. Bülowstr.) 8-7.

Malchower Kautabake
Nur echt, wenn mit Zettelleinlage
Johann Dannehl, Malchow.
Generalvertrieb durch **Carl Röcker,**
VII 3861. Berlin O 27, Grüner Weg 112.

Mittwoch und Donnerstag sollen
300 neuste Frühjahrs-Kostüme Modelle und Reismuster 1911 d. konst. T. 21, 30, 48, 61 bis 100 kosten
z. T. Nr 20, 30, 36, 42 bis 100
200 neuste Ulster letzte Frühjahrsmodelle 1911, mit angereichertem Futter und auf Seide gearbeitet d. konst. T. 30, 48, 60 bis 135 kosten
z. T. Nr 28, 38, 48 bis 78
Westmann, Mohrenstr. 37a, nahe Jerusalemstr. bei Gr. Frankfurter Str. 115, nahe Andrasstr. verkauft werden.

Einsegnungs-Kleider in grosser Auswahl.
Die noch vorhandenen Winterbestände in
Sealplüschmänteln (orig. engl. Lister & Co. Velours du Nord etc.),
Theatermänteln, Gesellschafts-Kleidern, Kostümen, Röcken, Blusen, Pelzmänteln, Kollern, Muffen in Persianer, Nerr, Skunks, Tibet etc. in noch sehr grosser Auswahl
werden zu jedem nur irgend annehmbaren Preise abgegeben
Die Preise waren z. T. 25, 33, 45, 55, 70, 90, 120, 150 bis 1500 und sind jetzt 6 1/2, 9, 11, 15, 18, 25, 36, 45 bis 450
Alle Weiten, alle Grössen vorrätig.

Orts-Krankenkasse für das Tapezierer-Gewerbe zu Berlin.

Auf Grund des § 65 des Statuts geben wir den Mitgliedern und Arbeitgebern bekannt, daß die in der Generalversammlung vom 11. November 1910 beschlossene fünfte Abänderung des Statuts betreffend den § 42 durch Beschluß des Bezirksausschusses vom 17. Januar 1911 genehmigt worden ist und vom 1. Januar cr. ab in Kraft tritt.
Druckexemplare dieser Abänderung gelangen im Kassenlokal zur Verteilung. 271/8
Berlin, den 11. Februar 1911.
Der Vorstand.
S. Lohse, Vorsitzender.

Fett ohne Schwarte
und ohne Wagerfleisch 60 Pf.,
2 Pfund 1.15 Mark.
Poln. Bratunsk 90 Pf., als Beigabe zum Rot- und Grünschl.
Vorzügl. gewürzte Rot- und Sebrunsk. 90 Pf., 2 Pf. 95 Pf.
F. Nietsch, Friedrichstraße 248, Wilhelmstr. 109-110.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Musier-Coupons-Resie,
wunderbare Frühjahrs-Neuheiten für Anzüge, Ulster, Kostüme etc. Meter 3.-, 4.-, 5.-, Sirichbar-Laden, imprägniert für Wetter-Ferien, Meter 1.50, 2.-, Tuschler Gertrudstr. 20-21, Koch & Seeland, Gesellschaft m. B., v. d. - u. d. Petrikirche

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-Strasse 37a (2. Haus von der Jerusalem-Strasse).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andrasstraße).
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schieler etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre z. äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Haarverfertigung in 10 bis 12 Stunden.

Soeben erschien in 6. Auflage:
DIE HEILUNG DER SYPHILIS durch EHRlich-HATA 606. Wicht. Aufklärungsbuch für Gesunde und Kranke v. d. bek. Arzt u. Hochschuldok. Dr. H. Zitel. Für M. 2,- franko durch d. Medizin. Verlag E. Schweizer & Co., Berlin NW. 87a.

Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115/1, a. Orab.
Frack-Ver. Eleg. Frack, Gebrod 1,50, Hefe 1,00, Beste 50 Pf.

Sie sparen
Zeit und Geld und haben keinen Verdruss bei regelmäßigem Gebrauch von
Dr. Thompson's Seifenpulver

Erstklassige Herrengarderobe
nur nach Maß anerkannt best. Ausführung, garantiert tadelloser Sitz. Befert an Herren in geöffn. Position auf Teilzahlung zu Kassapreisen monatlich 10 M., wöchentlich 2,50 M.
Martin Katz,
Schneidemeister,
76 Dresdener Straße 76 nahe Thalia-Theater.

Die Welträtsel.
Gemeinverständl. Studien über monistische Philosophie.
Von
Ernst Haeckel.
Mit Nachträgen zur Begründung der monistischen Weltanschauung.
Preis 1.- Mark.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68
Lindenstraße 69 (Laden).

Kaufmannsgerichtswahl.

Heute Mittwoch, den 15. Februar, von 12 Uhr mittags bis 4 Uhr nachmittags findet die Wahl der Arbeitgeber-Beisitzer statt.

Die Wahllokale und die Parteilokale, von denen aus die Wahlarbeit geleistet wird, sind aus dem gestern veröffentlichten Tableau ersichtlich.

Kein Parteigenosse darf der Stimmabgabe fernbleiben. Die Genossen, welchen es die Zeit erlaubt, besonders aber diejenigen, welche sich wirtschaftlicher Selbständigkeit erfreuen, werden ersucht, wie stets, Wahlhilfe zu leisten und sich in den gestern bezeichneten Parteilokalen von 11 1/2 Uhr mittags an einzufinden.

Unsere Liste trägt die Nummer 2 (sozialdemokratische Arbeitgeber). Stimmzettel sind in den Parteibureaus und vor den Wahllokalen erhältlich. Der Aktionsausschuss.

Die wirtschaftliche Lage der Berliner Caféhausangestellten.

Obgleich alljährlich Zehntausende von Caféhausbesuchern mit dem dort beschäftigten Personal in Verührung kommen, ist über die ekende wirtschaftliche Lage derselben im ganzen noch wenig bekannt. Man weiß im allgemeinen nur, daß die Kellner keinen oder nur geringen Lohn erhalten, daß sie auf das Trinkgeld der Gäste angewiesen sind und daß auch das übrige Personal schlecht entlohnt wird und eine überaus lange Arbeitszeit zu absolvieren hat.

Ueber die Lohnverhältnisse wird folgendes mitgeteilt: Die „Kellner“ erhalten weder Lohn noch sonst irgend eine Entschädigung. Von den 703 „Kellnerinnen“ (das sind solche Kellner, denen ein bestimmtes Revier zur Bedienung zugewiesen wird und die auch von ihren Gästen die Zechen einzulassen haben) erhielten nur 151 in zehn Betrieben zusammen die Summe von 27000 Mark an Lohn. Von den 234 „Zuträgern“ (das sind Gehilfen der Zahl- oder Revierkellner, die nicht das Recht des Kassierens haben) wurden von den Unternehmern aber nur 129 und zwar insgesamt mit 62940 M. jährlich bezahlt.

Wie sieht es mit dem, was die in den Cafés beschäftigten Kellner an Zuschüssen, „Draufgeld“ an die Zuträger, Abgaben usw. an ihre Herren Prinzipale abführen müssen? Mit den oben aufgeführten Löhnen können die Zuträger, die Trinkgelder so nicht erhalten, natürlich nicht auskommen. Die Zahl- bzw. Revierkellner sind gezwungen, ein Draufgeld an jene zu zahlen. Nach den Ermittlungen wurden auf diese Weise nicht weniger denn 280 000 M. im Jahre an die Zuträger bezahlt. Die von den Unternehmern eingestellten Hilfskräfte werden also zum größeren Teil von den älteren Kellnern entlohnt. Dazu kommen aber noch ganz erhebliche Abgaben direkt an den Unternehmer, zunächst die sogenannten „Prozente“.

In der Regel müssen die Kellner auch für den gesamten Verbrauch aufkommen. Meist treiben die Unternehmer jeden Tag eine bestimmte Pauschale von den Kellnern dafür ein, gleichgültig, ob etwas zerbrochen wurde oder nicht. Eine solche Pauschale wurde in 60 Betrieben mit 377 Kellnern und zwar in der Höhe von je 20 Pf. bis 1 M. täglich erhoben, was zusammen die Summe von 61 743 M. ergab.

Sodann wird von den Kellnern in vielen Cafés ein Puggeld erhoben, angeblich zur Ablösung für diejenigen Arbeiten, die eigentlich den Kellnern zustehen, aber von Hilfspersonen ausgeführt werden. In Wirklichkeit können die Kellner nach 10-, 12-, 14stündiger Arbeitszeit, die in der Regel um 5, 6, 7 Uhr morgens beendet ist, diese Aufgaben gar nicht leisten. So sind auch diese famosen Puggelder, die in der Höhe von 10 104 M. erhoben wurden, lediglich als ein weiterer Beitrag der Angestellten zu den Geschäftskosten des Unternehmers anzusehen.

Wäschegeld wird von 261 Kellnern in der Höhe von 41 019 M. bezahlt, und zwar in täglichen Raten von 20-75 Pf. Dafür liefert der Unternehmer die weißen Jacken und Schürzen, die aber nicht täglich, sondern allwöchentlich nur ein- oder dreimal gewechselt werden, so daß hier noch ein Ueberschuß verbleibt. Wenn wir von dem Wäschegeld absehen, weil sich hier nicht genau feststellen läßt, wieviel dafür zu Unrecht erhoben wird, so ergibt sich bei der Gegenüberstellung der beiderseitigen Leistungen folgendes Bild:

*) Das Berliner Caféhausgewerbe. Die wirtschaftliche Lage der Angestellten. 80 Seiten. Preis 90 Pf.

Table with 2 columns: Item (Lohn, Kost und Kostenschädigung, Angaben, etc.) and Amount (216 728 M., 299 280 M., etc.).

Wie man sieht, besteht der Berliner Caféhausbesitzer sein Geschäft auf das vorzüglichste. Er nimmt auch von den Händlern, die in seinem Lokal Anrichterkarten, Blumen usw. feilbieten, hohe Abgaben. Die Toiletten werden verpackt und gebracht in 80 Betrieben einen Gewinn von 155 080 M. Die Trinkgelderunterschiede wächst sich zu einer immer größeren Kommität aus.

In der Zwischenzeit wird ferner die Arbeitszeit, die Verköstigung, die Stellenvermittlung behandelt. Ein anderes Kapitel beschäftigt sich mit den Organisationsverhältnissen der Unternehmer und der Arbeiter. Den Schluss bilden Gerichtsurteile über das Trinkgeld und über die oben behandelten Abgaben aller Art.

Das wirtschaftliche Elend der Kellner und ihre Rechtlosigkeit läßt sich nur durch Zusammenschluß der Kellner im Verband deutscher Gastwirtschaftsgehilfen (Große Hamburger Straße 18/19) mildern.

Die kleine Groschäre lenkt die Aufmerksamkeit auf Wiffereien, die diese Ausbeutung nicht erlangt hätten, wenn die von der sozialdemokratischen Fraktion seit Jahrzehnten verlangten Arbeiterschutzvorschriften Gesetzeskraft erlangt hätten.

Aus Industrie und Handel.

Arbeiterkampf.

So rückständig ist heute kaum noch ein Konservativer, daß er die Verbeibaltung überlebter Formen im Wirtschaftsleben verlangt. Arbeiter, die sich gegen die Einführung arbeitsparender Produktionstechnik, gegen die Ausschaltung unproduktiver Arbeit aufbauen wollten, würden sicherlich allgemein als borniert verschrien. Im Lager der Unternehmer gibt es jedoch dergleichen kurzfristige Geister, die über ihr allerengstes Vorwonneinteresse nicht hinaus können.

Die Sachlage der sogenannten „freihändlerischen“ Anschauungen nimmt infolge Anwachsens der Arbeitermassen und der Zahl der Festbesoldeten zu. Alle diese Leute ergreifen den sozialistischen oder demokratischen Stimmzettel in der einfachen Erwartung, ihre gewählten Vertreter in Reich, Staat und Gemeinde werden ihnen den Tisch reichlich mit weitgehendster „öffentlicher“ Fürsorge decken. Diese Erwartungen treffen meistens ein. Ist die Schule unentgeltlich, so fordert man kostenlose Abweisung der Kinder. Staat und Gemeinden sollen heute schon Beamten und Arbeiterhäuser bauen und diese dann den Herren zu „müßigem“ Hins zur Verfügung stellen. Ferner wünschen all diese Herrschaften eine sorglose Zukunft für sich und wünscht auch für ihre gesamten Familienmitglieder, wenn sie sich nicht etwa anderweitig besser veriorgen. Ueber 700 Millionen Mark jährlich hat das deutsche Unternehmertum bereits für Krankenkasse, Unfallfürsorge, Invalidenfürsorge aufzubringen und weiter geht es im Schnellzugstempo. Die Privatbeamten-Pensionsversicherung kostet der Prinzipalität etwa 800 Millionen Mark jährlich. Mutter- und Kinderschutz, Krankenversicherung, Kindergelder für Erziehung, Arbeitslosenversicherung (Kaulenzersicherung) sind in Sicht. In all diesen Dingen läßt sich die sozialistische und demokratische Presse nicht genügen. Die Massen drängen weiter. Aus Angst um die Mandate versprechen die parteipolitischen Kandidaten der äußersten Linken das Blaue vom Himmel herunter und helfen durchzuführen, soweit es nur irgend möglich ist. Für die rüstotragenden Bürger hat man stets Verhugungsmittel und nichtssagende Redensarten zur Hand. Friedliche Ueberwindung und Durchdringung der Massen, staatsbürgerliche Erziehung der Jugend und ähnlische schöne Dinge müssen dem Arbeitgeber Geduld einflößen. Mit all diesen frommen Redensarten ist den Unternehmern nicht mehr geholfen. Wir warten sehnsüchtig auf die feste Hand, denn wie lange noch und die kommunale Güterversorgung der Bevölkerung bildet die Duverture zum Jubiläumstaate in praxi. Der Kohlenhandel wird dieser Wera sozialpolitische, besser gesagt sozialistische marxistische Betätigung am frühesten zum Opfer fallen. Hier gibt es aufzuwachen, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen und mit einer gewaltigen Gegenorganisation im öffentlichen Leben einzusetzen.

Wir begnügen uns damit, die Frechheiten und Gemeinheiten niedriger zu hängen. Hier wird wieder bestätigt: die schlimmsten Ausbeuter sind auch die tollwütigsten Reaktionsäre und Arbeiterhasser!

Kapitalistische Verbrechen.

Ueber die Vorbereitungen zu einem neuen gewaltigen Raubzug der Baumwollspekulanten wird aus London folgendes gemeldet:

In dem Baumwolle erzeugenden Süden der Vereinigten Staaten von Amerika wurde durch eine Erklärung des früheren Ministers des Inneren Gole Smith, der kürzlich zum Gouverneur von Georgia erwählt wurde, eine ungeheure Sensation hervorgerufen. Smith sagte, es sei ein Komplott geschmiedet worden, die Baumwollsernte dieses Jahres vollständig zu vernichten. Mehrere Spekulanten wollen, wie Smith behauptet, aus New York Tausende von „Bollwoovils“ (phalena obliata), eine die Baumwollspinnerei zerstörende Raupe, einführen, um die Staaten Georgia und Süd-Carolina, die bisher von den Insekten nicht heimgesucht waren, mit diesen Zerstörern zu überflutemen. Wie Smith weiter behauptet, beabsichtigen die Spekulanten, die Oktober- Baumwollsernte aufzulassen und sie zu Tiefenpreisen loszuschlagen, sobald das Beschlagen der letzten Ernte bekannt wird. Smith behauptet, daß er diese ungeheuerlichen Anschlagpläne auf Grund ganz genauer Untersuchungen erbeude und sie bereits dem Bundesdepartement für Landwirtschaft mitgeteilt habe.

Ob die Mitteilungen tatsächlichen Umständen zugrunde liegen, oder ob die Spekulanten den Minister nur als Instrument zur Anführung einer Panik mißbraucht haben, ist für die Beurteilung des Falles ganz gleichgültig. So oder so: der beabsichtigte Zweck ist, eine neue künstliche Verteuerung der Baumwolle hervorzurufen, bei der die Wacher vielleicht Hunderte von Millionen ergaumen. Solche Verbrechen sind nur bei einer kapitalistischen Wünderwirtschaft möglich. Der Sozialismus erlöset die Welt von solchem Wahnsinn, von solchen Schandthaten. (Wegen Raumangel zurückgestellt.)

Der Tod des Wiener Rothschild bringt den Aufstieg dieser glänzenden Dynastie des Mammonismus wieder ins Gedächtnis. Die gegründet wurde von dem kleinen Frankfurter Juden Mayer Anselm Rothschild. Oesterreich war immer anleihenbedürftig und seine Beziehungen zu dem 1812 von den fünf Söhnen des erlauchten Ahnherrn gegründeten Haus wurden immer inniger, bis schließlich der jetzt Verstorbene das Geld zum Bau der noch nicht bewilligten Dreadnoughts vorstreckte, an denen die Eisenkönige das von uns lebhafte geschilderte Niesengeschäft machten. Vom österreichischen Anleihengeschäft ist das Haus Rothschild erst in den letzten Jahren durch die L. I. Postsparkasse verdrängt worden. Das kolossale Bismarcker Eisenwerk kaufte die Rothschilds 1862 für 820 000 Gulden vom — Olmüher Erzbißum. Ueber Rothschilds Millionen umschlingen die ganze Welt von den spanischen Quecksilberbergwerken bis zu den Petroleumraffinerien von Bakum. Hat Rothschild im Leben soviel am Staat verdient, so freut sich der Finanzminister doch auch seines Todes. Die zu erwartende Nachlasssteuer von 20 Millionen Kronen wird manche brennende Dalesfrage lösen: der Tod des Millionärs wird endlich das Geld für den Ausbau der Spitaler liefern. Ein einziger von seinen Söhnen, Louis, hat sich dem Geschäft zugewendet, er bestiegt jetzt den Thron, der den alten Glanz nicht mehr verliert, seitdem die Rockefeller, Armour, Astor und Carnegie strahlend am Kapitalistenhimmel aufgegangen sind.

Submissionskomodie. Für Altona war der Bau eines Stannuffeles ausgeschrieben worden. 24 Angebote liefen ein, sie brachten den Stadtvätern bei ihrer Oeffnung eine große Ueberraschung. Für den Bau forderte die Städtewerks- und Ingenieurbau u. V., Berlin, die Summe von 1 541 103 M., die Firma Tiedmann u. Wendland, Hamburg, dagegen 495 252 M.! Die Differenz beträgt also mehr als eine Million! Das Submissionsverfahren, wenn es nicht völlig in Bestimmungen und Abmachungen technischer und qualitativer Art festgelegt ist, bleibt einfach eine Farce.

Aus der Frauenbewegung.

Was wird aus der Witwen- und Waisenversicherung?

Das ist die Frage, die sich auf die Lippen der Arbeiterfrauen drängt, deren Männer im Dienste des Kapitals ihre Kraft und Gesundheit ruinieren und dann frühzeitig zugrunde gehen. — Die werktätige Waisenerziehung hat nicht vergessen, wie die bürgerlichen Parteien und allen voran das Zentrum, bei der Aufspaltung des Wucherariffs, der dem Volke eine ungeheure Preissteigerung der notwendigen Lebensmittel brachte, die Arbeiter durch Hinweis auf eine Witwen- und Waisenversicherung zu beschönigen versuchten. Bereits im Jahre 1910 sollte die Versicherung eingeführt sein. Als die Zeit verstrichen war, da erklärte der Reichsfinanzminister v. Bethmann Hollweg in einer Reichstagsrede, die Witwen- und Waisenversicherung sei ein schöner Traum, zur Zeit nicht durchführbar, da die Ertragskräfte der dafür festgelegten Agrarprodukte nicht ausreichen. Die Leertungspreise und vor allem der Brot- und Fleischwucher ist geblieben, was aber aus der geplanten Versicherung wird, ist noch nicht abgesehen. Der Entwurf der Reichsversicherungsordnung sieht die Waisen- und Waisenversicherung vor, aber in einer Form die wie Hohn anmutet. Die Versicherung soll sich nur auf invalide Witwen erstrecken, das heißt auf solche, die selbst zu zwei Drittel ihre Arbeitskraft verloren haben und somit invalide im geschlichen Sinne sind.

Dadurch bleiben circa 90 Prozent aller Witwen ausgeschlossen, denn auch jene Witwen, die selbst gegen Invalidität versichert sind, sollen beim Tode ihres Mannes keine Witwenrente erhalten. Ihnen soll nur ein einmaliges Witwengeld in Höhe einer Jahresrente gezahlt werden, die jedoch 80-100 M. nicht übersteigen soll. Bei der Schulentlassung sieht den Kindern dieser Witwen eine Waisenausschauer zu, aber nur bis zu einem Betrage von 80-100 M. Werden diese Witwen invalid, so haben sie nur Anspruch auf die Invalidenrente.

Für die Empfängerinnen der Witwenrente kommt Witwengeld und Waisenausschauer nicht in Betracht, auch nicht für Witwen, die weder selbst gegen Invalidität versichert noch invalide sind. Die jetzt erwähnten Witwen haben, wenn sie 20 Wochen krank waren, für die weitere Dauer der Arbeitsunfähigkeit Anspruch auf Witwenfrankente.

Die Höhe der Witwenrente richtet sich nach der Höhe und Dauer der Beitragszahlung des Mannes zur Invalidenversicherung. Folgte z. B. der verstorbene Mann 10 Jahre in der ersten Lohnklasse, so erhält seine Witwe (falls sie invalide ist) pro Jahr 72,00, sein Kind 36,00 M.; bei mehr Kindern verringert sich die Summe, so daß bei 8 Kindern nur insgesamt 171 M. Waisenrente gezahlt wird. Eine Witwe mit 5 Kindern würde nach 50jähriger Beitragszahlung des Mannes in der untersten Klasse nur 24,00 und in der höchsten Klasse nur 86,40 M. erhalten. Das ist keine Witwen- und Waisenversicherung, wie man sie im Jahre 1902 versprochen hatte. Ausgeschlossen von dem Bezug der Renten sollen auch noch die unehelichen Mütter und die Ausländer sein. Die geplante Hinterbliebenenversicherung bleibt hinter den berechtigten Forderungen zurück. Die Bezugszahl der Arbeiterfrauen bleibt ausgeschlossen von dieser winzigen Hinterbliebenenfürsorge im Gegensatz zu den Witwen der Beamten und der Militärs. Alle hier in Betracht kommenden Witwen erhalten ihre Pensionen, um auch weiter standesgemäß leben zu können. — Eigenartig berührt es, daß der Bund für Mutter- und Kinderschutz, der sich am 3. und 4. Dezember 1910 auf einer Konferenz mit der Reichsversicherung beschäftigte, nicht gegen eine derartige Witwen- und Waisenversicherung protestierte, sondern zustimmte, daß nur invalide Witwen eine Rente erhalten.

Wenig die Sozialdemokratie teilt für die Forderungen der Arbeiterinnen ein. Daraus ergibt sich, daß die Arbeiterinnen sich der Partei anschließen müssen, um in deren Reihen den Kampf um Brot und Recht ihrer Klasse zu führen.

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance

Berliner Credit-Haus

Credit-Haus Meabit

Lubascher, S. Spandau

Wolter, Carl

Alkoholfreie Getränke Sinalco (Bilzbrause)

Gen. Vertret. Otto Starick

Franz Abraham

Si-Si

Arbeiter-Bekleidung F.Falk!

Bäckereien, Konditor

Arnold Beuster's Landbrotfabrik

Ferona

Gaedicke's Bäckerei

Oskar Hanke's Brotbäckerei

Brotfabrik Buehl & Sohn

Bäckerei „Nordstern“

Bäckerei Ostern

Carl Kappler

Rich. Liebenow

Mache, Carl

Carl Kappler

Paul Müller

Peter's Großbäckerei

Otto Scillat

Schütt, G.

Ulbrich

Heinrich Wittler

Badenanstalten

Arkauna-Bad

Bürger-Bad

Erscheint 2 mal wöchentlich

Hohenstaufen-Bad

Bad Landsberger

Jungrunnen-Bad

Kur-Anstalt Grundmann

Kur-Anstalt „Löser“

Kuranstalt M. Schulz

Köhn's Samariter-Bad

Bad Meyers Hof

Römer-Bad

Schiller-Bad

Silesia-Bad

Viktoria-Bad

Friedrich Wilhelm-Bad

Wende, A.

Reiche, A.

Beordig-Anst. Sargm.

Beleucht.-Gegenst.

Becker, Reinh.

Bunzel, R.

Kronen-Grossmann

Neuendorf, O. P.

Preibisch & Schneider

Schrammar, H.

Wilh. Scholem

Schuch, M.

Wecker, A.

Bierbrauereien, Bierh.

W. Adeltung & A. Hoffmann

Potsdamer Stangenbier

Bergbrauerei

Berliner Bock-Brauerei

Berl. Weisbier A. Landre

Bezugsquellen-Verzeichnis

Brauerei F. Happoldt

Brauerei Königstadt

Brauerei Pfefferberg

Brauerei Tivoli

Brauerei Weißensee, G. Enders

Caramel-Weisbier

Groterjans

C. Habels Brauerei

Goldbier

Brauerei „Stern“

S. D. Moewes

Münchener Brauhaus Berlin

Norddeutsches Brauhaus, A.-G.

Phönix-Brauerei

Richter & Co., J. C. A.

Roland

Schade

Schlossbrauerei Schöneberg

Schlossbräu-Kronenbräu

Verlins-Brauerei Teutonia, NW 07.

Weissbier Albert Braun

Weissbier, C. Breithaupt

Weißbier F. W. Hiltzheim A.-G.

Blumen und Kränze

Otto Hinz

Monzel K. Rixdorf

W. Rutschke

Zincke, Nowawes, Friedr.-E.-Präsident

Bouillon-Würfel

Nährmittel-Gesellschaft „Krone“

Michaelis & Co. G. m. b. H.

Butter, Eier, Käse

W. Riesner

Ernst Schneider, Spandau

Schröter, R.

A. Talman

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien

Georg Wunder

Cacao, Chocolate

Cylix, G.

Die Fabrikate der „Sarotti“

Seiffert, Erich

Teichmann, H.

Alb. Kasulke

Klein, Wilh.

Krebs, Aug.

Willy Münstermann

Weber, K. H.

Wolters, Theod.

Damenkonfektion

Hugo Ahronfeld

Max Arnsdorff

Blusen-Kap, Rl.

Carl Brinnowitz

Cohn, Geschw.

Czerwinski, F.

Dombrowski

Holz & Ascher

König

Pappelbaum

Wagner, P.

Westmann

Wolff

Louis Rühl

Siegfried-Drogerie

Spangenberg

Carl Spitzer

Union-Drogerie

Rob. Weissh.

Wedding-Drogerie

Willi Weissh.

A. Wohlgenuth

Zobel, Georg

Eisen- u. Stahlw. Waff.

W. Allner

Oste Heitz

Beutel, C.

Herrn. Braun

Brenneke, C.

G. Brenneke

W. Brenneke

G. Brucklacher

Otto Döring

M. Eggeling

Willy Epel

J. Fehrmann

Fleck, E.

Gericke & Wolfram

Rob. Heinze

C. Miller

Jacob, Otto

Carl Jung

Junghuth

Carl Karstadt

Kniechase, A.

Seefische vom Fangplatz

Hans Kunkel

Winkler & Bärthold

Fleischer u. Wurstw.

Peter Abraham

Herrmann Albrecht

Alstadt, Elberfelderstr.

S. Basch

Wilhelm Behr

Wurstfabrik

Berlin-Schöneberg

Danziger Fleisch-Centrale

Dannenberg

Rich Deckert

Max Dlugosz

Albert Domke

Job. Durzynski

Georg Döll

Döll, M.

Eschbach, G.

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehau

Gonhardt

August Haller

Fleisch-Zentrale Charlottenbg.

A. Joers

Wurst- und Fleischwaren

August Haller

Fleisch- u. Wurst-Centrale

Brunnentor 76.

Feine Fleisch- u. Wurstwaren

Landesberger Str. 20.

H. Matzker

Otto Menzel

Merker, P.

Gottfr. Meussling

Josef Michel

Albrecht Müller

Adolf Nagel

Max Neubert

Julius Off

Karl Petrich

F. Pogorzelsky

Max Pöhler

Jul. Pyttlik

Fritz Rasch

A. Rathenow

Peter Rechel

Reimann

Rhinow, A.

Wilhelm Röder

R. Walter

W. Rother

Ottomar Rudolph

E. Schauer

Rob. Schäfer

M. Scherer

A. Siewert

R. Schödel

Eduard Schmid

J. Scholz

Schönhauser

Oskar Schubert

Max Schubert

Fortsetzung siehe nächste Seite

